

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 2. Juni 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Aus dem badischen Fabrikinspektionsbericht.

Die Berichte der badischen Fabrikinspektion haben seit Boerhoffers in Arbeiterkreisen und bei bürgerlichen Sozialpolitikern immer besondere Beachtung gefunden, weil man rückhaltlose Wahrheit in ihnen fand. Noch einer kurzen Uebergangszeit haben die Berichte unter dem heutigen Vorsteher, Dr. Wittmann, ihr früheres Ansehen wieder gewonnen.

Der diesjährige Bericht konstatiert zunächst, daß die Zahl der revidierten Betriebe von 35,9 auf 37,9 Proz. gestiegen ist. In diesen Betrieben befanden sich 88 372 Arbeiter gleich 60,5 Proz. gegenüber 55,9 Proz. des Vorjahres der Gesamtarbeiterschaft. Bei der Revision wurden hauptsächlich die Großbetriebe berichtigt, was daraus hervorgeht, daß in den revidierten Betrieben durchschnittlich 35,8 Arbeiter beschäftigt wurden, während der Gesamtdurchschnitt aller Betriebe nur 22 beträgt. Daß mehr Revisionen vorgenommen wurden als früher, ist der Vermehrung des Personals der Fabrikinspektion um einen wissenschaftlich gebildeten Hilfsarbeiter (Chemiker) und einen technischen Assistenten zuzuschreiben. Diese Vermehrung der Zahl der Beamten ist ein Erfolg unserer Genossen im badischen Landtag, die regelmäßig und mit Nachdruck auf diesen Mangel hingewiesen haben. Die Regierung hat sich mit Händen und Füßen gegen unsere Forderungen gestäubt, um dem Unternehmertum nicht zu nahe zu treten, welchem die bisherigen Revisionen schon zu viel waren. Der kürzlich verstorbene Minister Schenkel hat noch im Jahre 1904 seinen ablehnenden Standpunkt damit zu begründen versucht, daß er behauptete, den badischen Arbeitgebern wohne ein starkes soziales Pflichtbewußtsein inne und daher die staatliche Aufsicht weniger notwendig sei als in allen anderenwärts.

Wie notwendig die Revisionen aber sind und wie unrecht der Minister Schenkel hatte, erhellt aus der verblüffenden Tatsache, daß von 3867 revidierten Fabrikbetrieben nicht weniger als 2043 Auflagen gemacht werden mußten. Das heißt, es bestanden von drei revidierten Betrieben in zwei Ungeheuerlichkeiten oder doch unzulässige Mängel. In 148 Fällen wurden Uebertretungen der gesetzlichen Bestimmungen über das Kinderschutzgesetz ermittelt, wozu die Kleider- und Wäschekonfektion allein mit 52 Fällen beteiligt ist. Aus den zahlreich mitgeteilten Einzelfällen seien der Kürze halber nur einige erwähnt: In einem Sägewerk im Schwärzwald wurde ein zehnjähriger Junge des Oberjägers täglich 5 bis 6 Stunden an der Kreissäge, in einer Ziegelei am Bodensee wurden Tiroler Hütelkinder im Alter von 12 und 13 Jahren in Ziegleien beschäftigt. Das Gericht belegte den Ziegeleibesitzer mit der „horrenden“ Strafe von — 8 Mark. Die gleiche Strafe erhielt ein Sägewerksbesitzer, welcher einen jugendlichen Arbeiter mehr als zehn Stunden täglich und morgens schon vor 5 1/2 Uhr als Heizer beschäftigt hatte. Der Besitzer einer Zigarrenfabrik mit durchschnittlich 18 Arbeitern hatte seinen noch nicht 16 Jahre alten Lehrlingen vor- und nachmittags nur unzulängliche Pausen gewährt. Er war deshalb im vorigen Jahre verwahrt worden, hatte aber unbekümmert darum die ungesetzhliche Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter fortgesetzt, so daß die Fabrikinspektion ein strafendes Einschreiten veranlaßte. Das Gericht erkannte auf 10 M. Geldstrafe. In mehreren Zigarrenfabriken eines Dorfes waren schulpflichtige Kinder beschäftigt, denen der Bürgermeister Arbeitsbücher zu unrecht ausgestellt hatte. Die Unternehmer wurde in Geldstrafen von 6 bis 10 M. genommen und der Bürgermeister entsprechend bestraft. Ebenso schlimme Verfehlungen wie gegen das Kinderschutzgesetz macht das Unternehmertum sich gegen den Schutz der Arbeiterinnen schuldig. Die Feststellung der Uebertretung ist, heißt es in dem Bericht, meist schwierig, weil die Arbeiterinnen fürchten, ihre Stelle zu verlieren. In einem Falle wurde der Fabrikant, der zu gleicher Zeit Bürgermeister ist, also die Gesetze kennen muß, wegen zu langer Beschäftigung seiner Arbeiterinnen mit 5 M. bestraft. Ein anderer Unternehmer, der seine Arbeiterinnen bis 10 Uhr abends beschäftigt hatte, wurde mit der doppelten Strafe belegt. „Schlechtes sittliches Verhalten“, heißt es in einem Bericht, wirkte strafverschärfend. Mit dem schlechten sittlichen Verhalten ist hier ohne Zweifel direkt unsittliches Verhalten gemeint. Die sittlichen Gefahren, welchen die Arbeiterinnen in den Fabriken ausgesetzt sind, werden in allen Berichten erwähnt und meist Einzelfälle angeführt. Aus dem vergangenen Jahre wurden folgende Fälle berichtet: Der Werkmeister einer Zigarrenfabrik, der sich an einer Arbeiterin unter 16 Jahren verging und eine andere minderjährige Arbeiterin gegen den Willen ihrer Eltern entführt hatte, wurde wegen Entführung, Mötigung und Verleitung zum Meineid zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren 4 Monaten verurteilt. — Der Werkmeister einer anderen Fabrik wurde wegen Verführung einer ihm unterstellten noch nicht 16 Jahre alten Fabrikarbeiterin zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Fabrikant hielt den Werkmeister nichtsdestoweniger für würdig, seinem Posten weiter vorzustehen und es bedurfte erst der energischen Drohung der Fabrikinspektion, ein Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen unter 18 Jahren herbeizuführen, bevor die Firma sich entschloß nachzugeben. Den früheren Werkmeister beschäftigt sie jetzt als gewöhnlichen Arbeiter.

Mit welcher Kaltblütigkeit manche Unternehmer die Arbeiterschutzbestimmungen zu umgehen versuchen, zeigt folgender Fall: Der Inhaber einer Kartonnagenfabrik ließ die mit der Meinung des Fabrikbesizers Extrakte Arbeiterin an den Sonn-

abenden um 1/2 6 Uhr mit den übrigen Arbeiterinnen den Betrieb verlassen, sie aber gleich darauf als „Puhlfrau“ zurückkehren. Bei der Revision hat die Fabrikinspektion diesen Unfug erwidert und abgestellt.

Wie sehr die Arbeitslosigkeit durch die Wirtschaftskrise im vergangenen Jahre zugenommen hat, dafür liefert der Fabrikinspektionsbericht unanfechtbares Material. Die Zahl der in Fabriken und diesen gleich gestellten Anlagen beschäftigten Arbeiter sank von 235 327 auf 229 935 herunter. Hieran sind fast ausschließlich die erwachsenen männlichen Arbeiter beteiligt; deren Zahl verminderte sich von 152 181 auf 145 909, während die Zahl der erwachsenen weiblichen Arbeiter sich von 62 625 auf 63 242 erhöhte. Die Zahl der überhaupt beschäftigten Arbeiter hat sich um 5392, die der erwachsenen männlichen Arbeiter allein um 6212 vermindert. Da mithin 820 erwachsene männliche Arbeiter mehr außer Arbeit kamen als Arbeiter insgesamt, so muß eine Zuwendung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen stattgefunden haben. „Es wiederholt sich hier“, heißt es im Bericht, „die Beobachtung, daß vor allem in solchen Industrien, in welchen Mann und Frau bei der Arbeit in Konkurrenz stehen, zum Beispiel in der Textilindustrie, von den wirtschaftlichen Krisen zunächst die besser entlohnten erwachsenen männlichen Arbeiter betroffen werden.“

In welcher Weise die Arbeiter in den einzelnen Industrien von der Krise zu leiden haben, erhellt aus folgenden Zahlen: Es waren gegen das Vorjahr in der Textilindustrie ohne Spinnereien 2205 = 5,6 Proz., in der Maschinen- und Metallindustrie bei einer geringen Zunahme der Betriebe 6635 = 9,10 Proz., in der chemischen Industrie 259 = 5,3 Proz. und in der Holzindustrie 1635 = 7,5 Proz. Arbeiter weniger beschäftigt. In der Industrie der Metallverarbeitung hat, obgleich die Gesamtzahl der Arbeiter von 33 409 auf 31 488 heruntergegangen ist, die Zahl der Arbeiterinnen noch um 285 zugenommen. Unbeeinträchtigt von der Krise blieb allein die Tabakindustrie, die Zahl der in ihr beschäftigten Arbeiter stieg sogar von 39 085 auf 40 097. Hieron sind 24 633 weibliche und von diesen sind 46 Proz. verheiratet. Trotz des Ueberangebots an einheimischen Arbeitskräften verzichteten die Unternehmer nicht auf die Einführung ausländischer Arbeiter. Namentlich waren es die Textilindustriellen, welche behaupteten, den Zugang italienischer und slavonischer Arbeiterinnen nicht entbehren zu können, weil die einheimischen Mädchen in die Städte abwanderten. Und als ein Bezirksamt die Ausweisung einer verhältnismäßig geringen Anzahl in der Textilindustrie des Wiesentals beschäftigten slavonischer Arbeiter verfügt hatte, erhoben die davon bedrohten Firmen und der Verband der Industriellen im Interesse der Ausbeutungsfreiheit Protest, daß die immerhin im Interesse der arbeitslosen einheimischen Arbeiter erlassene Verfügung wieder zurückgenommen wurde.

Von Interesse ist auch, was im Bericht über die Organisation der Arbeiter zu lesen ist. Vom Deutschen Metallarbeiterverband wird gesagt, daß seine Zahlstellen in Mannheim um 5,82, in Karlsruhe um 14,8 Proz. an Mitglieder abgenommen, während Pforzheim eine Zunahme zu verzeichnen habe, drei Zahlstellen seien eingegangen. Der Zentralverband der christlichen Textilarbeiter ist in Baden von 2236 auf 1357 Mitglieder heruntergefallen. Manche Zahlstelle weist nur noch die Hälfte bis ein Drittel der Mitglieder des Vorjahres auf. Fünf Zahlstellen gingen gänzlich ein, darunter solche, die im vorigen Jahre 80 bis 130 Mitglieder aufzuweisen hatten. Der Zentralverband der christlichen Tabak- und Zigarrenarbeiter hat trotz der in diesem Industriezweig herrschenden guten Konjunktur rund 800 Mitglieder verloren, so daß sein Gesamtmitgliederbestand in Baden nicht mehr die Ziffer 2000 ganz erreicht. Auch mit dem Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen ist es rückwärts gegangen; seine ohnehin sehr geringe Mitgliederziffer sank von 809 auf 273 herab. Dieser Rückgang bei den Christlichen ist jedoch nicht auf den wirtschaftlichen Druck, sondern auf die bessere Erkenntnis der Arbeiter, daß jede Zersplitterung der Arbeiterbewegung dieser zum Schaden gereicht. Zu dieser Erkenntnis hat allerdings die Wirtschaftskrise wesentlich beigetragen und manchen Arbeiter veranlaßt, den Christlichen den Rücken zu kehren und sich den freien Gewerkschaften anzuschließen.

Die Bischöfe gegen den katholischen Volksverein.

Anfang Mai dieses Jahres teilte ein in Kattowich (Schlesien) erscheinendes polnisches Blatt folgende merkwürdige Begebenheit mit: Dr. Brauns, Direktor des Volksvereins für das katholische Deutschland (R.-Bladach), kündete für den 26.—28. April die Abhaltung sozialer Konferenzen in Kattowich an, worin er die Katholiken Oberschlesiens mit den Forderungen der katholischen Sozialpolitik bekannt machen wollte. Gleich nachdem die Ankündigung erlassen worden war, erhielt der Vorsitzende der Kattowicher Filiale des katholischen Volksvereins von dem Geistlichen Rat Expriester Schmidt folgendes Schreiben:

„Soeben erhielt ich von Sr. Eminenz das Programm der sozialen Konferenzen, die Herr Dr. Brauns hier abhalten soll, mit der Bemerkung: „Mit diesen Konferenzen des Herrn Direktors Brauns bin ich nicht einverstanden und verbiete sie hiermit.“ Pflicht jedes Katholiken ist es also, der Anordnung unseres hochwürdigsten Bischofs nachzugeben.“

Dr. Brauns habe dann, so berichtet das polnische Blatt weiter, das Programm der Konferenzen abgeändert, aber auch dann seien die Konferenzen verboten worden. Darauf habe eine

öffentliche Katholikerversammlung stattfinden sollen, mit Dr. Brauns als Referenten und der Tagesordnung: „Die Aufgaben der Katholiken in der Gegenwart“. Aber am Tage der Versammlung (26. April) wurde morgens in der Apostelkirche in Kattowich von der Kanzel herab bekannt gemacht, daß die Gläubigen an der Versammlung nicht teilnehmen sollten, in der Dr. Brauns reden wolle. Schließlich entschloß man sich, die Versammlung mit der Maßgabe stattfinden zu lassen, daß nicht Dr. Brauns, sondern sein weltlicher Sekretär reden solle. Aber auch diese Versammlung fand nicht statt; den Erklärungen wurde mitgeteilt, daß der vorgesehene Redner „wegen einer kleinen Indisposition“ habe abreisen müssen.

Die Mitteilungen des polnischen Blattes sind in die Blätter der Deutschen Vereinigung, der bekannten Organisation zur Bekämpfung des Zentrums, übergegangen und durch diese weiteren Kreisen bekannt geworden. Bei der Aufmerksamkeit, womit die Zentrumspresse alles verfolgt, was aus der Deutschen Vereinigung herborsteigt, ist es um so auffälliger, daß kein ultramontanes Blatt von dem Vorfall Kenntnis genommen und ihn abgegriffen hat, was ohne Zweifel erfolgt wäre, wenn er sich abstreifen ließe. In dem Schweigen der Zentrumspresse liegt das Zugeständnis der Wahrheit. Es bleibt also die mehr als merkwürdige Tatsache zu verzeichnen, daß der Fürstbischof von Breslau dem Volksverein für das katholische Deutschland die Agitation in seiner Diözese untersagt hat, demselben Volksverein, der als das „Vermächtnis Bindschors“ gepriesen wird, der ins Leben gerufen wurde mit der Aufgabe, die christliche Weltanschauung zu verteidigen gegen die glaubensfeindlichen Bestrebungen der Neuzeit!

Die auffallende Begebenheit, die sich im Reiche des Breslauer Kirchenfürsten zugetragen hat, wird durchsichtiger in ihren Beweggründen und Absichten, wenn man einige Kundgebungen zu Rate zieht, die in letzter Zeit aus katholischen Lager gekommen sind. In den „Historisch-politischen Wätern“ (118. Band, 2. Heft, ausgegeben am 18. Januar) findet sich ein Artikel, überschrieben „Drei Programmsätze“. Darin wird hingewiesen auf gewisse Strömungen und Strebungen im katholischen Leben der Gegenwart und dann die Frage gestellt: „Soll eine planmäßig fortschreitende Interkonfessionalisierung und Dezentralisierung im katholischen Deutschland das nationale Problem der konfessionellen Gegensätze lösen im Sinne einer überkonfessionellen Kulturgemeinschaft und der allmählichen Reduzierung des konfessionell-religiösen Elements auf die Gotteshäuser beider Teile. Oder soll das katholische Deutschland die alle Kultur umfassende expansive Tendenz und die universal-einheitliche Auffassung seiner Konfession beibehalten in voller Wahrung echt katholischen Eigenart?“

Die genannte Zeitschrift teilt nun mit, daß jüngst von nicht genannter Seite ein Schreiben bekannt geworden sei, das aus verschiedenen öffentlichen und privaten Kundgebungen der letzten Zeit drei Leitsätze kristallisiert. Der erste Leitsatz behandelt die Frage, ob die Zentrumspartei eine politische oder eine konfessionelle Partei ist; der zweite Leitsatz betrifft die Frage, ob die christlichen Gewerkschaften konfessionell oder interkonfessionell sein sollen. Der dritte Leitsatz lautet: „Die das gesamte katholische Leben Deutschlands gestaltende finanzielle und moralische Großmacht des katholischen Volksvereins bedarf in Anbetracht ihrer eminent wachsenden Bedeutung eines engeren Anschließes an das Episkopat.“

In diesem Zusammenhange weist der Verfasser des Artikels in den „Historisch-politischen Wätern“ auf jene neuen Lebensformen kirchlicher Betätigung hin, die dem alten Rahmen kanonischer Organisation nicht anzuhaften seien. Daraus entstanden „präterepiscopale“ (d. h. der bischöflichen Autorität nicht unterstellte) Gebilde, vielleicht auch „präterepiscopale Tendenzen“, und das sei ungesund. Und in Anwendung auf die besondere Frage des Volksvereins teilt der Verfasser aus dem Briefe eines befreundeten Sozialpolitikers folgende Stelle mit:

„Bei dem Volksverein handelt es sich um einen sozialen Verein, der nach den Grundföhen des katholischen Christentums, nach ethischen und dogmatischen Gesichtspunkten die soziale Reform betreibt, die gemeinnützige Wohlfahrtspflege übt, Volksbildung usw. erstrebt, der überdies mit den Mitteln des katholischen Volkes arbeitet, dessen Wirken von immenser Bedeutung ist für die katholische Kirche. Da haben die Bischöfe ein Recht, zum mindesten im Vorstadium ein Plak zu haben, an der Leitung dauernd und entscheidend teilzunehmen. Die Art des Vereins, die Mittel und Mitglieder, die Wirkung auf die Kirche — das alles gibt den Bischöfen dazu ein Recht.“

Im Lichte dieses Artikels, der der breiteren Öffentlichkeit entgangen ist, gewinnt das Vorgehen des Breslauer Fürstbischofs gegen den Direktor des katholischen Volksvereins allgemeine grundsätzliche Bedeutung. Den Bischöfen gefällt die Tendenz des Volksvereins, gefällt seine wirtschaftliche und sozialpolitische Agitation, gefällt vor allen Dingen seine Selbständigkeit nicht. Er ist ihm nicht kirchlich, nicht ausgesprochen religiös genug; seine Tätigkeit entzieht die jungen Geistlichen der ausschließlichen Seelsorge und die Gläubigen der ausschließlichen Sorge um das Jenseits, indem er Akkus wie Laien in die weltlichen, öffentlichen, politischen, wirtschaftlichen Dinge hineinzieht — und das alles ohne Aufsicht, ohne Einspruchrecht der Kirche!

Deutlicher wird in dieser Beziehung noch ein Artikel der „Apologetischen Rundschau“ (Heft 8, Mai 1909). Darin wird hingewiesen auf die Notwendigkeit, auch eine „interdiözesane“ Organisation, wie den katholischen Volksverein, der kirchlichen

Autorität zu unterstellen. M. Gladbach sei mehr als eine soziale Zentralstelle, hier sei der Herz einer ganz neuen Auffassung des katholischen Gedankens, hier herrsche der Geist der christlich-sozialen Demokratie. Und dieser eigenartige Geist habe Schule gemacht:

Es ist der Geist, der sich um Theologie und Kirchenrecht wenig kümmert, der nicht so sehr soziale Pioniere des katholischen Gedankens, als katholische Pioniere der Volkswohlfahrt schafft. . . . Der junge, in die sozialen Wogen hineinwachsende Alexus hat sich innerlich führen lassen von der adunungsbietenden, arbeitstenden zentrale katholischer Sozialpolitik. Dieser Alexus wächst hinein in die Pfarrerämter und trägt den Geist seiner Schule mitten hinein in das kirchliche Leben. Langsam, von unten heraus, erneuert sich der Alexus unter der Führung und dem ständigen Einfluß dieses sozialpolitischen Mittelpunktes. Diese Entwicklung sieht tiefer und größer vor uns als wir ahnen. Müssen nicht Garantien geboten werden, daß M. Gladbach, das in der Entwicklung des katholischen Geistes in die neue Zeit hinein die Führung an sich nimmt, das in bewußter oder unbewußter Inangriffnahme der Umbildungsprobleme den modernen Katholizismus mit allen Mitteln der Schule und der Organisation in seinem Schoße trägt, den tiefen und weiten Gedanken seines Programms im engeren Anschluß an die kirchliche Hierarchie vollzieht?

Der „Mangel einer autoritativen Spitze“ ist es, was den katholischen Volksverein kennzeichnet und diesem Mangel muß abgeholfen werden durch „organisatorischen Anschluß an den Episkopat“. Durch diesen Anschluß wollen sich die Bischöfe das Recht sichern, den Volksverein so zu leiten, daß die Gefahr „prätrepiskopaler Tendenzen“ vermieden, daß nicht der Geist der „christlichsozialen Demokratie“ und der Alexus nicht als Pioniere der Volkswohlfahrt, sondern als Pioniere des katholischen Gedankens ergehen wird. Die ganze Richtung paßt uns nicht! — Das ist der tiefere Sinn des bischöflichen Vorgehens gegen den Volksverein. Modernismus, christliche Demokratie, Volksverein für das katholische Deutschland — alles Erscheinungen und Bestrebungen, die der hierarchischen Hierarchie nicht gefallen, weil sie einigen Sinn für die Bedürfnisse der Zeit verraten und weil sie genug von neuzeitlichem Geiste verspürt haben, um zu wissen, daß es mit der alten Unterordnung, mit dem bisherigen Verzicht auf das Recht der Persönlichkeit, wie es die Kirche fordert, nicht mehr weitergeht.

Eine Krise in der Arbeitskonföderation.

Paris, 27. Mai. (Fig. Ver.)

Es war vorauszu sehen, daß der unglückliche Ausgang der Generallstreikunternehmung die Gegensätze innerhalb der Arbeiterkonföderation noch verschärfen würde. Die Putzschindalisten, die eine starke Ernüchterung ihres Anhangs in bezug auf die „revolutionäre Gymnastik“ zu gemärtigen hatten, griffen sofort zu dem taktischen Kniff, die reformistischen Gewerkschaftsführer des feigen Verrats zu bezichtigen oder sogar mit nicht allzu bestimmten Worten der Skandalsucht zu verdächtigen. Neben Gusrard von den Eisenbahnern, dessen in der Tat ansehnliche Haltung wir schon dargestellt haben, war es ganz besonders der Konföderationssekretär Niel, gegen den sich die heftigsten Anklagen richteten. Niels „Verbrechen“ bestand darin, daß er in einer Bergarbeiterversammlung in Lens in einer mutigen Rede erklärt hatte, daß das Proletariat für einen Generallstreik nicht reif sei und vor allem der Organisation bedürfe. Mit der Logik des Bauern, der sich für den Hagelschlag am Barometer rächt, behaupteten die revolutionären Syndikalisten, diese Rede sei am Zusammenbruch des Generallstreiks schuld. Uebrigens bot dieser die schon seit der Wahl Niels gesuchte Gelegenheit, gegen die Reformisten in der Konföderation die Demagogie zu entfesseln. Man erinnert sich, daß Niel nur durch eine infolge persönlicher Hinstimmigkeiten zustande gekommene Zufallsmehrheit gewählt worden ist. Die Mehrheit des Konföderationsvorstands — die bekanntlich die Mehrheit der Verbandmitglieder repräsentiert — ist nach wie vor „revolutionär“, und es war von vornherein klar, daß ihr anders gesinnter Sekretär durch ihre Beschlüsse in ein Dilemma geraten würde. Der Poststreik hat es nur beschleunigt und den Putzschindalisten nur erspart, diese Situation, wie sie es geplant hatten, künstlich herbeizuführen. Niel mußte den Aufruf zu dem von der Mehrheit beschlossenen Generallstreik, den er selbst als ausichtslos charakterisiert hatte, unterzeichnen. Tatsächlich konnte denjenigen, die den Beschluß gefaßt hatten, die Unmöglichkeit der Ausführung nicht zweifelhaft sein, nachdem die Bergarbeiter, die Eisenbahner und die Textilarbeiter, die allein schon gegen zwei Fünftel der Konföderationsmitglieder repräsentieren, dagegen gestimmt hatten, da weder ihre Stimmung noch eine Verbandsnorm ihren Anschluß versprachen. Nach der Interpretation der Revolutionäre selbst soll ja die Konföderation nur ein Korrespondenzorgan, nicht ein bewegendes Zentralorgan sein, und eigentlich schlagen diejenigen, die jetzt über den Disziplinbruch setern, ihren eigenen föderalistischen Prinzipien ins Gesicht. Aber die ohnmächtigen Blufftaktiker entschlossen sich zur Sünde um so leichter, weil sie den Sündenbock in ihren Händen hatten.

Die Sühneveremonie ging allerdings nicht ganz einfach vor sich. Zwei lange Sitzungen dauerte die Verhandlung des Konföderationskomitees über die vom Sekretär während der Generallstreikagitation eingenommene Haltung. Niel verteidigte seinen Standpunkt und die reformistische Taktik überhaup in ausführlicher Rede. Drei Tagesordnungen wurden eingebracht. Der Sekretär des Bauarbeiterverbandes beantragte ein „Wedauern“ für Niels Rede in Lens, der Vertreter der Metallarbeiter forderte die Feststellung der Verantwortlichkeiten, Gusrard (Eisenbahner) und Coupat (Mechaniker) verlangten den einfachen Uebergang zur Tagesordnung. Niel erklärte, nur die letzte Resolution annehmen zu können. Sie wurde indes mit 60 gegen 36 Stimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt, worauf Niel seine Demission bekanntgab und sie durch eine vorbereitete schriftliche Erklärung motivierte. Der Autograph Phil, der stellvertretende Sekretär und gleichfalls ein Reformist, gab die gleiche Erklärung ab. Es verdient übrigens erwähnt zu werden, daß die große Mehrheit gegen Niel vor allem den Vertretern der Arbeitsbörsen zuzuschreiben ist, die bei der Wahl der Konföderationsfunktionäre kein Stimmrecht haben, da dieses nur den Vertretern der nationalen Verbände vorbehalten ist. Es ist sicher eine Anomalie, daß die Wahl und die Absetzung verschieden zusammengesetzten Organen zusteht, und der Anreiz zu Schikanen, der hierin liegt, wird sich wohl noch manchmal geltend machen.

Für den Augenblick ist die wichtigste Frage, wie sich das Verhältnis zwischen den „Revolutionären“ und den „Refor-

misten“ in der Konföderation weiter gestalten soll. Man hat in den letzten Tagen viel von einem bevorstehenden Austritt der Reformisten und der Gründung eines neuen Verbands gesprochen. Indes wollen gerade die Reformisten die Einheit der Gewerkschaftsorganisation, solange es nur irgend geht, aufrecht erhalten. Eher scheint der Wunsch der Spaltung dieser Art bei manchen Revolutionären lebendig zu sein. Wenigstens läßt sich ein Interview so deuten, daß der frühere Sekretär Griffuelhes dieser Lage wieder einmal dem „Matin“, der gastlichen Herberge der Anarcho-Sozialisten, gewährt hat. Dieses Interview zeigte übrigens, daß Griffuelhes aus dem Döbälde des Generalstreiks nichts gelernt hat. Er hält noch immer bei der „Gymnastik“. „Die Reformisten“, sagt er, „wollen starke Effektivbestände. Uns genügen Parteigänger, vorausgesetzt, daß sie den Glauben und das nötige Feuer haben. Wenn unsere Truppen fortwährend in Atem gehalten werden, haben wir die feste Hoffnung, daß sie eines Tages die große Masse des Proletariats mitreißen werden.“ Man sieht — die reine Religion: Glaube, Liebe und Hoffnung. „Aktion, Aktion und immer wieder Aktion! Das muß die Devise der Konföderation sein!“ ruft Griffuelhes. Von Organisation sagte er nichts. Und dabei ist Griffuelhes, weil er sich mit den Hervorstemmen geschlagen und sie als Schreiheule und Revolutionsromantiker bezeichnet hat, die Hoffnung mancher Parteigenossen, die von den Paarungstrieben der reinen antiparlamentarischen Syndikalisten und der politischen Reformisten eine glückliche Zukunft des französischen Sozialismus erwarten.

Die leitenden Funktionen in der Konföderation werden jetzt wieder an die „Revolutionäre“ übergehen. Griffuelhes lehnt indes eine Wiederwahl ab, wohl hauptsächlich wegen der Anklagen, die von Anhängern seiner Anschauungen gegen seine Amtsführung erhoben worden sind. Praktisch bedeutet der Wechsel nicht viel, da sich die großen reformistischen Gewerkschaften jetzt noch weniger als früher zu „gymnastischen“ revolutionären Schaulustspielen werden „entrainieren“ lassen.

Die Radbod-Kolonie vor Gericht.

Dortmund, 29. Mai. (Fig. Ver.)

Heute hörte das Gericht nur den Arzt Dr. Falob als Gutachter. Herr Dr. Falob hat im März dieses Jahres die Kolonie besucht. Die Straßen waren unpassierbar. Die Häuser befinden sich in einem Zustande, der gesundheitliche Schäden zur Folge habe. Die Mängel waren sehr groß, sogar die Fensterrahmen waren gänzlich mit Pilzen besetzt. Er habe sich etwa 25 Häuser angesehen, von denen nur fünf gut waren, 10—12 waren mangelhaft, 10—12 sehr schlecht. Er hat Wasser aus den Brunnen geprüft und es sehr schlecht und gesundheitsschädlich befunden. Der dauernde Aufenthalt in den Häusern müsse die Gesundheit schwer schädigen, das treffe namentlich auch für die Kinder zu, die doch den größten Teil des Tages in den dumpfen Schlafstuben zubringen müssen. Die Folgen sind konstitutionelle Krankheiten, Nephritis, Rheumatismus und das Heer der Erkältungskrankheiten. Besonders unsaubere Wohnungen, daß sie aufgefalten wären, hat er in der Kolonie nicht bemerkt. Sein Verurtheilung er mit sich, daß er in viele Arbeiterwohnungen komme, aber er habe selten welche angetroffen, die in solch hohem Maße schädlichkeiten aufwiesen als die Häuser in der Kolonie Radbod.

Sowelt das Gutachten des Herrn Dr. Falob, das für Radbod ebenso vernichtend ist wie das Gutachten des Professors Dr. Sommerfeld. Die Herren von Radbod mögen sich anstrengen wie sie wollen, das Märchen von der Wohlfahrtsanstellung, von der Willenskolonie ist gründlich zerstückt. Genosse Kottebohm bereitete dann dem Richterkollegium noch eine schöne Ueberrückung durch die Uebereichung eines Gefäßes, das ekelhaftes Gewürm enthielt, welches am Tage vorher aus einem Brunnen der Radbod-Kolonie gepumpt worden war. Ein beiführender Richter meinte, was sie mit dem Getier sollten, das verderbe ihnen ja den Appetit. Was ihm schon zu glauben ist; er soll aber auch bedenken, daß die Arbeiter von Radbod jeden Tag Gefahr laufen, solches Getier mitzutrinken. Direktor Andre wollte angeweifeln, daß das Getier aus einem dortigen Brunnen stamme; als ob Kottebohm für diesen Prozeß sich eine Gewürmzuchtanstalt angelegt habe.

Von zwei Zeugen wurde bestätigt, daß die Tiere gestern aus Brunnen der Kolonie geholt worden waren. Das Gericht verurtheilte schließlich den Beschluß, daß es als wahr unterstelle, die Würmer stammten aus den Brunnen der Kolonie. Der Rest der Gutachter wird Mittwoch vernommen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Juni 1909.

Das große nationale Pfingstfest.

Die hierikalische und konservativere Presse hat sich in ihren Pfingst-artikeln das billige Vergnügen geleistet, in phrasenschönen Worten die große „nationale“ Tat zu feiern, die nach ihrer Ansicht die Rumpffinanzkommission dadurch vollbracht hat, daß sie in den beiden letzten Tagen vor Pfingsten Hals über Kopf allerlei verrückte Steuerentwürfe akzeptierte. Durch unbesessene Annahme von unmöglichen Paragraphen soll die Rumpfkommision, wie allen Ernstes versichert wird, sich den Dank des deutschen Vaterlandes gesichert und das Volk von einem bösen Alb befreit haben. Die „Köln. Volkszeitung“, die während der letzten Monate, je nach dem Berliner politischen Witterungswechsel, oft zweimal am Tage ihre heiligsten Grundsätze korrigierte, begrüßt sogar das große Pfingstfest des hierikal-konservativ-polnischen Nationalgeistes mit einem „aufrichtigen Gott sei Dank!“ Und fast noch bekräftigter gebärdet sich das Organ der Hommer- und Kaldsteine, die „Arenzzeitung“. Nach ihrer Versicherung hat die epochale Leistung der Rumpfkommision schon ein solches „Gefühl der Erleichterung“ in allen deutschen Gauen ausgelöst. Voreilig teilt sie bereits Senzuren an die Hauptakteure der Komödie aus. Den ersten Ruhmeslocher brüdt sie dem neuen Vorsitzenden der Rumpfkommision, dem „energischen und gewandten“ Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Nichte-Hofen, auf sein geniales Haupt; den zweiten Kranz erhält der — Staatssekretär Sydow, vielleicht weil er sein Wort von der „conditio sine qua non“ so schnell vergessen und in den letzten Wochen eine so eigenartige Anpassungsfähigkeit an konservativere Gedanken bewiesen hat, daß man fast auf den Gedanken kommen könnte, er wolle an sich die Richtigkeit der Darwinischen Theorie demonstrieren.

In geistlicher Verkennung der politischen Lage stellt sich diese Presse, als sei durch die Beschlüsse der Rumpfkommision die

Finanzreformfrage im wesentlichen schon erledigt, und als bleibe dem am 15. d. M. wieder zusammentretenden Reichstag nichts anderes übrig, als die großen vaterländischen Leistungen der ultramontan-konservervativ-polnischen Patrioten gutzuheißen. In den schonen Artikeln der konservativen und hierikalischen Blätter sieht man denn auch alle Rasenlang auf Wörter wie „Opfermut“, „Opferwilligkeit“, „Förderung des nationalen Interesses“, „Aufopferung“ usw., obgleich doch sicherlich kein großer Opfermut dazu gehört, aus anderer Leute Taschen Steuern zu bewilligen. Und ebenso wird mit stolzer Genugthuung hervorgehoben, daß in ihrer Begeisterung die Rumpfkommision sogar mehr Steuern bewilligt hat, als die Regierung fordert. So stellt die „Köln. Volksztg.“ folgende Addition auf:

Versteuerung	100 Millionen Mark
Brandweinsteuer	80 „
Zobak- und Zigarettensteuer	45 „
Schamweinsteuer	5 „
Steuer auf Vorlämmerien	8 „
„ „ Rindhölder	25 „
„ „ Glühkörper	20 „
Kaffee- und Teezoll	35 „
Wählernachsteuer	8 „
Kohlenausfuhrzoll	20 „

Ferner für die Beibehaltung der Hofartensteuer 20 Millionen, zusammen also 308 Millionen indirekter und Verkehrssteuern. Dazu kommt noch der Antrag Nichte-Hofen, die Notierungsteuer. Die Kommissionsmehrheit schätzt ihr Erträgnis auf 80 Millionen, Staatssekretär Sydow hat selbst 60 Millionen genannt. Die Besitz- und Umsatzsteuer bezw. Reichswertzuwachssteuer ist mit 60 Millionen Minimum veranschlagt worden. Im ganzen also 368 plus 140 Millionen Mark Steuern, zu denen schließlich noch die um 25 Millionen erhöhten Matrikularumlagen hinzuzurechnen werden müssen.

Der „Deutschen Tagesztg.“ ist das noch zu wenig. Sie rechnet mindestens 31 Millionen Mark mehr heraus, während die „Arenzzeitung“ es etwas billiger tut und um 8 Millionen Mark hinter den Anschlüssen des Bündlerblattes zurückbleibt.

In Wirklichkeit haben diese Berechnungen keine solide Basis als die ganzen Beschlüsse — alles ist Parforcearbeit ohne jegliche Berücksichtigung der technischen Schwierigkeiten, die der Durchführung der projektirten Steuern entgegenstehen. Man nehme nur die Erzbergersche Zahnwasser- und Parfümsteuer. Solche Präparate, wie Zahn- und Haarmittel, werden auch von den kleinsten Detailisten selbst angefertigt, wie Drogisten und Feiseure es sind. Es ergibt sich daraus eine und Unermessliche gehende Zahl von Betrieben, die einer Steuerkontrolle unterliegen. Der Kontrollapparat würde bald mehr kosten als die ganze Steuer einbringt.

In der Klemme.

Im Wahlkreise Neustadt-Landau (Bahr. Pfalz) hat demnach für den verstorbenen Abgeordneten Schellhorn eine Nachwahl stattzufinden. Die Entscheidung darüber, ob die Nationalliberalen das Mandat behalten, liegt beim Bund der Landwirte, der bei der vorigen Wahl gleich im ersten Wahlgang für den Nationalliberalen eingetreten ist. Nun teilt die „Deutsche Tagesztg.“ mit, daß der Bund der Landwirte auch diesmal wieder mit den Nationalliberalen gemeinschaftlich in den Wahlkampf eintreten werde; es müsse aber verlangt werden, daß der Kandidat — falls man den Nationalliberalen die Präsentation des Kandidaten überlasse — in wirtschaftlichen Fragen das Programm des Bundes anerkenne und sich insbesondere in der Frage der Reichsfinanzreform auf den Boden der agrarischen Anschauungen stelle.

Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß die Nationalliberalen einen Kandidaten aufstellen sollen, der gegen die von den Nationalliberalen verlangte Erbschaftsteuer stimmt. Wenn sich die Nationalliberalen nicht fügen, dann erst ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der Wahlkreis dem Zentrum zufällt, das bei der letzten Wahl auf seinen Kandidaten 8767 Stimmen vereinigte.

Dr. Mugdan kein Mitglied des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Während des letzten Wahlkampfes in Alzey-Bingen wurde von dem früheren nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Weder in mehreren Versammlungen behauptet, daß auch der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Mugdan früher Mitglied des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie gewesen sei. Als diese Behauptung von den freisinnigen angezweifelt wurde, hielt sie Dr. Weder ausdrücklich unter dem Hinweis darauf anrecht, daß ein Mann wie er doch über den Reichsverband genau orientiert sei und in der Öffentlichkeit etwas Falsches über Herrn Dr. Mugdan zu behaupten nicht wagen würde, zumal er mit ihm persönlich gut bekannt sei und mehrere Jahre mit ihm im Reichstage gesessen habe. Im übrigen würde auch eine direkte Anfrage an Herrn Dr. Mugdan die Richtigkeit seiner (Dr. Weders) Behauptungen bestätigen. Die „Heftige Liberale Wochenztg.“ teilt nun ein Schreiben des Abg. Dr. Mugdan mit, worin dieser versichert, daß er niemals Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gewesen ist.

Herr Weder wird nicht umhin können, seine angeblichen Beweise vorzulegen. —

Eine herbe Beurteilung der deutschen Handelspolitik.

enthält der soeben zur Ausgabe gelangte Jahresbericht der Handelskammer zu Erfurt für das Jahr 1908. Es heißt darin nach statistischen Ausführungen allgemeiner Natur über Deutschlands Außenhandel:

„Es ist ja zweifellos, daß eine ganze Anzahl Branchen durch die neuen Zollverhältnisse des Auslandes Abhandelt verloren haben. (Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten aus dem amerikanischen Konsulatbezirk Erfurt betrug im Berichtsjahre nur 3 508 803 M. gegen 5 924 208 M. im Vorjahre.) Darüber bringt auch dieser Bericht wieder Material. Man hört oft die Frage aufwerfen, ob die deutsche Regierung immer die ihr zu Gebote stehenden Mittel anwendet, um die Interessen des deutschen Handels dem Auslande gegenüber wahrzunehmen. Diese Frage wird nicht überall bejaht. Während Pressenachrichten zufolge die englische Regierung mit Erfolg gegen gewisse Zollhöchungen des gegenwärtig zur Verhandlung stehenden neuen französischen Zolltarifs vortellig geworden sein soll, ist von einem derartigen Vorgehen deutscherseits, obwohl der Regierung Material, auch aus unserem Bezirke, unterbreitet worden ist, nichts bekannt geworden. Außer dem französischen, wird gegenwärtig auch der amerikanische Zolltarif einer Revision unterzogen, und es ist zu befürchten, daß der neue Tarif eine Erschwerung der Ausfuhr nach Nordamerika bringen wird. Die Verhandlungen unserer Regierung sollten wenigstens darauf gerichtet sein, daß das vielbesagte amerikanische Zollverfahren eine Verbesserung zugunsten der deutschen Exporteure erfährt. Eine Verhandlung mit Kanada ist immer noch nicht erreicht worden, der Zollkrieg dauert fort. Diese Verhältnisse werden die Hoffnung auf eine baldige Beilebung des Auslandsverkehrs nicht gerade stärken können.“

In einer anderen Stelle des Berichts wird über die Preisvertheuerungspolitik des Kohlenyndikats geflagt und insofern verlangt, daß die Kohlenpreise der Staatsbahnen und die Kohlenpreise der fiskalischen Gruben mehr als bisher zugunsten der kohlenverbrauchenden Industrie gestaltet werden.“

Ein Kongreß deutscher Anarchisten

trat am Montag in Leipzig zusammen. Vertreten sind die anarchistischen Gruppen von Berlin, Frankfurt, Hamburg, Darmstadt, Mainz, Danau, Breslau und andere, im ganzen 80 Orte mit 88 Gruppen. Der Vorsitzende Rudolf Lange berichtete über die Tätigkeit der Geschäftskommission der anarchistischen Föderation. Danach sind in den letzten zwei Jahren über Anarchisten insgesamt 9 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Gefängnis und viele Geldstrafen verhängt worden.

Die Kommission wurde nach dem Bericht sowohl ideal wie materiell sehr schlecht unterstützt. So ergab der Kassenbericht in den zwei Jahren vom 1. April 1907 bis 31. März 1909 eine Einnahme von 657,98 M., der eine Ausgabe von 508,77 M. gegenübersteht.

Sepp Dertter hielt ein Referat über die Organisationsfrage — er bestritt eine föderative Organisation. Seine Vorschläge gelangten nach lebhafter Diskussion zur Annahme.

Am 1. Juni wurde lange über die Stellung der Anarchisten zum Syndikalismus und zu den Anarcho-sozialisten diskutiert. Folgen soll noch u. a. ein Referat von Fr. Friedeberts über: „Der Anarchismus, seine Idee und Taktik“.

Frankreich.

Der Streik der Seeleute.

Marseille, 31. Mai. Die eingeschriebenen Seeleute saßen in ihrer heutigen Versammlung einen Beschluß, in dem die Regierung dafür getadelt wird, daß sie den Reedern Seeleute der Staatsmarine zur Verfügung gestellt habe, und in dem sie sich verlichtet, keinerlei Zugeständnis zu machen und erst wieder an Bord zurückzuführen, wenn ihren Forderungen Genüge gesehen sei.

Zerstörte Leitungen.

Paris, 1. Juni. Zahlreiche Telegraphen- und Telephon-Drähte in der Umgebung von Paris sind durchgeschnitten worden. Der Minister des Innern hat Beweise, daß dieses Zerstörungswerk wohl vorbereitet war durch ein Rundschreiben, das genaue Angaben über die Ausführung der Tat enthielt und von Pariser Anarchisten ausging. In Paris ist ein scharfer Ueberwachungsdienst eingerichtet worden.

Die Carmagnole.

Paris, 1. Juni. Aus Marseille wird mehreren Blättern gemeldet, daß eine Anzahl Landwehrlente, die im Lager von Barzac an Schießübungen teilnahmen, einen Unteroffizier bedrohten und beschimpften und das revolutionäre Lied „La Carmagnole“ sangen. Zwei Landwehrlente wurden wegen dieser Vorfälle mit Arrest bestraft.

Belgien.

Die Sozialisten gegen die Verschleuderung der Kunstschätze.

Brüssel, 1. Juni. In der heutigen Kammer Sitzung gelangte die Interpellation Vanderveeldes bezüglich des Gemäldeverkaufs durch den König zur Besprechung. Der Interpellant versuchte sich auf juristische Gründe zu stützen, um zu beweisen, daß die Gemälde des Königs nicht diesem als Privatmann gehören und daß diese Kunstschätze in den verschiedenen Palästen das Eigentum der Nation seien. Die Interpellation wurde schließlich zurückgezogen.

Italien.

Die deutschen Versicherungsgeetze.

Rom, 31. Mai. Deputiertenkammer. In Beantwortung einer Interpellation des Abgeordneten Cabrinis über den deutschen Gesetzentwurf betreffend die Arbeiterversicherungen erklärte der Minister des Innern Tittoni, er glaube versichern zu können, daß das neue Gesetz für die Ausländer, gegenüber den gegenwärtigen Gesetzen, keine Verschlechterung darstelle, und daß es den Ausländern keine unterschiedliche Behandlung gegenüber den Deutschen angedeihen lasse. Inmitten könne man bei den ausgezeichneten Beziehungen Italiens zu Deutschland Schritte unternehmen, um die Interessen Italiens bei dieser Gesetzgebung noch zu fördern, besonders nach zwei Richtungen hin; vor allem könne man zu erreichen suchen, daß Italien in die Staaten einbezogen werde, für welche einige Bestimmungen betreffend die Ausländer durch den Bundesrat modifiziert werden können, zumal die italienische Auswanderung nach Deutschland sowohl temporär wie auch periodisch überwiege. Außerdem müsse man die besonderen Abkommen schließen, die durch den Vertrag von 1904 betreffend den Arbeiterschutz vorgezogen seien. Entsprechend der Anregung Cabrinis werde man auch mit der deutschen Regierung über die Zurückstattung der eingezahlten Beiträge verhandeln können, wenn ein Arbeiter oder ein Rechtsinhaber eine Rente nicht beziehe. Schließlich sprach Tittoni den Wunsch aus, daß seine Erklärungen die laut gewordenen Befürchtungen zerstreuen möchten und verhoffte, daß der wirksame Schutz der italienischen Auswanderer eine seiner vornehmsten Pflichten sei, er werde alles aufbieten, um diese hohe und edle Aufgabe zu erfüllen.

Türkei.

Neue Schwierigkeiten.

Konstantinopel, 1. Juni. Depeschen des armenischen Patriarchats zufolge hat die mohammedanische Bevölkerung in der Umgebung von Konia zwei Armenierdörfer angegriffen, mehrere Armenier getötet bezw. verwundet und die Dörfer geplündert. Die Bevölkerung im Vilajet Wan hat bei der Regierung um die Erlaubnis nachgesucht, Freiwilligenkorps zur Wiederherstellung der Ordnung bilden zu dürfen. Die Regierung hat dem Ersuchen nicht stattgegeben.

Aus Razedonien werden neue Bandenbildungen in der Nähe von Wobena und Werria gemeldet. In der Nähe von Jenidje sind mehrere türkische Reisende von einer Bande überfallen und ausgeraubt worden. In der Bevölkerung herrscht wegen der zunehmenden Ueberfälle Verwirrung.

Blättermeldungen zufolge sind in Damaskus einige reaktionäre Notabeln, die Mitglieder der mohammedanischen Union sind, verhaftet worden.

Die Lage in Adana.

Konstantinopel, 31. Mai. Im Ministerium des Innern eingelaufene Telegramme zufolge herrscht im gesamten Vilajet Adana andauernd Ruhe. Bis vorgestern sind 248 Mohammedaner und 83 Armenier verhaftet worden. Die von der Kammer entsandte Untersuchungskommission ist in Adana eingetroffen, auch die Depeschen des armenischen Patriarchats melden, daß keine weiteren Aufhebungen sich ereignet haben.

Persien.

Die russischen Provokationen.

Teheran, 31. Mai. Die Nationalisten in Täbris beklagen sich bitter über die von den Russen vorgenommenen Verhaftungen und andere Uebergriffe, die sich die Zivilbehörden zuschulden kommen lassen. Sattarhan und die übrigen Führer, die fürchteten, ebenfalls verhaftet zu werden, haben im türkischen Konsulat

Zuflucht gesucht, nachdem das englische Konsulat ihnen den Schutz verweigert hatte. Die Russen beschaffen sich bereits Material, um unverzüglich den Bau der Bahn von Dschulfa nach Täbris zu beginnen. Türkische Truppen in der Stärke von 2500 Mann haben Maragha besetzt.

Russische Bemühtungsversuche.

Petersburg, 31. Mai. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Täbris: Die in das türkische Konsulat geflüchteten Führer der Nationalisten Sattarhan und Bagirhan machten durch ihre Reute den Versuch, die Täbriser Bazar zu schließen; dieser Versuch mißlang. Beide Führer und ihre Anhänger sprachen den Wunsch aus, türkische Intervention zu werden. Sattarhans Anhänger verbreiten das Gerücht, daß türkische Truppen sich über Maragha und Soudbulag nach Täbris bewegen. Tatsächlich plündern mehrere Tausend persische Kurden vom Stamme der Ramasch Mangur in Riandab und Soudbulag. Die muslimanische und christliche Bevölkerung dieser Orte ist schuglos.

Die Verschlechterung des Wahlrechts.

Teheran, 30. Mai. Das Wahlgesetz ist dem Provinzial-Einbäumen zur Begutachtung übermittleit worden. Das neue Wahlgesetz setzt die Zahl der Deputierten auf 120 fest. Die Wahlen sind zweistufig. Abgesehen vom Vermögenszensus wird Elementarbildung gefordert. Teheran wählt jetzt 15 statt der früheren 60 Deputierten.

Peru.

Ein mißglückter Putz.

Lima, 30. Mai. Ein Trupp Aufständischer unter Führung Hierolas griff das Regierungsgebäude an und bemächtigte sich der Person des Präsidenten der Republik Leguia, um ihn zur Abdankung zu zwingen. Die der Regierung ergebenen Truppen besetzten Leguia und feuerten auf die Aufständischen, von denen über 40 getötet wurden. Der Aufstand ist niedergeworfen.

Aus der Partei.

Sozialismus in Persien.

Zwei persische Sozialisten, Dr. Mirza Abdulkah und Sabit Rahim Jada hatten sich zurzeit in Paris auf und die „Humanität“ veröffentlicht in der Form eines Interviews einige recht interessante Mitteilungen über die persische Revolution aus dem Munde der beiden Genannten. Sie behaupten, daß Persien bereits eine recht respektable sozialistische Bewegung hat. Die jungen Persier gingen nach der russischen Universität Ziflis, der Zentrale der sozialistischen Bewegung im Kaukasus. Dort nahmen sie die sozialistischen Lehren in sich auf und kehrten als Sozialisten in ihr Vaterland zurück. Ebenso die persischen Arbeiter, die zu Tausenden nach Waku, der russischen Petroleumstadt gehen, wo sie das Gift des Sozialismus einsaugten. In den großen Streiks der Petroleumarbeiter, die vor einigen Jahren in Waku stattfanden, waren zahlreiche Perser beteiligt. „Wir sind gekommen — so schloßen die beiden Perser — im Namen aller demokratischen und revolutionären Parteien in Persien, um unsere sozialistischen Kameraden Europas aufzufordern, in den Parlamenten Frankreichs, Englands, Deutschlands usw. zugunsten eines Volkes, das für seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpft, zu intercedieren.“

Die Politik der „S. M.“

Ein Personalwechsel ist unter den Hundschanbearbeitern der „Sozial. Monatshefte“ eingetreten. Schippel und Calver sind — wohl nur zeitweise — verschwunden und die Sparte „Politik“ zeichnet jetzt ausgerechnet — Max Maurenbrecher.

Dem neuen Reichsvereinsgesetz.

In Braunschweig hatte das Gewerkschaftskomitee eine Dienstbotenversammlung einberufen zum Zwecke der Gründung einer Dienstbotenorganisation. Das Thema wurde unter vollständiger Ausschließung der Erörterung politischer Fragen oder Dinge behandelt. Trotzdem erhielt Genosse Wesemeyer als Einberufer der Versammlung ein Strafmandat über 15 M., weil er die Versammlung nicht als eine „politische“ angemeldet oder bekannt gemacht hatte. Das angerufene Schöffengericht und in der Berufungsinstanz das Landgericht sprachen den Angeklagten kurzerhand frei, weil selbst die Polizeibeamten als solche nichts weiter befehlen konnten, als daß in der Versammlung gesagt worden sei, die Beseitigung der Gefindeordnung sei für die Dienstboten „wünschenswert“. Die Staatsanwaltschaft hielt aber diese Worte schon als über den Rahmen des Gewerkschaftlichen hinausgehend, wodurch die Versammlung zu einer politischen gestempelt werde. Sie legte Revision ein und das Oberlandesgericht hielt die Revision für begründet. Die Versammlung habe sich mit der Ausprägung des Wunsches durch die Referentin, daß es für die Dienstboten besser sei, wenn sie nicht der Gefindeordnung unterstellt wären, unmittelbar mit Angelegenheiten des Staates und der Gesetzgebung befaßt. Dadurch sei die Versammlung zu einer „politischen“ geworden. — Das Oberlandesgericht wies die Sache an das Landgericht zur nochmaligen Verhandlung zurück. Das ist die „loyale“ Auslegung des freiwirtschaftlichen Gesetzes!

Der Maifeiertag.

Auch in Rülhausen i. Gf. haben sich die Seher der Druderei des Parteiblattes geweigert, den Tagesverdienst des 1. Mai abzuliefern. Ihr Wortführer verteidigte in der Sitzung des sozialdemokratischen Vereins das Vorgehen damit, daß in dem Buchdruckertarif die Bezahlung der Feiertage garantiert sei; kein Parteitag könne einem organisierten Buchdrucker seinen Lohn nehmen. Die Begründung ist so verkehrt wie nur irgend möglich, die Partei hat absolut nichts mit den Buchdruckern, sondern lediglich mit den Parteigenossen zu tun. Auf Antrag des Vorstandes beschloß der Verein nach einer längeren Debatte, mit allen gegen 6 Stimmen (es handelte sich um 7 Seher), daß diese Parteimitglieder wegen schweren Disziplinbruchs zur Beseitigung von Vertrauens- und Ehrentiteln in der Partei nicht würdig sind, sofern sie nicht bis zur nächsten Sitzung die Tageseinnahme an den örtlichen Parteiführer oder den Verwalter des Fonds für ein Volkshaus abgeführt, oder dem Vereinsvorstand den Beweis besonderer Notlage erbracht haben. Gegen den Antrag des Vorstandes nahmen mit 4 Sehern noch 4 Gewerkschaftsbeamte Stellung, die sich aber für ihre Person dem Nürnberger Beschlusse unterworfen hatten.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Wiederum eine „christliche“ Verleumdung am Pranger.

In der Dortmunder Gegend häuften sich infolge der Verlegungen durch die „christlichen“ Organe und die ultramontane Presse die Verleumdungen gegen Gewerkschaftler und Parteigenossen so sehr, daß eine ganze Reihe Verleumder, um einige Exemplar zu statuieren, vor Gericht gebracht wurden. In den letzten Monaten ist wohl ein Duzend solcher Fälle verhandelt worden, ohne daß es den Verleumdern auch nur einmal gelungen wäre, ihre verleumderischen Behauptungen zu beweisen. Sehr oft sehen unsere Genossen von einer Verurteilung ab, wenn der Verleumder seine Beschuldigungen zurücknimmt und die Kosten trägt. Denn auf eine Verurteilung kommt es den Genossen gar nicht an, sondern nur auf die Feststellung der Wahrheit.

Am letzten Freitag stand vor der Strafkammer zu Dortmund wieder eine Verleumdungsgeschichte zur Verhandlung. Der „christliche“ Agitator Kemper aus Frohlinde hatte die Verleumdung verbreitet, der Genosse Gradmann aus Mengede habe im Jahre 1905 Streikgelber unterschlagen. Natürlich stellte sich in der Verhandlung wieder heraus, daß die Verleumdung völlig aus der Luft gegriffen war. Auch dieser Missetäter kam von der Strafe frei, weil er seine ehrenrührigen Behauptungen im vollen Umfange zurücknahm und sich bereit erklärte, die Gerichtskosten zu tragen.

Soziales.

Entschädigung für verweigerter Ferienurlaub.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer hat mit fast allen in Frage kommenden Firmen einen Tarifvertrag abgeschlossen, worin den Arbeitern nach einjähriger Tätigkeit in dem jeweiligen Betriebe ein Ferienurlaub von einer Woche bei Fortzahlung des Lohnes garantiert wird. Zu den Vertragsfirmen gehört auch die Hotelbetriebsgesellschaft. Der Elektriker L. war etwa 4 Jahre bei dieser Firma beschäftigt und hatte vielfach Maschinistendienste zu leisten. Der Ferienurlaub ist ihm auch schon einige Male gewährt worden. Im letzten Jahre seiner Tätigkeit wurde er ihm jedoch verweigert. Die Firma hielt sich nicht für verpflichtet, den Elektriker den Ferien zu geben. Das Gewerbegericht teilte zunächst diese Auffassung. Der Vorsitzende Magistratsassessor Dr. Seck machte dem Kläger den Vorschlag, sich auf 10 M. mit der Beklagten zu einigen, denn der Tarifvertrag gelte seinem Wortlaut entsprechend nur für die Maschinisten und Heizer, aber nicht für die Elektriker. Der Kläger behauptete, daß es die zweifelhafte Absicht der Urheber des Tarifs gewesen sei, die Elektriker in das Vertragsverhältnis ebenfalls hineinzubringen. Er beantragte, den seinerseits zur Stelle gebrachten Organisationsvertreter als Zeugen darüber zu vernehmen. Der Antrag wurde abgelehnt, weil die Tarifverträge heutzutage durchaus nicht mehr der Klarheit ermangeln. Der zum Beweis der Klägerschen Behauptung, daß der Urlaub von der Beklagten verweigert worden sei, als Zeuge vorgeladene frühere Direktor L. bekundete, daß er im Einverständnis des verstorbenen Chefs dem Kläger den Urlaub versprochen und auch gewährt habe, da nach seiner Ansicht der Tarifvertrag auf den Kläger Anwendung finden mußte, da dieser ja tatsächlich des öfteren Maschinistendienste leisten mußte. Darauf wurde die Klageforderung anerkannt. Das Gericht verurteilte die Beklagte, dem Anerkennungsgemäß an den Kläger 30 M. zu zahlen.

Für den Arbeiter ist geforgt bis ins hohe Alter!

Wie sich dieser Ausdruck, der einmal an hoher Stelle getan wurde, in der Praxis ausnimmt, das zeigen die fast täglich vorkommenden Rentenbeschneidungen arbeitsunfähiger, invalider Arbeiter. Auch der nachstehende Fall verdient in dem Verzeichnisse derartiger Vorkommnisse rubriziert zu werden. Dem Feilenharter Gorsch in Wermelskirchen (Kreis Remscheid) flog vor einigen Jahren ein Eisen splitter ins Auge. Dadurch erblindete das eine Auge völlig und die Sehkraft des anderen Auges wurde erheblich geschwächt. Gorsch erhielt nun bis zum 1. Mai 1908 eine Rente von 40 Proz. und schlug sich des weiteren mit Drehschneidern schlecht und recht durch die Welt. Am 1. Mai 1908 entzog ihm die Berufsgenossenschaft die Rente mit der Begründung, daß der frühere Zustand wieder eingetreten sei und das Schiedsgericht in Düsseldorf schloß sich in seinem Urteil vom 16. Juni 1908 der Entscheidung der Berufsgenossenschaft an. Diese Entscheidung wurde beim Reichsversicherungsamt angefochten, und nach einem Gutachten des Geheimen Medizinalrats Prof. Dr. Kuhn in Bonn, welcher feststellte, daß das Sehvermögen des verletzten Auges von zwei Fünftel auf Knapp sechs Achtel gelitten sei, wurde die Rente dieser Tage auf 10 Proz. festgesetzt. — Das ist die Fürsorge für den Arbeiter bis ins hohe Alter, der Segen unserer so vielgepriesenen Arbeiterversicherung! Auf einem Auge blind, so dem anderen im Besitz von sechs Achtel des normalen Sehvermögens, damit ist für die Berufsgenossenschaft der „frühere Zustand wieder hergestellt“ und das Reichsversicherungsamt gemüht schließlich gnädigst noch 10 Proz.

Schweizerische Heimarbeitersammlung und Kongreß.

Am 15. Juli wird in Zürich die erste schweizerische Heimarbeitersammlung eröffnet. Sie hat den gleichen Zweck wie die Berliner Heimarbeitersammlung, nämlich die Veranschaulichung der Erwerbs- und Lebensverhältnisse der Heimarbeiter. In der Schweiz befinden sich über 130 000 Heimarbeiter. Reigt man die Resultate der Betriebszählung von 1905 zur Grundlage, die die Zahl der Heimarbeiter allerdings nur ungenügend erfaßt, so entfallen zwei Drittel der Heimarbeiter auf die Textilindustrie; an zweiter Stelle steht die Uhrenindustrie, die ungefähr ein Achtel der Gesamtzahl von Hausindustriellen aufweist; ein Fünftel umfassen die Industrien für Bekleidung und Fuß-, etwas weniger die Strohh- und Korbwarenindustrie, während die Holzschmiederei und die Tabakindustrie einen verhältnismäßig kleinen Teil der Heimarbeiter für sich beanspruchen.

Die Heimarbeitersammlung ist eine Veranstaltung des Schweizerischen Arbeiterbundes. Sie wurde ermöglicht durch finanzielle Unterstützung von Verbänden und Behörden. Die Sammlung des Materiales (Arbeitsprodukte und einheitliche Angaben über die Produktionsbedingungen für jeden einzelnen Gegenstand) lag durchaus in Händen der Arbeitererschaft. Die Unternehmer waren in keinem Komitee vertreten. Sie haben im allgemeinen die Vorarbeiten nicht weniger als gefördert, vielfach sogar gehindert. So haben die Plattschäbrianten jeden Arbeiter mit Straflage wegen Diebstahl bedroht, der ein Muster für die Ausstellung zur Verfügung stellen werde. Trotz dieser Widerstände, und trotzdem viele Heimarbeiter durchaus nicht bereitwillig die Veranstaltung der Ausstellung unterstützten, meist aus Furcht vor Nachregelungen, wird die Ausstellung ziemlich reichhaltig sein. Die größte Ausdehnung wird die Bekleidungsbranche in Anspruch nehmen, aus der mehr als 1100 Gegenstände gesammelt werden. Bedeutend ausgedehnt wird die Sammlung aus der Textilindustrie sein: circa 200 Muster aus der Seidenweberei, 150 aus der Seidenstoffweberei, 30 aus Leinenweberei, 250 Stäcker, textile Hilfsarbeiten 50. Die Uhren- und Musiklorenzfabrikation ist durch 100 Gegenstände vertreten, die Strohhindustrie mit 150, die Holzschmiederei mit 450 und endlich die Tabakindustrie mit 80. Dazu kommen noch eine Anzahl von Ausstellungsobjekten aus der Modellstecherei, dem graphischen Gewerbe, der Düfelenindustrie usw.

Gegen 50 fein ausgeführte Photographien führen den Besucher in die elenden Verhältnisse der schweizerischen Heimarbeiter ein. Dazu orientiert ihn über die ganze Sammlung ein einführender Katalog und eine größere Zahl von Monographien über einzelne Zweige der Hausindustrie und Extraausgaben von Verbandsorganen.

Im den Besuchern einen Begriff von den Mühen der hausindustriellen Beschäftigung beizubringen, ist der Ausstellung eine Arbeitshalle angegliedert, in der Heimarbeiter an der Arbeit sitzen.

Die Ausstellung findet in einem städtischen Gebäude, dem Hirschgartenhaus, statt und wird nach ihrer Beendigung in Zürich nach Basel verlegt werden, um dem angrenzenden Ausland den Besuch zu erleichtern. Durch eine Verlosung werden die Ausstellungsgegenstände veräußert.

Im Anschluß an die Schweizerische Heimarbeitersammlung wird am 7. und 8. August ein allgemeiner schweizerischer Heimarbeitersammkongreß veranstaltet werden, der die Mittel und Wege beraten soll, um die Lage der Heimarbeiter zu verbessern.

Für alle Auskünfte über die Ausstellung und den Kongreß, die bereitwillig erteilt werden, wende man sich an den Genossen Prof. Lorenz, Generalsekretär der Schweiz. Heimarbeitersammlung, Zürich I, Ob. Rühlengasse 10.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ernst Deinhardt †.

Genosse Deinhardt, Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“, ist am 30. Mai im Alter von 37 Jahren verstorben. Für die deutsche Arbeiterbewegung, insbesondere für den Holzarbeiterverband, bedeutet dieses waderen Genossen einen herben Verlust. Das doch die „Holzarbeiter-Zeitung“ unter seiner Redaktion eines der bestredigierten Gewerkschaftsblätter Deutschlands und seine Rednergabe, sein Organisations-talent und seine glühende Hingabe für die Arbeiterbewegung im ganzen Verbands- und weit darüber hinaus bekannt.

In Vöbstadt bei Jena als Sohn eines Proletariers geboren, machte er eine recht trostlose Jugend durch, erlernte das Tischlerhandwerk, um dann als Geselle sich in der Fremde fortzubilden. Mit der Arbeiterbewegung wurde er recht früh bekannt und finden wir ihn schon unter dem Sozialistengesetz sowohl in der politischen wie gewerkschaftlichen Bewegung tätig. Er darbt sich recht oft das Brot vom Munde ab, um seine Lernbegier zu befriedigen, sich Bücher kaufen zu können. Allgemein wird angenommen, daß in dieser schweren Zeit der Keim zu seinem Siedtum gelegt wurde. Sehr bald sehen wir ihn, von dem Vertrauen der Genossen berufen, in der Redaktionskommission der „Rheinischen Zeitung“ in Köln. Von dort ging er nach Elberfeld, um sich der „Freien Presse“ als Berichterstatter zu widmen. Im Jahre 1899 siedelte er nach Strassburg über und trat in die Redaktion des dortigen Parteiorgans ein. Hier war seines Weibens nicht lange. Die reichsständischen Gerichte machten ihm das Leben recht sauer. Wiederholte Verhaftungen in seiner Parteiredaktions-tätigkeit mußte er über sich ergehen lassen. 1900 wurde er als zweiter Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ nach Hamburg gewählt, und als im Jahre 1905 Albert Röske als erster Redakteur zurücktrat, kam er an dessen Stelle. Als der Holzarbeiterverband zur sachlichen Fortbildung seiner Mitglieder das „Fachblatt für Holzarbeiter“ gründete, übernahm er auch die Redaktion desselben und hat dasselbe auf eine Stufe gebracht, daß es mit Recht als eines der ersten Fachblätter Deutschlands bezeichnet werden darf. Und mit welcher Liebe und welchem Eifer hat unser Freund die ihm gestellten Aufgaben bewältigt, trotz seines jahrelangen schweren körperlichen Leidens, ihm mußte wegen Tuberkulose im Jahre 1908 das eine Bein amputiert werden. Immer bereit zu Rat und Tat, immer bereit einzuspringen wo es galt die Arbeiterinteressen zu vertreten. Sein goldiger Humor half ihm über die schwersten Stunden hinweg, seine Zuversicht fristete den Mut seiner Mitkämpfer immer wieder auf und sein umfassendes Wissen zeigte den Weg aus so mancher verzwickten Lage. Er war der „Neutralität“ der Gewerkschaften abhold, war es, der seit Jahren erklärte, unsere Gewerkschaften sind sozialdemokratische Gewerkschaften, müssen sozialdemokratische Gewerkschaften sein!

Nun ist er dahin gegangen, herzlich betrauert von der Gattin, die ihn mit so viel Liebe pflegte, und zwei kleinen Kindern, an denen er mit so unendlicher Liebe hing. Auch das deutsche Proletariat wird des Kampfen gedenken, der trotz seiner Jugend soviel für die Arbeiterbewegung getan!

Streik im Weinrestaurant Pöologischer Garten.

Gestern abend in der achten Stunde kam es in dem von der Hotel-Betriebsgesellschaft gepachteten Weinrestaurant des Pöologischen Gartens zu einem Streik des dort beschäftigten unorganisierten Kellnerpersonals. Von 37 Kellnern sind 34 in den Streik getreten. Die glänzend die Bezahlung der dort beschäftigt Gewesenen war, ergibt sich daraus, daß an Gehalt pro Monat neben der Beföstigung 10 Mk. bezahlt wurden. Ihre Wohnungen hatten die Ausführenden auf eigene Kosten außer dem Hause. Von den vereinnahmten Trinkgeldern mußten die Ausführenden noch einen Teil an ihre Zuträger und Oberkellner zahlen.

Deutsches Reich.

Die Schauerleute (Hofenarbeiter) in Babel hatten ihren Tarif mit den Reedereien zum 1. Juni gekündigt. Nach mehrfachen Verhandlungen ist es nun gelungen, einen neuen, bis zum 31. Dezember 1911 gültigen Tarif zu vereinbaren, der nicht unerhebliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schauerleute enthält.

Achtung, Zinngießer. Die Firma „Orbit“ Fabrik für kunstgewerbliche Gegenstände sucht in Berlin durch Inserate Zinngießer nach Köln. Die Firma hat drei württembergische organisierte Kollegen entlassen. Sie motivierte die Entlassung damit, daß sie sich Kölner Leute anlernen wollte, weil die Fremden immer wieder abreißen. Wenn die Firma jetzt in Berlin Leute sucht, so fällt ihre damalige Begründung in sich zusammen. Denn nicht nur die drei Genahregelten, sondern auch Berliner Zinngießer sind Fremde. Wir eruchen die Berliner Kollegen, bei Arbeitsaufnahme nach Köln sich dieser Mitteilung zu entsinnen. Organisierte Leute, die an der Beseitigung der vielen Mißstände arbeiten, kann die Firma nicht brauchen.

Deutscher Metallarbeiterverband.
Verwaltung Köln.

Die Scharmacher schließen die Reihen.

Der Verband Thüringer Metallindustrieller beschloß in außerordentlicher Generalversammlung, für alle seine Angehörigen und auf Verbandskosten die Mitgliedschaft zum Verbande Thüringer Industrieller (Weimar) zu erwerben, was für den letzteren einen Zuwachs von rund 100 bedeutenden Firmen ausmachen wird. — Wie hier erörtert wurde, wird in den nächsten Tagen auch der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien (Eitz Greiz) zu derselben Frage Stellung nehmen, und da bereits drei Firmen dieses Verbandes dem Gesamtvorstande des Verbandes Thüringischer Industrieller angehören, so leidet es keinen Zweifel, daß auch dieser Anschluß perfekt wird.

Eine weitere Scharmachergründung. Verband der deutschen Werkzeug-, Eisenwaren- und Haus- und Küchengerätefabrikanten ist am Freitag in Essen vom Verein der bergischen Fabrikanten in einer von 200 Fabrikanten besuchten Versammlung beschlossen worden. Sitz des Verbandes ist Remscheid. Als Hauptaufgabe bezeichnen die Satzungen insbesondere 1. Stellungnahme zu den Fragen der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gefestigung (1) und Uebermittlung der hierauf bezüglichen Wünsche und Anträge seiner Mitglieder an die Behörden, Regierungen und gesetzgebenden Faktoren. 2. Wahrnehmung der Interessen seiner Mitglieder gegenüber den Syndikaten und Verbänden der Rohstoffe und Halbfabrikate. 3. Pflege und Förderung des erspriehlichen Zusammenarbeitens von Fabrikanten und Händlern unter Sicherstellung und Vertretung der Interessen der Fabrikanten gegenüber den Händlerorganisationen.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil veranlt.: Ch. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der Guttemplerorden als Streikbrecheragent.

Die Cuzhavener Unternehmer sperren bekanntlich die Maler aus. Es versteht sich von selbst, daß die organisierten Arbeiter aller Verbände ihren kämpfenden Brüdern Beistand zu leisten haben.

„Der deutsche Guttempler“, das Organ des Guttemplerordens, brachte aber in seiner Nr. 6 folgendes Inserat:

Jirka 20—25 Malergehilfen für dauernde Arbeit bei 50 Pf. Stundenlohn für Nordseebad Cuzhaben gesucht. Nur Guttempler (nicht organisiert) wollen sich melden bei

G. Strobel, Malermeister, Cuzhaben, Mitglied der Loge „Friedenshafen“ Nr. 428.

So sieht also die Neutralität des Guttemplerordens in Wirklichkeit aus.

Der Bauarbeiterstreik im Bannener Lohngebiet ist beendet.

Der abgeschlossene Tarifvertrag, der außer Baugewerkschaften für Seida, Schmola, Strehla, Radelwitz, Preuschwitz, Rattowitz und Kuritz Geltung hat, soll bis zum 1. April 1910 dauern. Hauptpunkte des Vertrages: zehnjährige Arbeitszeit, Stundenlohn für Maurer und Zimmergesellen sowie für Ziegler- und Mörteleträger 45 Pf.; für Bauhilfsarbeiter 37 Pf., Akkordarbeit ist zulässig. Für die Orte Doberschau und Stiebitz gelten die Vertragsbestimmungen mit der Maßgabe, daß dort der Lohn der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter 3 Pf. niedriger ist.

Berechtigte Kritik ist straflos!

„Arbeiter, kommt in die Versammlung, um über die tieftraurigen Zustände unterrichtet zu werden.“ Dieser Satz lag einer Beleidigungssklage zugrunde, die eine Schneiderfirma in Remmungen gegen den dortigen Genossen Kerner als Unterzeichner eines Versammlungs-inferats angeklagt hatte, weil die Firma der Ansicht war, daß es bei ihr tieftraurige Zustände nicht gäbe.

Vor dem dortigen Schöffengericht wurde der Beweis erbracht, daß die Arbeiter bei einem Durchschnittslohn von 2,50 M. pro Tag auch noch die Futuraturen liefern müssen. Daraufhin erkannte das Gericht auf Freisprechung mit der Begründung, daß ein Tagelohn von 2,50 M. bei Lieferungen der Futuraturen durch den Arbeiter tatsächlich zur Kritik herausfordere; außerdem komme dem Beklagten, Gewerkschaftsführer Kerner, auch noch der Schutz des § 193 Strafgesetzbuchs (Wahrung berechtigter Interessen) zu gute.

Der Konflikt der Buchdrucker im Betriebe der Großbuchdruckerei H. B. Vossen Söhne in Wald bei Solingen ist in einer in Elberfeld stattgefundenen Sitzung des Tarifschiedsgerichts der Buchdrucker zugunsten der Gehilfen beigelegt worden. Sämtliche Klagen sind zurückgenommen worden. Lohnföhrungen, welche für die über Tarif entlohnten Gehilfen vorgesehen waren, finden nicht statt.

In der Selnhofer Lithographische Industrie droht ein Lohnkampf auszubrechen. Der Lithographische Industriellen-Verband kündigt den Arbeitern den am 1. Juli abgelaufenen Tarif unter gleichzeitiger Vorlegung eines neuen, welcher erhebliche Lohnreduktionen aufweist.

Ausland.

Die gewerkschaftlichen Kämpfe in Schweden.

Der allgemeinen Aussperrung im Baugewerbe Schwedens ist in der Woche vor Pfingsten vorgebeugt worden. Unter Mitwirkung des Schlichtungsbeamten haben die Parteien sich endlich doch noch über eine Reichstaxiengemeinschaft geeinigt. Das Unternehmertum hat in den wichtigsten Punkten, u. a. hinsichtlich der für einzelne Städte geplanten Verlängerung der Arbeitszeit, nachgeben müssen. Allgemein ist für das Baugewerbe Schwedens der 1/2-Stundentag festgelegt, wo jedoch kürzere Arbeitszeit schon eingeführt ist, bleibt diese bestehen.

In der Baumaterialindustrie Schwedens dauert die von den Unternehmern veranfaltete Aussperrung noch fort. Sie erstreckt sich auf 4000 Arbeiter. Die Arbeitgebervereinigung plant, um diesen Kampf zu Ende zu führen, Massenaussperrungen in anderen Industriezweigen.

Im Maßschneidergewerbe ist es kurz vor der beschlossenen Generalaussperrung zu einer Einigung für die drei Städte gekommen, wo die Schneider ausgesperrt waren oder streikten. Diese Kämpfe sind zugunsten der Arbeiter beendet. Unter anderem mußten die Arbeitgeber sich zur Errichtung von Betriebswerkstätten verpflichten.

In der Konfektionsindustrie hat das Unternehmertum eine allgemeine Aussperrung veranfalt, die sich auf die großen Konfektionsgeschäfte in Stockholm und mehreren anderen Städten Schwedens erstreckt.

Der Einigungskongreß der französischen Metallarbeiter

hat während der Pfingstfeiertage in Paris stattgefunden. Auf dem letzten Metallarbeiterkongreß zu Marseille war beschlossen worden, daß die drei in Frankreich bestehenden Berufsverbände der Metallindustrie zwecks Verschmelzung miteinander in Unterhandlungen treten sollen. Diesem Beschluß ist der Verband der Metallarbeiter und der Verband der Former nachgekommen, während der Verband der Mechaniker durch Urabstimmung beschlossen hat, am Kongreß nicht teilzunehmen und den Verband aufrechtzuerhalten. Sechs Ortsgruppen der Mechaniker, darunter die Pariser, waren dennoch durch Delegierte vertreten. Insgesamt sind 118 Delegierte anwesend. Von den drei Verbänden ist der der Metallarbeiter der größte, er umfaßt 13 775 Mitglieder. In den letzten zwei Jahren ist die Zunahme nur eine sehr geringe gewesen. Die Metallarbeiter wie die Former haben in ihren Verbänden schon mehrere Unterstützungszweige eingeföhrt; so die Streikunterstützung, Reiseunterstützung usw. Die Metallarbeiter führen 80 Proz., die Former 40 Proz., die Mechaniker aber 70 Proz. pro Monat an ihre Zentral-lasse ab. Die letzteren zahlen deswegen auch etwas höhere Unterstützung und dieser Umstand dürfte wohl hauptsächlich dazu beitragen, daß sie in ihrer Mehrheit vorläufig den Beitritt zum Industrieverband abgelehnt haben. Der Kongreß verlief äußerst ruhig, schon nach kurzer Diskussion wurde mit 175 gegen 2 Stimmen und einer Stimmenthaltung die Verschmelzung im Prinzip beschlossen. Die neue Organisation erhält den Namen „Bund der Metallarbeiter und Formgenossen“. Ausdrücklich wurde betont, daß der neue Verband auf dem Boden des sozialistischen Ideals stehe. Die Besitzergreifung der Gesamtproduktionsmittel durch die Arbeiterklasse, die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft, an deren Stelle eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu treten hat, wurde ausdrücklich als Endziel bezeichnet. Die verschiedenen Unterstützungszweige sollen ausgebaut werden, die Arbeitslosenversicherung wird fakultativ eingeföhrt. Es werden vier festangestellte Sekretäre gewählt, darunter Herrheim und Gallantus von den Metallarbeitern, Renoar von den Formern, während die sechs Ortsgruppen der Mechaniker, welche zum Verband übertreten, den vierten aus ihrer Mitte zu wählen haben.

Infolge eines Wäckerhandels war Turin in den Feiertagen ohne Brot. Die Militärbehörden hatten öffentliche Verkaufsstellen und Feldbäckereien eingerichtet und liegen auch aus den umliegenden Ortschaften Brot nach Turin schaffen.

Jungtürkische Sozialpolitik. Daß die Jungtürken nur der osmanische Aufguk des internationalen Bourgeois-„Liberalismus“ sind, beweist die Auflösung der Kastträger-Korporationen in Konstantinopel, welche die türkische Regierung Mitte Mai, geführt auf die besondern Vollmachten und Nachmittel des Belagerungszustandes,

verfügt hat. Diese Korporationen — eine Art von Zunft — hatten, wie bürgerliche Mäcker, durch strengen Zusammenhalt und auch durch gelegentliche Gewalttätigkeiten gewissermaßen eine selbstherrliche Stellung im Konstantinopeler Geschäftsleben zu ercingen gewußt, die auch der frühere Absolutismus unangefastet ließ. Zu Zukunft steht es jebermann frei, als Kastträger Listen in Konstantinopel zu besöhern oder durch beliebige andere Personen besöhert zu lassen. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man die Auflösung auch und vor allem auf wirtschaftliche Momente zurückführt. Die Kastträger, welche beim nationalen Wohlthut österrichischer Waren eine wichtige Rolle spielten, mochten wegen ihres dadurch gehobenen Selbstgeföhls lästig geworden sein. Uebrigens wurde schon am 6. Oktober 1908 ein Gesetz erlassen, welches den Zweck hat, Streiks bei Gesellschaften, die Arbeiten für den Staat übernehmen, zu verhindern. Wie man sieht: in einem Punkte hat sich die Türkei rasch modernisiert, und die Jungtürken wissen, was sie ihren europäischen Lehrern schuldig sind.

Aus Industrie und Handel.

Preissteigerung im Mai.

Nach den Zusammenstellungen der „Statistischen Korrespondenz“ über Lebensmittelpreise ergeben sich nach den Marktberichten für die erste Hälfte Mai gegenüber dem Vormonat im Kleinhandel wiederum verschiedene Preisföhörungen. Die folgende Aufstellung gewährt einen Ueberblick. Es kostete 1 Kilogramm Pfennig:

	1. Hälfte April	Mai	im Mai Steigerung + Wahnahme —
Rindfleisch . . .	153	154	+ 1
Kalb- und Hammelfleisch . . .	171	176	+ 5
Schweinefleisch . . .	163	163	—
Rohfleisch . . .	154	155	+ 1
Schweinefleisch . . .	73	74	+ 1
Schweinefleisch . . .	179	177	— 2
Schweinefleisch . . .	255	258	+ 3

Immer stärker wird die agrarische Steuerfrahne angezogen, und immer noch segelt ein großer Teil der Arbeiterfrahne im Jahrwasser der bürgerlichen Parteien, die für die Verteuerungspolitik verantwortlich sind.

Das Kohlenyndikat.

Nach dem jetzt zur Veröffentlichung gelangenden Jahresbericht des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats ist der Kohlenverband für Rechnung des Syndikats im Jahre 1908 gegenüber dem Vorjahre um circa 1,8 Millionen Tonnen gestiegen. Der Mehrertrag erklärt sich aus zwei Gründen: die Zahl der fördernden Bechen war eine größere als im Vorjahre und die Beteiligungsgesister verschiedener Syndikatsmitglieder wies eine Erhöhung auf. Dann aber hat das Syndikat auch seine Lager im abgelaufenen Jahre wieder angefüllt und der Verband nach den rheinischen Stapelplätzen zum Beispiel wird als Verband gebucht, obwohl es kein wirklicher ist. Der Kohlenverband war im abgelaufenen Jahre geringer als im Jahre 1907 und zwar um 8 155 000 Tonnen. Berechnet man, daß auch ein großer Teil der Kohlenproduktion den Bechen nur abgenommen worden ist, um auf die Syndikatslager gestürzt zu werden, so stellt sich der Mehrertrag noch erheblich höher als die obige Zahl angibt. Lebhaft beklagt sich die Verwaltung des Kohlenyndikats über die Konkurrenz der englischen Kohle, insbesondere sei der Verbrauch britischer Steinkohle bei Eisenbahnen unverhältnismäßig gestiegen. Ueber die Gründe dafür ist sich die Syndikatsleitung doch offensichtlich nicht im klaren. Sie liegen in den Preisunterschieden und es ist zu begründen, wenn die deutschen Eisenbahnverwaltungen von den billigeren, englischen Offerten Gebrauch machen, um den Druck des Kohlenyndikats auf die heimische Industrie abzuschwächen.

Bermehrung des Händlertums.

Nach den im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Angaben über die Resultate der Gewerbezahlung vom Jahre 1907 hat sich die Zahl der Betriebe im Handelsgewerbe von 1895 bis 1907 von 777 495 auf 1 088 208 vermehrt. Das ist eine Zunahme von 40 Proz. Nur eine Gewerbegruppe hat eine stärkere Zunahme zu verzeichnen, das ist das Versicherungsgewerbe, das um 209,1 Proz. gemachsen ist. Diese starke Bermehrung beim Versicherungsgewerbe ist jedoch zurückzuführen auf die kleine absolute Zahl, die diese Gewerbe-gruppe repräsentiert. Dieser Bermehrung der Handelsbetriebe von 40 Proz. steht eine Bermehrung der Gesamtzahl der Betriebe von 3 558 088 auf 4 025 591 oder um nur 10 Proz. gegenüber. Der Bevölkerungszuwachs stellt sich auf nur 19,22 Proz. Es gehörten dem Handelsgewerbe im Jahre 1907 59 449, im Jahre 1895 19 285 Personen an. Alle übrigen Gewerbegruppen, auch die in der Industrie, weisen eine geringere Bermehrung auf als wie das Handelsgewerbe. Von den angeführten Betrieben im Handelsgewerbe sind 842 140 Hauptbetriebe, ihre Zunahme beläuft sich auf 32,6 Proz. gegen 40,3 Proz. in der vorhergegangenen Föhperiode. Beschäftigt werden im Handelsgewerbe 2 068 034 Personen, davon 1 271 779 männliche und 796 255 weibliche. Von hundert Personen, die im Handelsgewerbe beschäftigt sind, sind 34,4 Proz. weibliche. Die Zunahme der gewerbetätigen Personen im Handelsgewerbe betrug 54,8 Proz., die Zunahme der männlichen Personen 36,5 Proz., die der weiblichen 97,6 Proz.

Diese Zahlen bestätigen, daß trotz der Konsumvereine und Warenhäuser, trotz der großkapitalistischen Entwicklung im Handelsgewerbe die Zahl der Betriebe sich erheblich vermehrt hat. Von einer Verdrängung der Kleinhändler durch Konsumvereine und Warenhäuser kann also nicht die Rede sein. Es ist vielmehr eine vollwirtschaftlich sehr ungünstig zu beurteilende, das Maß des Erforderlichen bei weitem übersteigende Bermehrung des Händlertums festzustellen. Man kann heute noch mit größerem Recht von der „Wielzueilen“ im Handelsgewerbe sprechen als früher. Und die kolossale Fersplitterung in der Güterverteilung bedingt eine Unsumme von sachlichen und persönlichen Kosten, die volkswirtschaftlich viel nützlicher verwendet werden könnte.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Generalstreik.

Philadelphia, 1. Juni. (W. S.) Der Zentralarbeiterbund beschloß ben Generalstreik für Donnerstag, sofern der Straßenbahnstreik dann vorüber sein sollte.

Zwei Vergleute verschüttet.

Langenbreer, 1. Juni. (W. S.) Auf Jecher Bruchstraße wurden zwei Vergleute durch Steinfall aus dem Hangenden verschüttet und getötet.

Schweres Automobilunglück.

Wozen, 1. Juni. (W. S.) Ein Mailänder Automobil ist auf der Stifferjoch-Straße umgekehrt. Zwei der Insassen wurden getötet, die übrigen schwer verletzt.

Uekentertes Segelboot.

Frag, 1. Juni. (W. S.) In der Nähe des Ausflugsortes Brend an der Moldau geriet ein mit drei Personen besetztes Segelboot in die durch einen Personenschiffbruch verursachten Wellen und schlug um. Zwei der Insassen, ein Herr und eine Dame, ertranken, nur eine Dame konnte gerettet werden.

20. Internationaler Bergarbeiter-Kongreß.

Berlin, 31. Mai 1909.

Im großen Saale des Berliner Gewerkschaftshauses wurde heute der 20. Internationale Bergarbeiterkongreß eröffnet. Es sind Delegationen aus Deutschland, England, Frankreich, Oesterreich und Belgien anwesend. Amerika ist diesmal nicht vertreten. Die deutsche Delegation, die sich aus 44 Personen zusammensetzt, besteht aus 37 Mitgliedern des alten Verbandes, 7 Mitgliedern der Polnischen Berufsvereinigung und 1 Mitglied des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts. Noch stärker als Deutschland ist England vertreten. Es hat nicht weniger als 60 Abgesandte geschickt. Die Tagesordnung des diesjährigen Kongresses wird mit Rücksicht auf das Nordatlantid vollständig beherrscht von den beiden ersten Punkten: Größere Sicherheit in den Gruben und „Arbeiterkontrollen“.

Im Auftrage der Berliner Gewerkschaftskommission begrüßte Ritter, im Namen der Generalkommission Sassenbach den Kongreß. In ihren Ansprachen priesen sie vor allem die Friedensliebe der Arbeiter aller Länder.

Sodann ergriff das englische Parlamentsmitglied Mr. Edwards, der Vorsitzende der Internationalen Bergarbeiter-Föderation, das Wort und zog eine Parallele zwischen dem diesjährigen Internationalen Bergarbeiterkongreß und dem Kongreß, der vor 15 Jahren gleichfalls in Berlin getagt hatte. Mancher alter Knappe ist inzwischen dahingegangen. Aber der Geist der Alten ist auf die Jungen übergegangen. (Großer Beifall.) Im Herzen des internationalen Proletariats besteht nur der eine Wunsch: der Wunsch nach Frieden. (Demonstrativer Beifall.) Wenn unsere internationalen Kongresse nur diesen Wunsch zum Ausdruck bringen, dann haben sie schon einen guten Zweck erreicht. Möge bald der Tag kommen, an dem wir unsere Ideale verwirklicht sehen. (Lebhafter Beifall.)

Deputierter Gonin aus Frankreich: Unsere internationalen Kongresse haben nicht nur den Zweck, berufliche Fragen zu lösen, sondern sie sollen auch die Bergarbeiter der verschiedenen Länder einander näher führen. Die Schlichtung des Casablanca-Streit durch einen Schiedsspruch ist ein großer Fortschritt. Möge so fortgeföhrt werden, dann werden wir bald dazu übergehen können, die so drückend auf den Völkern lastenden Rüstungen abzuschaffen. (Stürmischer Beifall.)

Marville-Belgien: Wir Belgier haben von den Deutschen gelernt, uns politisch zu organisieren, und von den Engländern die Gewerkschaftsidee. So haben wir in Belgien, dem Himmel der Kapitalisten und der Hölle der Arbeiter, schon viel erreicht. (Großer Beifall.)

Sache: Vor 15 Jahren waren hier auf dem Internationalen Kongreß 20 000 deutsche Bergarbeiter vertreten. Heute sind erschienen 151 000. (Beifall.) Wenn wir auch noch keine unüberwindliche Macht sind, ein gewaltiger Fortschritt ist doch gemacht worden. In der Nordbucht liegen noch die Leichen von 800 braven tapferen Knappen. Dieses Massenunglück hat die Bergarbeiter der gesamten Welt in Erregung versetzt. Die Christlichen sind diesem Kongreß ferngeblieben. Und wird das nicht schaden, höchstens denen, die sich gegen einen internationalen Zusammenschluß wenden. Wer es erlich mit den Bergarbeitern meint, muß auf internationalen Wege vorgehen. (Stürmischer Beifall.) Die organisierten Bergarbeiter Deutschlands sind nicht nur für den Beifrieden, sondern auch für die Abrüstung. (Beifall.) Aus diesem Grunde begrüßen wir die Weisung des Casablanca-Streit ohne Schwertstreich. (Lebhafter Beifall.)

Auch Jarolin-Oesterreich verhielt die Friedensliebe seiner Landsleute und nahm Bezug auf den österreichisch-serbischen Konflikt, für den 500 Millionen Kronen verpulvert worden seien. Nachdem sich der Kongreß konstituiert hatte, vertagte er sich auf Dienstag.

Berlin, 1. Juni.

Der 20. Internationale Bergarbeiterkongreß trat heute in seine sachlichen Beratungen ein. Der Vorsitz lag heute in den Händen Deutschlands und wurde vom Reichstagsabgeordneten Sache ausgeübt. Es wurde zunächst verhandelt über den Punkt: Größere Sicherheit in den Gruben.

Hierzu lag von der Föderation Großbritanniens folgender Antrag vor:

Dieser internationale Kongreß beklagt den sehr großen Verlust an Menschenleben, der beständig in den Bergwerken jedes Landes vorkommt, und fordert alle europäischen Regierungen auf, das Einbringen von Gesetzen zu beschleunigen, durch die solche schrecklichen Unfällen, wie sie in den letzten 12 Monaten in Großbritannien und auf dem europäischen und amerikanischen Festlande vorgekommen sind, entgegengewirkt werden kann.

Diesen Antrag begründete Smielly (England). Er führte aus, daß das ursprüngliche Ziel der Gewerkschaften gewesen sei, die Löhne der Arbeiter zu erhöhen. Damit verbunden aber sei von Anfang an gewesen das Ziel, die Gesundheit und das Leben der Arbeiter zu schützen. Dies sei besonders notwendig in einer Industrie, wie es die Bergwerksindustrie ist. Nun seien schon seit 50 Jahren in den verschiedenen Ländern Gesetze geschaffen worden, die den Arbeiterschutz in den Bergwerken im Auge haben. Trotz dieser Gesetzgebung aber hat sich die Zahl der tödlichen Unfälle im Bergbau ständig erhöht. Unter einem weitgehenden Bergarbeiterschutz ist die Zahl der getöteten Bergleute in Großbritannien allein im letzten Jahre (1908) um 61 Mann gestiegen. Es sind im Jahre 1908 im ganzen in englischen Bergwerken 1308 Mann getötet worden. (Hört! hört!) Wenn wir nach den anderen Ländern blicken, so ist es nicht viel anders. — Es ist gestern soviel vom Frieden gesprochen worden. Einer der Gründe, aus denen wir Arbeiter gegen den Krieg sind, ist der, daß unsere Söhne ihr Leben und ihre Gesundheit auf den Schlachtfeldern lassen müssen. (Sehr richtig!) Wenn wir uns nun die Unfälle im Bergbau vor Augen führen und damit vergleichen die Zahl der getöteten Krieger auf den Schlachtfeldern, so kommen wir zum Ergebnis, daß kein großer Unterschied da ist. (Lebhafte Zustimmung.) In den Bergwerken werden ebenso viel Personen getötet als auf den Schlachtfeldern. (Erneute Zustimmung.) Man wendet uns ein, ein besserer Arbeiterschutz würde den Profit beeinträchtigen. Das mag sein; aber wir fordern gerade deshalb die Verstaatlichung der Bergwerke. Die Voraussetzung dafür ist, daß in den Parlamenten die Arbeiterklasse richtig vertreten ist. (Sehr richtig!) Für Kriegszwecke ist immer Geld da; wenn es sich aber darum handelt, Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen, dann verweigern die Regierungen die Mittel. Wir müssen deshalb international gegen alle Regierungen vorgehen. Man hat sogar gesagt, die Frauen- und Kinderarbeit sei im Bergbau nicht zu vermeiden, denn viele Bergwerksbetriebe würden ohne sie überhaupt nicht existieren können. (Lachen.) Mit so verrohten Argumenten kämpft man gegen uns. Gewiß, das Grubenunglück auf Nordbucht hat große Erregung in der ganzen Welt hervorgerufen. Aber gerade die kleinen Unfälle, bei denen ein Mann getötet oder verwundet wird, die nicht die Sympathie des großen Publikums auf sich ziehen, sind es, die zur hohen Unfallziffer im Bergbau beitragen. Nehmen Sie unsere Resolution einstimmig an. (Lebhafter Beifall.)

Reichstagsabgeordneter Hu e: Ich möchte an die englische Delegation die Frage richten, wie die Arbeiterkontrollen in England gewirkt haben. Man hat uns im preussischen Landtag entgegengehalten, daß in England, wo es Arbeiterkontrollen gebe, es dennoch zu Unfällen im Bergbau kommt.

Grace (England), Mitglied des Unterhauses: Es ist richtig, daß wir in England Arbeiterkontrollen haben. Aber wir sind mit ihnen durchaus nicht zufrieden. Sie haben noch lange nicht die Funktionen, die wir verlangen. Schon seit längerer Zeit bringen wir deshalb im Parlament regelmäßig eine Bill ein, die händige Arbeiterkontrollen verlangt. Wir verlangen in dieser Bill, daß für je 10 000 Mann ein Arbeiterkontrollen gewählt werde. Da wir in England ungefähr eine Million Bergarbeiter haben, so müßten ungefähr 100 Arbeiterkontrollen gewählt werden. Die Kosten dafür würden rund 20 000 Pfund ausmachen. Das ist eine lächerliche Summe, wenn wir sie vergleichen mit den Kosten, die für die Zerstörung des menschlichen Leibes verwendet werden. (Stürmischer demonstrativer Beifall.) Bei jeder neuen Erfindung fragt man sich: Wie kann man sie zur Zerstörung anwenden? Ich erinnere nur an den Grafen Zeppelin, dessen Genie jetzt wieder Triumphe gefeiert hat. Aber sogleich nach seiner Erfindung tauchte die Frage auf: Wie können wir das lenkbare Luftschiff benutzen, um menschliche Leben zu zerstören? (Sehr richtig!) Würde man nur einen Teil der Energie, die man dafür verwendet, zu zerstören, dafür verwenden, Menschenleben zu erhalten, es wäre tausendmal besser als der Welt! (Stürmischer demonstrativer Beifall.) Die Bergarbeiter haben eine große politische Macht. Mögen sie sie benutzen zum Schutze von Leben und Gesundheit ihrer Kameraden!

Ballas (Belgien) begründet einen gleichfalls zu diesem Punkt von Belgien gestellten Antrag:

Die beträchtliche Zahl der Katastrophen jeder Art, wie auch die zahlreichen in Bergwerken vorkommenden Unfälle, die den Tod des Bergarbeiters verursachen oder ihn auf Lebenszeit arbeitsunfähig machen, beweisen das Bestehen einer dringenden Notwendigkeit, wirksamere Mittel zur Verhütung solcher Unfälle anzuwenden. Deshalb fordert der Kongreß, daß die Gesetze und Verordnungen in allen Ländern verschärft werden, so daß die Arbeitgeber gezwungen werden, Maßregeln zum größeren Schutze des Lebens und der Gesundheit aller in Bergwerken beschäftigten Personen zu treffen.

Er verwies darauf, daß auch in Belgien die Zahl der Unfälle im Bergbau sich ständig vermehrt hat, und suchte das an der Hand eines reichhaltigen Zahlenmaterials eingehend nachzuweisen.

Völkerschaften Amerikas, Afrikas und Australiens die Behauptung auf, daß die Verehrung für die Gewässer und die Räume mit dem Abnehmen der wilden Völkerschaften zusammenhänge. Die Wilden glauben nämlich, daß sie von einem Tier, von einer Pflanze, von einem Flusse oder vom Meere abstammen. In Australien sehen einige Stämme ihre Toten noch heute in Boote und geben sie dem Meere preis, auf daß es sie zu den Ahnen trage. Die Stammeshäuptlinge nannten sich nach einem Tiere oder nach einer Pflanze. Der Name wurde dann mit dem Gegenstande selbst verwechselt, und die Folge war, daß die Menschen ihren Ursprung von Tieren oder Pflanzen herleiteten. Spuren der Quellenverehrung findet man übrigens noch in poetischen Märchen und Fabeln, in denen Jungbrunnen, Schönheitswasser und verzauberte Quellen eine Rolle spielen.

Gesundheit und Sterblichkeit der jüdischen Bevölkerung Wiens. Das österreichische Gesundheitsamt hat bei Zusammenstellung der Krankheits- und Sterblichkeitsstatistiken der bedeutenden, 120 000 Köpfe zählenden jüdischen Bevölkerung Wiens besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Die Verhältnisse begünstigen die Aufstellung genauer statistischer Daten, soweit eigene Krankenhäuser und Begräbnisstätten vorhanden sind und nicht selten auch die Wahl der Ärzte aus religiösen Gesichtspunkten erfolgt. Das augenfälligste Ergebnis dieser Statistiken ist, daß der Gesundheitszustand der jüdischen Bevölkerung ein auffallend guter ist und den der übrigen Ortsbevölkerung bei weitem hinter sich läßt. Während beispielsweise bei dieser in Vereinigungen, die tausend Mitglieder zählen, jährlich etwa dreihundert Krankheitsfälle vorkommen, beträgt bei der jüdischen Bevölkerung die entsprechende Zahl nur 207. Ein noch besseres Vergleichsmaterial liefert die Sterblichkeits-Statistik. Die Gesamtsterblichkeit der Stadt Wien hat sich in sechzehn Jahren von 21 vom Tausend auf 16,7 vom Tausend im Jahre 1908 verringert. Innerhalb der jüdischen Gemeinde beträgt sie nur ungefähr 13 vom Tausend, und zwar nicht etwa seit heut und gestern, sondern schon seit zwei Jahrzehnten. Dabei ist wohl in Betracht zu ziehen, daß die religiösen Vorschriften der Juden eine Anzahl gesundheitslicher Maßnahmen vorschreiben, die außerhalb ihres Kreises erst durch die moderne Hygiene eingebürgert worden sind. Auch der Vergleich auf dem Gebiete der Kindersterblichkeit ist äußerst lehrreich. In Wien beträgt die Gesamtsterblichkeit der Kinder unter einem Jahre 127 vom Tausend, in der jüdischen Gemeinde jedoch nur 88 vom Tausend. Die geringe Kindersterblichkeit ist bei der Verteilung des oft großen Kinderreichtums der Juden von besonderer Bedeutung. Der relativen Reichtum der Männer ist hier u. a. ein erheblicher wohlthätiger Einfluß zuzuschreiben. Dagegen sind die Juden geistigen Erkrankungen verhältnismäßig leichter zugänglich. Während in der übrigen einheimischen Be-

Belgien begründete zur Frage der Arbeiterkontrollen folgenden Antrag seiner Nation:

„Um das Vorkommen der schrecklichen Bergwerkskatastrophen zu verhindern und den Untertagsarbeitern einen vollständigen Schutz des Lebens und der Gesundheit zu sichern, ist die Einsetzung von Arbeiterinspektoren dringend erforderlich. Die Bergarbeiter sollten diese Inspektoren selbst auf Grund des allgemeinen Wahlrechts wählen, und der Staat sollte sie für ihre Dienste hinreichend entschädigen. Es sollte ihnen das volle Recht erteilt werden, die Gruben zu inspizieren, sie in Fällen von Gefahr zu schließen und offiziell gegen irgendeinen Arbeitgeber zu berichten, der die Vorschriften oder irgendwelche von den Inspektoren oder Regierungsingenieuren zum Schutze der Gesundheit und zur Sicherheit der Arbeiter gegebenen Befehle übertreiß.“

Zur Begründung verwies der Redner darauf, daß die belgischen Arbeiterkontrollen nicht von den Bergleuten gewählt, sondern von den sogenannten Industrieräten vorgeschlagen werden. Diese Industrieräte bestehen aber zur Hälfte von Arbeitgebern und zur Hälfte aus Arbeitern, so daß niemals eine Majorität zustande kommt. Es werden regelmäßig die Kandidaten der Bergbesitzer gewählt. Die preussische Regierung hat kürzlich, bevor sie im Abgeordnetenhause die letzte Berggesetznovelle einbrachte, über die Wirkung der belgischen Arbeiterinspektoren Erhebungen angestellt. Die Arbeiter wurden aber dabei nur in Gegenwart der Grubenbeamten gehört. (Hört! hört!) Die Bergpolizei liegt meist in den Händen der Söhne der Bergherren, und daß die Söhne nichts gegen ihre Väter unternehmen werden, liegt doch auf der Hand. (Sehr richtig!) Deshalb verlangen wir unabhängige Kontrollen. Es handelt sich hier nicht um eine Frage politischer oder religiöser Art, sondern um eine berechtigte Forderung zum Schutze des Lebens der Bergarbeiter. (Lebhafter Beifall.)

Löffler-Deutschland vertrat zu derselben Frage folgenden deutschen Antrag:

„Die große Katastrophe auf der Grube Nordbucht hat wieder bewiesen, daß die heutige Grubenkontrolle durchaus ungenügend ist. Der Kongreß ist deshalb der Ansicht, daß nur durch die Anstellung von praktisch tüchtig geschulten Arbeitern als Grubenkontrollen eine bessere Sicherheit für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter erreicht werden kann. Nicht in der Einführung von „Sicherheitsmännern“ erblickt der Kongreß eine wirksame Reform der Betriebskontrolle, sondern in der Anstellung von Arbeiterkontrollen, die frei gewählt von den Bergarbeitern, völlig unabhängig von den Bergwerksunternehmern sind und aus Staatsmitteln besoldet werden. Die Arbeiterkontrollen müssen das Recht haben, so oft sie wollen oder so oft die Arbeiter es verlangen, die Betriebe zu inspizieren.“

Der Antragsteller bezeichnete es als eine moralische Pflicht aller Regierungen, das Leben und die Gesundheit der Bergarbeiter besser als bisher zu schützen. Aber in geradezu gräßlicher Weise wird diese Pflicht ständig verletzt. Als die großen Bergwerkskatastrophen im Auslande eintreten, da erklärt die preussische Regierung im Landtage, in Preußen seien derartige Massenunglücke unmöglich. Aber kaum war das Wort ausgesprochen, da geschahen die Katastrophen auf „Neben“, „Klein-Rosfeld“, „Rathildensdorf“ und „Nordbucht“. Nach dem Unglück von „Neben“ sagte der preussische Handelsminister, wenn die Arbeiter den Arbeitgebern Vertrauen entgegenbrächten, würde die Regierung Arbeiterkontrollen nichts in den Weg legen. Das Unglück auf „Nordbucht“ aber war zu groß, die Wunden, die es geschlagen hatte, waren zu tief, als daß die Regierung eine ähnliche Erklärung hätte abgeben können. Sie stellte vielmehr Arbeiterkontrollen keine Ausnahme in Aussicht. Leider gab sie diesen Kontrollen keine Befugnis. Die Sicherheitsmänner haben eine Gestalt bekommen, daß wir sagen müssen: für ein solches Kontrollsystem danken wir. (Lebhafter Beifall.) Wenn selbst in England die Arbeiterkontrollen ermächtigt werden, um wieviel mehr wird das dann in Preußen geschehen. Wir verlangen Arbeiterkontrollen, die nicht auf Gnade und Ungnade den Bergleuten ausgeliefert sind. (Stürmischer Beifall.)

Rhmer-Polnische Berufsvereinigung: Uns Polen ist in Deutschland vor einem Jahr ein Gesetz beschert worden, das uns verbietet, uns in öffentlichen Versammlungen unserer Muttersprache zu bedienen. (Lebhafte Hört! hört!) Nur auf internationalen Kongressen ist es uns noch gestattet, die polnische Sprache zu gebrauchen und von dieser Freiheit mache ich hiermit Gebrauch. (Stürmischer Beifall.) Auch wir verlangen eine reichsgesetzliche Regelung des Bergarbeiterschutzes, denn zum preussischen Landtag haben wir kein Vertrauen. Wie notwendig eine gute Kontrolle im Bergbau ist, beweist die Zunahme der Unfälle um das Doppelte. (Stürmischer Hört! hört!)

Auf mehrere Anfragen aus der Mitte der französischen Delegierten, ob tatsächlich die Unfälle im Bergbau in Deutschland so erheblich zugenommen haben, erwiderte Sache: Tatsächlich hat sich die Zahl der Unfälle verdoppelt. Hinzufügen muß ich jedoch, daß die Zahl der Unfälle, an denen die Arbeiter die Schuld tragen sollen, um 10 Proz. zurückgegangen sind, während die

völkering die Zahl der Geisteskrankheiten von 16 vom Tausend im Jahre 1890 auf 48 vom Tausend im Jahre 1908 anwuchs, stieg sie innerhalb der jüdischen Bevölkerung in der gleichen Zeit von 16 vom Tausend auf 102 vom Tausend. In der Lebensdauer ist kein erheblicher Unterschied festzustellen. Allerdings ist die Zahl der Achtzigjährigen bei den Juden etwas höher. Das Verhältnis der Geschlechter ist ebenfalls nahezu das gleiche, nur walteten bei der jüdischen Bevölkerung die Knabengeburten etwas vor. Ferner bleiben nur 8 Proz. der jüdischen Mädchen ledig gegen 12 Proz. der anderen.

Humor und Satire.

Der schwarz-grüne Bloß.

Spritzgelang und Kirchenlieder schallen fröhlich durch die Lande: endlich haben sie sich wieder, Pflöfenbrut und Junterbände. Aus dem Herzen, aus dem dohlen, bricht der Jubelüberschwang: gar zu drückend war das Schmolzen, fast brüthelbe Jahre lang. Und der Freistinn steht daneben tief betrübt und sieht und hört, wie sie ihre Löhne heben und wie sich das Paar verschwört: „Keine Nacht mehr soll uns hindern, ganz allein für uns zu stehn, ganz allein das Volk zu plündern und die Finsternis zu lösn.“ Und der Junker sagt: „Auf Ehre!“ Und der Pöf: „Bei Gottes Wort!“ Zeile stiehlt sich eine Zägre aus des Nachbars Auge fort.

Frang.

Notizen.

— Die Wasserkräfte Ungarns sind der Gegenstand eingehender Untersuchungen der hydrographischen Abteilung des ungarischen Ackerbauministeriums gewesen. Danach ergab sich, daß die ungarischen Flüsse geeignet sind 1 700 000 Pferdekraft zu erzeugen. Es wird ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Ausbeutung dieses Nationalreichtums ermöglichen soll. Die ungarischen Staatsbahnen beabsichtigen elektrischen Betrieb einzuföhren und wandeln vorerst die Strecke Fiume-Kamerat-Moravizza der Budapest-Budapener Linie für elektrischen Betrieb um.

Kleines feuilleton.

Die Anbetung der Bäume und der Gewässer. In „Ars et Labor“ wirft Alfredo Ricefoco die Frage auf, ob heute noch Bäume und Gewässer angebetet und verehrt werden. Die Frage muß bejaht werden. Der Kult der Bäume und der Gewässer ist im zwanzigsten Jahrhundert noch so verbreitet wie einst bei den Wildern der Urzeit. Der englische Naturforscher Sir John Lubbock erzählt in seinem Werke über den Urmenschen, daß es in Schottland einen Eichenwald gab, der so heilig gehalten wurde, daß niemand auch nur einen einzigen Baumzweig abzuschneiden wagte. In Frankreich gibt es, wie wohl noch in jedem anderen Lande, Bäume, Gebüsche und Wälder, die wie Götter verehrt werden und denen das Volk als Opfergabe bunte Bänder und andere Gegenstände darbringt. Der Wald hat in der Volksgedanke und im Volksglauben noch dieselbe Physiognomie, die er in den Legenden und im Glauben der Alten hatte. Die Legenden und der Glaube der wilden Völkerschaften führen den Ursprung des Waldes auf Geisige, auf Geister und auf Feen zurück. Es gibt verzauberte, verfluchte und verhezte Wälder, Wälder, die von guten oder bösen Geistern, von Niesen und von Zwergen, von Ungeheuern und von wilden Tieren bewohnt werden. In der Phantasie des Volkes gelten die Wälder noch immer als Wohnsitze der Dryaden (Baumgötter) oder Waldnymphen. In Frankreich zeigt man in diesem oder jenem Walde ein Fleckchen, die von den „dames vertes“, den die Wälder schützenden Waldfeen, bewohnt wird. Die Verehrung der Gewässer, die besonders unter den Rothäuten Amerikas (man weiß, daß die Indianer den Flüssen und den Seen ständig Opfer bringen) so sehr verbreitet ist, kommt in unseren Breiten gleichfalls noch weit häufiger vor, als man glauben mag. In Schottland gibt es viele Quellen und Brunnen, die von den Bauern angebetet werden: das Volk bringt diesen Quellen Kränze, Bänder und Baumzweige als Opfer dar. In Irland ist die Zahl der heiligen Quellen gleichfalls sehr groß. Der Wassergeist nimmt verschiedene Gestalten an: er erscheint bald als Mann, bald als Frau, bald als Pferd oder als Stier. In der Bretagne werden Flüsse, Seen, Kanäle, Bäche, Quellen und Brunnen verehrt. Man bringt den Wassergeistern Opfer, indem man Holzstücke, Kränze, Blätter, Bänder, Krüge, Kerzen, Knöpfe und Radeln in das Wasser wirft. Die „wunderthätigen“ Quellen der Renzet sind im Grunde nichts anderes als Lieberleibsel der Quellenverehrung der Wilder der Vorzeit. Die Reize, die jene Völkerschaften veranlaßten, das Feuer, die Pflanze, den Baum anzubeten, sind nicht mehr überall vorhanden, der Quellenkult aber hat sich erhalten. Spencer stellt in seinen Studien über die Sitten und die Gebräuche der wilden

Zahl der Unfälle, die durch die Schuld der Arbeitgeber verursacht sind, um 10 Proz. gewachsen sind.

Smieilh-England: Bei uns in England ist die Zahl der Unfälle seit dem Inkrafttreten des Enfschädigungsgesetzes gleichfalls erheblich gestiegen.

Jarolin-Oesterreich: Wir werden die Anträge von England, Belgien und Deutschland unterstützen. Die Oesterreicher haben uns allmählich daran gewöhnt, daß wir alljährlich ein Massenunglück bei uns haben. Es sollte aber nicht nur unser Bestreben sein, die Zahl der Todesfälle im Bergbau herabzubringen, sondern wir sollten auch die Krankenziffer zu erniedrigen suchen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Krankenziffer der Bergleute liegt weit über dem Durchschnitt der anderen Arbeiterschaft. Wenn ein Unfall passiert, so gibt man immer dem Arbeiter die Schuld und nur selten wird der Arbeitgeber belastet. Dabei ist meist das Profitinteresse der Arbeitgeber die Ursache von Katastrophen. Als das Geheimprotokoll in der „Bergarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht wurde, da habe ich einige Stellen aus diesen vertraulichen Verhandlungen zitiert. Unsere Arbeitgeber, die offenbar an die Sicherheit des Protokolls nicht glaubten, haben daraufhin die preussischen Bergwerksbesitzer abgehört. (Lebhafte Hört! Hört!)

Cuentein-Frankreich: schilderte an Hand einer reichhaltigen Statistik die Zunahme der Unfälle im französischen Bergbau und trat für die vorliegenden Anträge ein.

Bei der Abstimmung wurden alle vier Anträge einstimmig angenommen. (Lebhafte Beifall.)

Sache teilt sodann noch mit, daß auf dem Kongress 135 Delegierte aus 5 Nationen anwesend sind. Sie vertreten rund 850 000 Bergleute. Insgesamt sind in diesen 5 Ländern rund 2 Millionen Bergleute vorhanden.

Die weiteren Verhandlungen wurden auf Mittwoch vertagt.

Die 9. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes

trat am zehnten Pfingsttag im Gewerkschaftshaus zu Hamburg zusammen. Neben wichtigen Fragen der gewerkschaftlichen Taktik, die durch die Vorgänge in Stettin und Mannheim brennend geworden sind, steht die Frage der Staffelbeiträge im Vordergrund der Erörterung. Die Statutenberatungskommission erledigte bereits in der vorigen Woche die umfangreichen Vorarbeiten, zu denen auch die Sichtung der vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechts der an Streiks und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern.

Entwicklung des Verbandes

war innerhalb der verflochtenen Geschäftsperiode in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Metallindustrie betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 10 Proz. der Mitglieder arbeitslos und hatten keinerlei Lohn- oder Gehaltsverdienst. Die Mitgliederzahl stieg von 335 075 auf 303 073; der keine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder wettgemacht. Die nach wie vor sehr starke Fluktuation hält der Vorstand für „eine vorläufig unvermeidliche Erscheinung.“ Enorme Summen wurden für Unterhaltungsarbeiten verausgabt. — 1907: 8 917 355,13 RM., 1908: 7 128 544,15 RM., Die Zahl der Unterstützungsempfänger betrug 1907: 134 503, 1908: 108 285, die Unterstützung pro Kopf der Empfänger 1907: 20,02 RM., 1908: 36,87. Für die Weiterführung der Erwerbslosenunterstützung hält der Vorstand, da vom Grundfonds und den inzwischen erzielten Einnahmen nur noch 414 757 RM. übrig sind, eine Beitragserhöhung für unumgänglich. Für Rechtschutz wurden 131 764,31 Mark verausgabt. Auch für Kampfwende wurden große Aufwendungen gemacht. — 1907: 2 288 304 RM., 1908: 1 080 172 RM. Das Vermögen des Verbandes belief sich 1907 auf 5 000 000,36 RM., 1908 auf 5 883 291,90 RM. Tarifverträge bestanden 1907: 393 für 100 008 Personen in 11 443 Betrieben, 1908: 375 für 91 570 Personen in 11 169 Betrieben. Das Verbandsorgan, das im 26. Jahre erscheint, hatte 1907: 850 100, 1908: 883 700 Auflage.

Die Verhandlungen begannen mit der üblichen Begrüßung. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind 181 Delegierte, vier Mitglieder des Hauptvorstandes, ein Vertreter des Ausschusses, zwei Redaktionsmitglieder des Verbandsorgans, fünfzehn Bezirksleiter und Mitglieder der Staffelbeitragskommission anwesend.

Die Generalkommission vertritt A. Cohen-Berlin. Als Gäste sind erschienen: Exner und Domes vom Verband der Metallarbeiter Oesterreichs, J. Steininger-Jülich vom Schweizerischen Metallarbeiterverband, J. A. Hansen vom Dansk Smeb- og Metallarbejderforbund, Armstadt vom Nord-Jern- og Metallarbejderforbund, A. Janßen vom Allgemeinen Niederländischen Metaalbewerkerbond, Arthur Pugh vom Steel Smelters Mill and Template Workers Association, Scheffel-Berlin vom Geiger- und Maschinen-Verband und Lange-Hamburg vom Schmiedeverband.

Die Zulassung eines neben den Delegierten von Mannheim von den Streikwerks-Arbeitern entsandten Vertreters wurde als statutenwidrig abgelehnt; zur Begründung führte ein Mannheimer Delegierter u. a. aus: „Die Arbeiter des Streikwerks hätten sich nach Aufhebung des Streiks nicht ganz einwandfrei benommen.“

Beschlossen ward, die Kaiserfeier als besonderen Punkt zu behandeln. Die hierzu vorliegenden Anträge wurden einer Kommission überwiesen, bestehend aus: Severing-Bielefeld, Stuber-Schingen, Hunger-Stettin, Stupp-Kachen, Seilich-Berlin, Bwosta-Kürnberg und Vernier-Queblinburg. Schilde verweist in seinem eingehenden

Rechenschaftsbericht

auf den gedruckt vorliegenden Bericht und teilt mit, daß der Auftrag der vorigen Generalversammlung auf statistische Erhebungen in Anbetracht der Krise nicht hätte durchgeführt werden können, weil hierdurch ein falsches Bild gewonnen worden wäre. Zu solchen Erhebungen bedarf es dazu der tatkräftigen Unterstützung seitens der Ortsvereine und der Kollegen. Der Einwand, die Mitglieder der Ortsvereine seien mit Arbeiten überhäuft, trifft wohl zu, aber es gebe Mittel, die mit den 20 Proz. mehr tun könnten, als bisher. Es liegen vier Anträge vor, die weitere statistische Erhebungen verlangen. Unter den geschiederten Voraussetzungen werde der Vorstand die Sache nicht aus den Augen lassen. Bei den Ausgabungen der Unterstützungen müßten unter allen Umständen die statutenmäßigen Bestimmungen berücksichtigt werden, so hinsichtlich der Stundung der Beiträge, der Innehaltung der Kassenzettel usw. Wenn in der Berichtszeit die Fluktuation unter den Mitgliedern nicht die gleiche gewesen sei, wie vordem, so liege das an der geringeren Zahl der Eintritte. Da die Belastung des Verbandes zweifellos, wie das auch in den Zahlen zum Ausdruck komme, eine große sei, so werde man in Zukunft eine „Finanzreform“ vornehmen müssen. Seit Schluß des Jahres 1907 konnte in bezug auf Verbesserung der Lage der Metallarbeiter nicht viel geschehen. „Wir haben an uns halten müssen, konnten nicht alles verwirklichen, was wir erstreben.“ Bei den Wahlen zur Generalversammlung seien oft die Namen „Stettin“ und „Mannheim“ — gewissermaßen als Schlagworte — genannt worden. Stettin habe sich zunächst in der Abwehr befunden; als die Abwehr gelang, glaubten die Kollegen Forderungen stellen zu sollen. Bei diesem Vorgehen habe man aber übersehen, daß dem Tarifverträge entgegenstand. Die Stettiner Mieter seien jung in die Bewegung hineingekommen, es fehle dort an der gewerkschaftlichen Schulung. Der Organisationsleitung in Stettin könne man einen Vorwurf nicht machen, sie habe sich die reichliche Mühe gegeben, um die Sache zu einem guten Abschluß bringen, aber sie sei tauben Ohren begegnet. Wir müßten verlangen, daß dem Statut Folge geleistet werde, sonst hätten wir uns einer Pflichtverletzung schuldig gemacht. Durch schlechte Beispiele werden gute Sitten verborben; auf Stettin folgte Mannheim. Der Kampfmut dürfe nicht nur bis zur Be-

endigung eines Streiks anhalten, man müsse ihn auch nach später beizugehen, wenn es gelte, die gewonnenen Positionen zu halten. Den diesen Tarifbrüchen der Unternehmer müsse mit mehr Entschiedenheit entgegengetreten werden. Bevor man in einer Werkstätte anfangs zu arbeiten, müsse man sich auch danach erkundigen, ob dort der Lohn gezahlt werde, sonst kommen wir überhaupt nicht weiter. Als die Unternehmer in Mannheim ihre Maßnahme rückgängig machen wollten, sagten die Kollegen, die Unternehmer hätten doch erst den Versuch machen müssen. Der Vorstand stand vor der Eventualität: Soll eine so große Aussperrung plangegessen? Nach den Erfahrungen in der Metallindustrie lag es klar auf der Hand, daß die Unternehmer die Aussperrung durchführen würden. Die Unternehmeraktivist ging dahin, Tausende aus Straßenplätzen zu werfen, nach Wochen oder Monaten die Werkstätten wieder zu öffnen, damit ein Weitaufen zu denselben stattfinde. Das wäre ein großer Schaden für die Organisation geworden, den der Vorstand abwenden mußte. Ein Teil der Mannheimer Kollegen habe sich bei diesem Eingreifen beruhigt; man sagte aber, die Art und Weise des Eingreifens habe Empörung ausgelöst. Es ist auch die Preisfrage gestellt worden: „Ist der Verband berechtigt, die Genehmigung zu einem Streik zu erteilen oder einen solchen aufzuheben?“ Dieses Recht steht uns ganz unzweifelhaft zu, denn das Statut ist dazu geschaffen, um beachtet zu werden. Als wir die Substantiierung der Parteifrage seitens der Mannheimer Kollegen verlangten, wurde gesagt, das ginge den Vorstand nichts an. Zu solchen Ungerechtigkeiten solle man sich nicht verhalten. Es müßte gebremst werden, weil wir einen Ueberfluß an Heizern hätten. Nebner behandelte ausführlich die bekannten Mannheimer Differenzpunkte und verweist auf die dortige „passive Resistenz“ unter den Kollegen, die in der verminderten Zahl der geleisteten Beiträge zum Ausdruck komme. Bei all diesen Dingen müsse in Betracht gezogen werden, daß der Bezirk doch nur einen Teil des Gesamtverbandes bilde, dessen Interessen höher ständen. Auch einige Redakteure haben versucht, die Maßnahme des Vorstandes als mit den Prinzipien der Demokratie nicht im Einklang stehend zu bezeichnen. Die Mannheimer Vorgänge könnten als ein Ausfluß der Demokratie nicht gelten. Deren Prinzip verlange die Unterordnung im Interesse der Gesamtheit. Es ist nicht immer Demokratie, was als solche firmiert werde; oft arte sie in Demagogie aus. Der Vorstand einer Zentralorganisation müsse in solchen vitalen Fragen das Entscheidungsrecht haben; es liege daher kein Anlaß vor, die einschlägigen Bestimmungen des Statuts zu ändern. — Man stehe ersten Zeiten gegenüber, wo die Arbeiter etwas für sich erringen wollen; da dürfe man nicht mit aufgelöster Schlarrie angetreten. Die Waffen seien aufzulassen, daß sie nicht blindlings, wie die Wilden, losgeschlagen dürfen. Streik sei nicht das einzige Kampfmittel. Vor dem Kampfe habe jedenfalls eine objektive Prüfung der Verhältnisse stattzufinden, sonst entstehe eine große Gefahr für die Organisation. Schlimm sei es gar, wenn nach Rücksicht auf die durch Erfahrung gebotenen Maßregeln der Vorstoß ein Beamter, der nur seine Pflicht getan, aus seiner Stellung verjagt werde, weil er seine eigene Meinung gehabt und als ehrlicher Mensch vertreten habe. — Nebner besprach sodann die Anträge, die er teils abzulehnen, teils dem Vorstande zu überweisen hat. Zu dem Elberfelder Antrag betr. Propaganda für eine der beiden Richtungen innerhalb der Partei“ bemerkte er, daß es zwecklos sei, sich über den Fall im Kalender so sehr aufzuregen. Der Verfasser des Kalenderartikels habe nicht nur erhärtete Tatsachen, sondern auch Rechenmeinung wiedergegeben. Die ganze Publizistik sei nicht wert, daß man sich deswegen den Kopf warm rede, was im Kalender vielleicht nicht angebracht sei; er werde sich auch wohl nicht grämen, wenn das künftig nicht mehr geschehen solle. Auffällig sei, daß man erst nach fünf Monaten durch Dr. Braun-Bien auf die Rede gestossen sei; wäre man früher darauf gekommen, hätte der Kalender vielleicht besseren Absatz gefunden. Alles in allem habe der Vorstand sich bemüht, trotz schwieriger Situation den Verband so zu führen, daß er seine Stärke wahrte; dies sei es seine Absicht gewesen, nicht ein Mitglied oder eine Gruppe zu schädigen, wohl aber das Gemeinwohl über das Einzelwohl zu stellen. Denn nur so könne der Verband vorwärts kommen.

Bericht des Ausschusses

erstattet Weigert-Frankfurt a. M. Er ergänzt die gedruckt vorliegenden ausführlichen Darstellungen. Die erwartete Verminderung der Beschwerden ist nur bezüglich der Ausschüsse eingetreten, hinsichtlich verweigerter Unterstützungen jedoch wegen stärkerer Benutzung der Rechte während der Krise nicht. Auf die Einzelheiten kann in Rücksicht auf den Raum nicht eingegangen werden. Demersit sei nur, daß der Ausschuss sich auf den Standpunkt stellt, daß auch den bei Krankentagen und dergleichen bei Weiterbezug des Gehalts während der Krankheit beschäftigten Mitgliedern die Erwerbslosenunterstützung, welche der Vorstand verweigerte, zu gewähren sei. Es handele sich um eine in gesunden Tagen erworbene Erwerbsfähigkeit.

Um 6 Uhr nachmittags wird die Sitzung auf Dienstag vertagt.

Dritte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Arbeiter-Absinenten-Bundes.

Hannover, 31. Mai 1909.

Erster Verhandlungstag.

Die Generalversammlung trat am ersten Pfingstfeiertag im „Lindenhof“, Hannover-Linden, zusammen. Nach Wahl des Bureaus erhält Reumann das Wort zum Bericht des Vorstandes.

In der Agitation sei besonders der Vorstoß stark in Anspruch genommen worden. Er allein hat in 140 Orten circa 100 Vorträge gehalten; ebenfalls haben die Gauleiter intensiv in die Agitation eingegriffen. Die Erfolge seien einigermaßen zufriedenstellend. Voll und ganz konnten sie schon deshalb nicht der geleisteten Mühe und Arbeit entsprechen, weil Krise und Arbeitslosigkeit ganz außerordentlich die Gewinnung neuer Mitglieder hinderten. Ein Krebsgeschwür sei, daß man es an vielen Orten noch so schlecht verstände, die gewonnenen Mitglieder auch zu halten.

Um einen Überblick über die Zusammensetzung der Mitglieder zu erhalten, hat der Vorstand Fragebogen versandt, um festzustellen, wieviele der Mitglieder innerhalb der Arbeiterbewegung angestellt sind resp. Ferner bekliden. Es wurde ermittelt, daß dem Bund als Mitglieder angehören 20 Arbeiter- und Parteiführer, 14 Redakteure am Gewerkschafts- und Parteizeitungen, 28 Gewerkschaftsbeamte (Gauleiter oder Ortsbeamte), 4 Expedienten, 14 Geschäftsführer und eine große Anzahl Lagerhalter in Konsumvereinen usw. Insgesamt haben mehr als 1100 Mitglieder die Fragebogen beantwortet, davon sind die große Mehrzahl mit Beamten in der Bewegung betraut, zum Teil geradezu überlastet, so daß man behaupten kann, daß die Absinenten ihre Pflicht in der Arbeiterbewegung voll und ganz erfüllen. Es ist übrigens in außerordentlich vielen Fällen gelungen, neugewonnene Mitglieder des Absinentenbundes auch der Gewerkschafts- oder Parteiorganisation zuzuführen. Reumann verbreitet sich dann über die Flugblattagitation und hält besonders ein bisher verbreitetes Flugblatt, welches sich gegen die politische Neutralität der bürgerlichen Absinentenvereine wendet, für sehr wirksam. In der Agitation durch die Parteipresse aber sei der Vorstand von dieser schwer im Stiche gelassen worden. Die versandten Artikel und Notizen werden vielfach gar nicht aufgenommen. Der „Vorwärts“ habe am allerwenigsten getan; er hat nicht einen einzigen Artikel aufgenommen. Ebenso hat die „Neue Zeit“ in zwei Jahren keinen Artikel gebracht, was ihr zweifellos möglich gewesen wäre, wenn sich die Redaktion einmal an bestimmte Autoren um passende Beiträge gewandt hätte. Im Düsseldorf-er Parteiorgan hat ein Artikel gestanden, welcher die Absinentenbewegung in sehr geschäftiger Weise behandelte, so daß unsere dortigen Mitglieder sich genötigt sahen, sich dagegen zu wenden, was in einem Flugblatt

geschehen mußte, da die Redaktion die Aufnahme einer Erwiderung gegen den Artikel verweigerte. Das Offenbacher Parteiorgan habe in seiner Nummer ein seitengroßes Insekt gebracht zur Alkoholanpreisung, was nicht scharf genug beurteilt werden konnte. Genosse Reumann verliest ein Schreiben des Parteivorstandes, welcher ein Gesuch um eine finanzielle Unterstützung aus der Parteikasse zur Vertreibung der Agitation im Lande ablehnend beantwortet. Das Gesuch führt zur Begründung an, daß seit Bestehen des Bundes von diesem circa 1/4 Million Flugblätter gratis verteilt und über 100 000 Broschüren zu Preisen, die einen sehr geringen Verdienst abwarfen, abgesetzt wurden. Durch die ganze Agitation und auch durch das Organ „Der abstinenten Arbeiter“ werde der Bund über die Kräfte belastet. Der Parteivorstand beruft sich bei seiner Ablehnung auf die Resolution des Essener Parteitages, laut welcher die Aufklärung über den Alkohol durch Wort und Schrift Sache der Arbeiterorganisationen sei. Der Parteivorstand würde wohl in arge Verlegenheit kommen, wenn er dem nächsten Parteitag einmal darlegen sollte, was denn von ihm im Punkte dieser Aufklärung geschehen sei.

Weiter habe der Bund sich an die Frazktion gewandt, damit diese dafür eintrete, daß ein Teil der Erträge der Alkoholsteuern von der Regierung zur Bekämpfung des Alkoholismus verwandt werden sollen.

Genosse Reumann betont, daß der Vorstand alles getan habe, um seine Pflicht zu erfüllen. —

Den

Kassenbericht

gibt der Kassierer Jänker. Auch er beschränkt sich vornehmlich auf Erläuterungen zum gedruckten Bericht. Die Einnahme und Ausgabe im fünften Geschäftsjahr balanciert mit 10 313,81 M., die des sechsten Geschäftsjahres mit 10 252,92 M. Gegenüber dem vierten Geschäftsjahr sind circa 1100 M. an Beiträgen mehr eingegangen. Das Sparkassenkonto ist nach Erledigung der Kosten für die Generalversammlung von 4700 auf 3730 M. gesunken.

Gebauer-Elberfeld wünscht, daß die statistischen Feststellungen über die Beteiligung der Mitglieder an Partei- und Gewerkschaftsämtern der breiten Öffentlichkeit unterbreitet werden, damit zahlenmäßig der häufig erhobene Vorwurf zurückgewiesen werde, daß die Tätigkeit der Absinenten sich einzig auf ihre Sonderbewegung allein beschränke. Weiter sollen die abstinenten Genossen sich mehr um die Jugendbewegung kümmern und sich in die Jugendausschüsse hineinwählen lassen sollen.

Bemerkenswert ist die Mitteilung des Delegierten aus Frankfurt, daß die Stadt Frankfurt aus der Reichswehr die Stiftung 300 M. der dortigen Ortsgruppe des Bundes überwiesen habe.

In der ausgedehnten

Diskussion

wird die Tätigkeit des Vorstandes voll anerkannt. Hervorgehoben ist, daß fast alle Delegierten besonderes Gewicht auf die Gewinnung der Jugend legen, da diese viel empfänglicher als die alten Genossen ist.

Die Generalversammlung beschließt die Herausgabe eines Flugblattes an die Jugend sowie die Herausgabe eines solchen mit den Ausführungen des Dr. Schacherl aus Oesterreich über den viermonatigen Bierbojkott dortselbst dem Bundesvorstand zu überweisen.

Weiter wird beschlossen, daß der Vorstand eine regelmäßige monatliche Zeitungs-korrespondenz herausgeben soll. — Zur Beratung der Statuten wird eine Kommission, bestehend aus Kirchner, Kessel, Jandt, Werner und einem Mitgliede des Vorstandes gewählt.

Aus der

Berichterstattung des Verlags

sei der Schriftenumsatz angeführt.

Neu herausgegeben wurden die Schriften: Nr. 13, Rohr-Stowalski: „Wie wird man Absinent?“ (10 000); Nr. 14, Simon-Rapenstein: „Moderne Jugendbewegung und Alkoholfrage“ (5000). Hierzu auch eine billige Ausgabe 14s für Jugendorganisationen (15 000). Nr. 15, Dr. Soltischer: „Alkohol und Rind“ (10 000); Nr. 16, Emil Vanderveelde, in Uebersetzung von G. Davidsohn: „Alkoholismus und soziale Frage“ (10 000) und das Protokoll der 2. Generalversammlung (2000). — Wieder aufgelegt wurden: Nr. 1, Lang: „Arbeiterfrage und ihre Lösung“ (5000); Nr. 3, Dr. Kieferstein: „Die Alkoholfrage und ihre Lösung“ (5000); Nr. 5, Dr. Kieferstein: „Moderne Arbeiterbewegung und Alkoholfrage“ (5000); Nr. 7, Dr. Kirchner: „Alkohol und Geschlechtsleben“ (7000); Nr. 8, Rapenstein: „Wofür kämpfen wir?“ (5000); Prof. Dr. A. Koresl: „Alkohol, Vererbung und Sexualleben“ (5000). Von letzterer Broschüre wurde eine bessere Ausgabe hergestellt in einer Auflage von 5000 Exemplaren.

Der Absatz an eigenen Verlagschriften betrug 50 293 Exemplare, der Gesamtumsatz 9889 M., gegen das Vorjahr mehr 4076 Mark.

Die

Berichte der Redaktion und Expedition

sind für die Öffentlichkeit von wenigem Belang. Eine interessierte Diskussion entspinnt sich aber über den Vorschlag auf Gründung einer eigenen Wundredaktion. In namentlicher Abstimmung erklärte die Generalversammlung sich grundsätzlich für die Errichtung einer solchen. Der Bundesvorstand erhält Vollmacht, durch Ausgabe von Anteilsscheinen die nötigen Mittel aufzubringen und zur gegebenen Zeit den Betrieb der Druckerei aufzunehmen. Während dieser Ausführungen sind von den Anwesenden bereits 1000 M. gezahlt worden. Ferner wird ein Antrag angenommen, dem Bundesorgan alljährlich ein Inhaltsverzeichnis beizugeben.

In der Monatsagung beginnen die Verhandlungen mit zwei großartigen Referaten der Genossen Rapenstein und Reumann über das

Aktionsprogramm

welches sich erstreckt 1. auf die Aufgaben des Arbeiter-Absinentenbundes innerhalb der Arbeiterbewegung selbst; 2. auf seine Forderungen an Staat und Gemeinde.

Die Generalversammlung überweist den vorgelegten Programm-entwurf dem Vorstand, der dessen endgültige Formulierung in Verbindung mit den Vertretern der schweizerischen und österreicherischen Bruderorganisation treffen soll. Doch soll der Entwurf vor der Annahme den Ortsgruppen noch einmal zur Diskussion vorgelegt werden.

Ferner wird einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher die Generalversammlung gegen die von der Regierung geplante Erhöhung der Alkoholsteuern protestiert und ihren Standpunkt dazu festsetzt.

Die Beiträge werden in namentlicher Abstimmung von bisher 10 resp. 5 Pf. pro Woche erhöht auf 60 Pf. pro Monat für männliche, 30 Pf. für weibliche Mitglieder. Das Eintrittsgeld wird ebenfalls auf 60 Pf. für männliche, 30 Pf. für weibliche Mitglieder gestellt; Jugendliche bis 18 Jahren bleiben vom Beitrittsgeld befreit.

Den Ortsgruppen sollen zur Agitation 20 Proz. aus den Einnahmen der Beiträge verbleiben.

Die Stellung zum Guttemplerorden wird in einer Resolution festgelegt, welche besagt, daß der Bund es grundsätzlich verweigert, daß seine Mitglieder noch einer bürgerlichen Absinentenorganisation angehören oder für eine solche tätig sind. Die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen werden ersucht, ihre Mitglieder auf die arbeitsfeindliche politische Tätigkeit der bürgerlichen Absinentenvereine aufmerksam zu machen und sie aufzufordern, sich nur dem Arbeiterabsinentenbund anzuschließen.

Der bisherige Vorsitzende, der Redakteur und Geschäftsführer werden einstimmig wiedergewählt. Der Sitz dieser familiären Funktionen wird nach Berlin verlegt. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wird Klawitter-Bremen wiedergewählt.

Damit sind die Arbeiten der dritten Generalversammlung erledigt.

Eine große Pfingstfahrt Zeppelins.

Unfall bei Göttingen.

Eine geheimnisvolle Luftfahrt ward, die Graf Zeppelin mit seinem neuen Luftkrieger dem „S. II“ am Pfingstsonnabend unternahm. Sie galt einem großen Ziel, einem Besuche der Reichshauptstadt. Das ist jedoch nicht gelungen; über Bitterfeld, 120 Kilometer von Berlin entfernt, mußte das Luftschiff umkehren, wollte es mit seinen Betriebsmitteln den Heimathafen wieder erreichen. Auf der Heimreise begriffen, bei Göttingen in Westfalen, ereilte es einen schweren Unfall. Doch trotzdem darf die Pfingstfahrt Zeppelins als eine Rekordfahrt bezeichnet werden, denn das Luftschiff hat eine 87 1/2 Stunden lange ununterbrochene Fahrt hinter sich. Wie aus den Meldungen ersichtlich ist, dürfte es längere Zeit dauern, bis das Luftschiff wieder gebrauchsfähig ist.

Nachstehend lassen wir die Meldungen über den Verlauf der Fahrt sowie über den Unfall des „Zeppelin II“ folgen:

Friedrichshafen, 29. Mai. „Zeppelin II“ ist abends 9 Uhr 40 Minuten zu einer nächtlichen Leuchtflugfahrt aufgestiegen und passierte 9 Uhr 50 Minuten Friedrichshafen landeinwärts in der Richtung auf Ravensburg fahrend. Graf Zeppelin befindet sich an Bord. Am Horizont zeigen sich Gewitterwolken.

Stuttgart, 30. Mai, 10 Uhr 5 Min. vormittags. „Zeppelin II“ fuhr 8 Uhr 30 Minuten über Nürnberg, 9 Uhr 10 Minuten über Gräfenberg.

Zwickau, 30. Mai. Der „Zeppelin II“ hat um 2 Uhr 8 Minuten die Stadt passiert.

Cera, 30. Mai. „Zeppelin II“ passierte um 3 Uhr 20 Minuten Cera in der Richtung Leipzig.

Leipzig, 30. Mai. „Zeppelin II“ ist um 4 Uhr 45 Minuten über dem Vorort Leutzsch eingetroffen.

Leipzig, 30. Mai. Auf die Kunde von einer Ankunft des „Zeppelin II“ hatte sich schon gegen 1 Uhr eine nach tausenden zählende Menge aus dem Reichplatz eingefunden. Auf dem für etwaige Landung vorgesehenen, von Militärs abgesperrten Plage war u. a. auch der Keise des Grafen Zeppelin anwesend. Die Erwartung des Publikums stieg von Minute zu Minute. Um 4 Uhr 50 Minuten kam das Luftschiff von Südwesten her in Sicht und näherte sich in schneller Fahrt. Eine Landung fand nicht statt. Das Publikum brachte dem Grafen Zeppelin stürmische Ovationen dar. Um 5 1/2 Uhr befand sich das Luftschiff über der Stadt, führte einige Manöver aus und fuhr dann in nordöstlicher Richtung weiter.

Halle, 30. Mai. Das Luftschiff „Zeppelin II“ passierte um 7 Uhr 10 Minuten Bitterfeld, worum 7 Uhr 30 Minuten in Halle, kreuzte etwa 10 Minuten über Halle und nahm alsdann Richtung Zeitz/Halle-Hörsing.

Friedrichshafen, 30. Mai. Die Luftschiffbau-Zeppelin-Gesellschaft hat von dem Grafen Zeppelin ein um 7 Uhr 20 Minuten in Bitterfeld ausgegebenes Ballontelegramm folgenden Inhalts erhalten: „Geben soeben Rückkehr beschlossen. Alles ist besser Ordnung. Zeppelin. Dür.“

Weimar, 30. Mai. „Zeppelin II“ hat heute abend um 9 Uhr Weimar passiert.

Heilbronn, 31. Mai. „Zeppelin II“ passierte um 8 Uhr 10 Minuten früh Heilbronn.

Stuttgart, 31. Mai. „Zeppelin II“ ist heute früh um 8 1/2 Uhr bei Schweinfurt vorübergefahren und um 4 1/2 Uhr bei Würzburg in Sicht gekommen.

Stuttgart, 31. Mai, 10 Uhr vormittags. Kurz hintereinander trafen aus Marbach und Ludwigsburg Meldungen ein, daß das Luftschiff diese Städte in schneller Fahrt passiert habe. Um 9 Uhr 10 Minuten erschien dann auch schon der Luftkrieger in strahlender Sonnenbeleuchtung über der Stadt. In eleganter Wendung fuhr er über das Reichsbild Stuttgart. Er flog an dem Königsbau, 100 Meter über den Häusern, in rasender Fahrt vorbei, und überflog die Anlagen. Bei Untertürkheim fuhr der Luftkrieger nur wenige Meter über den Wiesen, so daß eine Landung bevorzustehen schien. Plötzlich hob sich das Luftschiff wieder und entschwand den Wäldern, nedaraufwärts fahrend. Die in den hiesigen Straßen herrschende Begeisterung ist schwer zu beschreiben.

Die Havarie.

Göttingen, 31. Mai. Das Stadtpolizeiamt teilt mit, daß das Zeppelinsche Luftschiff in unmittelbarer Nähe der Stadt Göttingen auf einer Anhöhe gegen einen Baum gefahren sei, wodurch dem Ballon die Spitze eingedrückt wurde. Einzelheiten fehlen.

Friedrichshafen, 31. Mai. Die Luftschiffbau-Gesellschaft bestätigt, daß das Luftschiff nahe bei Göttingen gegen einen Baum gestossen ist; die Spitze wurde leicht eingedrückt. Schloffer von Friedrichshafen sind zur Reparatur unterwegs. Die Reparatur wird vielleicht heute abend, spätestens in der Nacht beendet sein.

Ueber die Ursachen des Unfalls

wird aus Göttingen gemeldet:

Auf den in der Nähe von Göttingen liegenden Natstele-Wiesen war eine Landung beabsichtigt, nicht etwa, weil der Gasverlust zu stark gewesen wäre, sondern weil der Benzinvorrat völlig auf die Reize gegangen war. Bei der Landung wurde ein Wirnkbaum von dem Steuerermann des sehr niedrig fahrenden Luftschiffes übersehen. Die Spitze des Ballons verfangen sich in den Ästen des Baumes; das Aluminium wurde auf etwa 30 Meter völlig zerdrückt und auch das vordere Höhensteuer zerstört. Jetzt wird unter Verhinderung des Ballons eine provisorische Ballonspitze aus dem zertrümmerten Aluminium hergestellt und auf diese Weise die Reparatur notwendig vorgenommen. Die Weiterfahrt des Ballons ist auf keinen Fall vor Dienstagvormittag zu erwarten. Graf Zeppelin ist nach Friedrichshafen zurückgekehrt. Der Besuch der Reichstagsmitglieder wird wahrscheinlich verschoben werden müssen.

Göttingen, 31. Mai. Das Luftschiff liegt auf einem hügeligen, für eine Landung äußerst ungünstigen Terrain. Während die zertrümmerte Spitze auf dem Boden aufsteht, hebt sich der innere Kern infolge dieses Terrains etwa 20 Meter in die Luft. Die Beschädigung des Luftschiffes ist sehr arg, so daß an eine Weiterfahrt für heute abend oder heute nacht nicht gedacht werden kann. Die Aluminiumstangen liegen zertrümmert vor dem Baum, an den das Luftschiff anfuhr. Die Äste des Baumes sind geknickt. Erst um 14 1/2 Uhr trafen sechs Pioniere unter Führung eines Leutnants an der Unfallstelle ein; kurze Zeit darauf erschien der Kommandeur des Pionier-Bataillons aus Ulm mit einer halben Kompagnie zur Hilfeleistung. Als aber bereits um 4 Uhr eine kräftige Brücke eingeschlagen hatte, wurde, um dem Luftschiff eine gegen den Wind geschützte Lage zu geben, unter Mitwirkung des den Platz umgebenden Publikums das Luftschiff gedreht. Ein Teil des Personals des Grafen ist damit beschäftigt, die Aluminiumkammer zu entfernen.

In Erwartung Zeppelins.

Die Nachricht, daß Zeppelin nach Berlin komme, wurde am 1. Feiertag durch ein Extrablatt des „Berliner Lokalanzeiger“ verbreitet; und sie lockte Hunderttausende von Berlinern, die in der Stadt geblieben waren, nach dem Tempelhofer Felde. Gegen vier Uhr ertönte der bekannte Dreiklang der kaiserlichen Automobile, die in rasender Fahrt von Potsdam über den menschenbelebten Kurfürstendamm in die Stadt eingefahren und nun auch zum Tempelhofer Felde geeilt sind. Mit dem Kaiser war die Kaiserin, der Kronprinz und die Kronprinzessin sowie die kaiserlichen Prinzen und die Prinzessin Viktoria Luise erschienen. Hinter ihnen her raste ein Kavallade Schutze, die nun in der ihnen angeordneten aufgeregten Weise in die schon immerhin stattlichen Menschenmassen auf dem Felde hineintritten und sie zum Verlassen der östlichen Hälfte aufforderten. Der gebildete Berliner ist in wenigen Augenblicken bis auf die Tempelhofer Chaussee zurückgedrängt, auf der sich inzwischen Droßeln an Droßeln, Automobil an Automobil, Kremser an Kremser angestaut haben. Dazwischen Schlägler- und Gemüselwagen, Radfahrer, Kellnerwagen, Kinderwagen: ein buntes Bild, in das plötzlich zwei Kompagnien Dragoner hineinreiten, mit der Aufforderung, auf die östliche Hälfte des Feldes hinüberzufahren, wo bald eine ungeheure Wagenburg sich aufbaut. Und immer noch strömt es aus der Stadt in unendlicher Menge. Die lange Friedrichstraße bis zum Halleschen Tor hinunter und die Belle-Alliancestraße hinauf bis zum Tempelhofer Felde schwebt eine ungeheure und oft undurchsichtige Staubwolke. Auch Gardekürassiere sowie die Franzosen rücken mit ihren kümmerlichen Reiten an, da viele sich auf Urlaub befinden. Inzwischen steigt die Spannung. Allmählich haben sich Staatssekretäre, Offiziere und zahlreiche Herren und Damen der Hofgesellschaft eingefunden, alle, um die ersten zu sein. Zeppelins Luftschiff auf dem Tempelhofer Felde sehen zu können. Es vergeht aber Stunde um Stunde; wohl werden einige in die Höhe gegangene Kinderballons sichtbar, aber nicht Zeppelins Luftschiff. Erst spät, als die Dunkelheit hereingebrochen ist, finden sich die Massen damit ab, daß es wieder einmal nicht war. Das beste Geschäft am Sonntag haben die Inhaber der nach dem Tempelhofer Felde zu belegenen Lokale gemacht.

Weiterfahrt.

Göttingen, 1. Juni, 3 Uhr nachmittags. Die dringenden Reparaturarbeiten sind beendet. Man hat sich entschlossen, den Rotor aus der vorderen Gondel herauszunehmen und die beiden Seitensteuer vorn zu entfernen. Man will versuchen, mit dem hinteren Schiffe nach vorwärts zu fahren. Graf Zeppelin ist hier noch nicht eingetroffen. Oberingenieur Dürr wird das Luftschiff über Münsingen nach Friedrichshafen führen. Sollte sich unterwegs eine Zwischenlandung als notwendig erweisen, so ist der Künzinger Truppenübungsplatz in Aussicht genommen.

Göttingen, 1. Juni. Zeppelin II ist, mit der reparierten Spitze nach rückwärts gerichtet, um 3 Uhr 20 Min. wieder aufgestiegen.

Göttingen, 1. Juni, (8 Uhr abends.) Seit einer Stunde ist das Luftschiff von hier aus zu sehen. Es kam um sechs Uhr aus nordwestlicher Richtung von Jüdingen her. Anfangs bewegte es sich noch südlich, schlug dann aber eine mehr östliche Richtung ein, was hier zu der Vermutung Anlaß gibt, daß es abgetrieben wird. Um sieben Uhr befand es sich etwa bei Oberdisingen. Graf Zeppelin passierte 7 Uhr die Stadt. Zwei Kilometer vor Göttingen hatte er eine Unterbrechung mit verschiedenen Herren, wobei er erklärte, daß das Luftschiff mit einer Geschwindigkeit von nur 13 Kilometern fahre und zwar anscheinend nicht mehr ganz sicher.

Laupheim, 1. Juni. Das Luftschiff bewegt sich nunmehr wieder in südlicher Richtung, entlang der Bahnlinie Ulm-Wübbach.

Wübbach, 1. Juni. Das Luftschiff befindet sich auf dem Wege hierher und ist um 10 1/2 Uhr nicht mehr weit von der Stadt entfernt. Von Friedrichshafen ist dringend Nachfüllmaterial angefordert worden, das hierher transportiert werden soll. Man schließt daraus, daß der beschädigte Luftkrieger keine Nachfahrt machen, sondern in der Nähe von hier eine Landung vornehmen will, um dann morgen nach Vornahme der Füllung die Heimfahrt zu vollenden. Graf Zeppelin ist kurz vor 9 Uhr im Automobil in Wübbach eingetroffen und hat dem Postamt vorgefahren. Zahlreiche Automobile mit Militärs, die sich an der Verfolgung des Ballons beteiligt haben, um gegebenenfalls die nötige Hilfe zu bringen, befinden sich im Anmarsch.

Eine Zwischenlandung.

Friedrichshafen, 1. Juni. Laut Mitteilung der Zeppelinluftschiffbau-Gesellschaft ist Zeppelin II, Punkt 9 Uhr bei Schemmerberg an der Bahnlinie Laupheim-Wübbach südlich von Laupheim gelandet. Graf Zeppelin ist von Wübbach mit Automobil sofort zur Landungsstelle gefahren, auch ist von hier aus Gas zur Nachfüllung für morgen früh dorthin geschickt worden. Die Zeppelinmannschaften befinden sich an Ort und Stelle.

Der Kaiser und Zeppelin.

Stuttgart, 1. Juni. Die Luftschiffabts-Gesellschaft teilt mit: In der Nacht zum Montag, die Mitteilung in Berlin eingetroffen war, daß Graf Zeppelin sich auf der Rückkehr befände, sandte Kaiser Wilhelm ein Telegramm ab, in dem er seiner eigenen großen Enttäuschung sowie derjenigen seiner Familie und der ganzen Einwohnerstadt Berlins anlässlich der unerwarteten Rückkehr des Grafen Zeppelin zum Ausdruck gab. Die plötzliche Rückkehr sei ihm, dem Kaiser, unerklärlich, nachdem der Graf seine Ankunft in Berlin gemeldet und ausdrücklich das Luftschiffbataillon zur Unterstützung bei der Landung erbeten habe. „Ich hatte gehofft“, so schließt das Telegramm, „Sie als Gast in meinem Schlosse zu sehen, wo Wohnung für Sie bereit war, und ein Mahl mit Raibowle erwarrete sie im Kasino, das wir gemeinsam mit Ihnen einzunehmen hofften. Auf baldiges Wiedersehen in Berlin! Eure Ergetzung sind es dem Berliner Publikum schuldig, das Ihnen so freudig entgegengekommen ist, daß demselben für seine schwere Enttäuschung Genugtuung geleistet werde.“ Besonders hebt der Kaiser in seiner Depesche auch die Aufopferung hervor, mit der die Mannschaften die verschiedenen Regimenter trotz des Pfingsturlaubes herbeigezogen waren, um bei der Absperrung mitzuwirken.

Nachdem Graf Zeppelin nach der Landung in Göttingen, nach 37stündiger Fahrt, wenige Stunden ausgeruht hatte, begab er sich nach dem Postamt in Weilingen, um ein Telegramm an den Kaiser aufzugeben, in dem er dem Kaiser, der Kaiserin und der versammelten kaiserlichen Familie sowie der ganzen Bevölkerung Berlins und den wegen der unterliegenden Luftschiffabts-Gesellschaft Truppen seinen Dank und sein tiefstes Bedauern über die Enttäuschung ausdrückt, die er durch sein Nichterscheinen ver-

ursacht habe. In dem Telegramm heißt es dann tödlich: „Niemand habe ich persönlich die Absicht ausgesprochen, Berlin zu besuchen oder dort zu landen. Ich bitte, eine Untersuchung zu veranlassen, wor das Telegramm an das Luftschiffbataillon gefälscht hat. Die Umkehr wurde beschlossen, weil bei Sturm und Nacht die Fahrt sich verzögert hatte und viel Benzin verbraucht worden war. Nach teilweisen Irrfahrten in der Nacht und weitem starken Benzinverbrauch gelangten wir hierher. Ich hoffe, mich in sechs Wochen mit dem wiederhergestellten Luftschiff bei Euer Majestät in Berlin melden zu können.“

Zeppelin bekräftigt in seinem Telegramm, die Absicht ausgesprochen zu haben, nach Berlin zu kommen. Das ist doch nur Wortklaubererei. In Wirklichkeit gingen schon vor Wochen die bezügliche Nachrichten durch die Zeitungen, ohne daß sie von dem Bureau Zeppelins widerprochen wurden, obwohl dieses Bureau sonst immer sehr redselig ist. Jetzt, da der Kaiser mit Familie enttäuscht wurde, spricht Zeppelin von einem „gefälschten“ Telegramm, das das Berliner Luftschiffbataillon alarmierte. In Verfolg der neuerdings verunglückten Fahrt hat Zeppelin an das Bureau des Reichstags folgendes Telegramm gerichtet:

„Die Herstellung des beschädigten Luftschiffes erfordert sechs Wochen, daher Verschiebung der Einladung zu meinem tiefsten Bedauern erforderlich. Graf Zeppelin.“

5. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Dresden, 29. Mai.

Abendigung des 5. Verhandlungstages.

Den Bericht der Statutenkommission erstattet Dittmer Berlin. Die Kommission ist sich einig geworden, den Beitrag für weibliche Mitglieder auf 25, für männliche Mitglieder auf 35 Pf., soweit sie ein Einkommen bis 20 M. beziehen, für die übrigen auf 45 M. festzusetzen. Für die 45 Pf.-Klasse soll die Erwerbslosenunterstützung 8 M. statt 4 M. betragen.

Nach einer längeren Debatte, in der sich beinahe alle Redner gegen eine Beitragserhöhung ausgesprochen, wurde die Beitragserhöhung nach den Vorschlägen der Kommission mit 33 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Am Schluß der Sitzung vom 28. Mai wurde dann erklärt, daß nunmehr die Kommission erneut zu arbeiten habe, um einen gangbaren Weg der Beitragsregulierung zu finden. Am

6. Verhandlungstag

machte die Kommission den neuen Vorschlag, die Grenze der verschiedenen Beiträge auf 21 M. festzusetzen, die übrigen Beiträge der Vorlage jedoch anzuerkennen. Nunmehr erhob sich bei den Gegnern der Beitragserhöhung ein Sturm, da nach ihrer Ansicht die Sache bereits am Freitag prinzipiell abgelehnt sei. Ein Antrag Poleske auf Uebertragung zur Tagesordnung wurde abgelehnt und durch eine neue Abstimmung der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Verhandlungen betreffs der Beitragserhöhung durchaus nicht geschlossen sind. Es folgte nun eine lange Geschäftsordnungsdebatte. Mohs erhielt endlich das Wort und trat nochmals energisch für Beitragserhöhung ein. Als nunmehr die Generalversammlung mit 27 gegen 26 Stimmen Wiedereintritt in die Verhandlungen über Beitragserhöhung beschloß, legten die Versammlungsleiter ihr Amt nieder. Nach einer längeren Pause wurden die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Verbandsvorstandes weitergeführt. In einer ausgedehnten Debatte kamen die verschiedenartigsten Vorschläge zum Vorschein. Nachdem der Verbandstag sich im Prinzip für eine Beitragserhöhung ausgesprochen, erfolgten sechs namentliche Abstimmungen über ebenjehelbe Anträge, ein Resultat wurde aber nicht erzielt. Nach langer Mühe und Arbeit wurde der Beitrag wie folgt geregelt:

§ 9. Der wöchentliche Beitrag beträgt für männliche Mitglieder mit einem wöchentlichen Verdienst bis inklusive 21 M. 35 Pf., darüber hinaus 40 Pf.; für weibliche Mitglieder 25 Pf.; für jugendliche Arbeiter 25 Pf.

Der Betrag der Erwerbslosenunterstützung wird nach folgenden Sätzen geregelt:

Für die erste Woche der Erwerbslosigkeit soll keine Unterstützung gezahlt werden.

Die Erwerbslosenunterstützung beträgt nach einer Mitglieds-

Beitrags- wochen	auf die Dauer von Wochen	für männl. Mitglieder wöchentl. Beitrag	für weibl. Mitglieder wöchentl. Beitrag
52	4	4 M. 6 Pf.	3 M.
156	5	4 - 6 -	3 -
260	6	4 - 6 -	3 -
416	7	4 - 6 -	3 -
520	8	4 - 6 -	3 -

Die männlichen Mitglieder können je nach ihrer Beitragsklasse die Summen von 16 bis 32 und 21 bis 45 M. erheben; die weiblichen können je nach der Dauer ihrer Mitgliedschaft 12 bis 24 M. Unterstützungsgelder beziehen.

Der Erwerbslosenunterstützungsparagraf erhält nachstehenden Zusatz:

Abt. 3. Wird von einem Unterstützungsfall nicht innerhalb eines Vierteljahres Mitteilung gemacht, ist die Unterstützung der Verbandskasse verfallen, sofern nicht die Berechtigten an der Geltendmachung ihrer Ansprüche verhindert waren.

Die übrigen Änderungen des Statuts erstrecken sich zum größten Teil auf keine Mängel redaktioneller Art und werden ohne weitere Zwischenfälle erledigt.

Die Bestimmungen dieses Statuts treten mit dem 1. Oktober 1909 in Kraft; die Erwerbslosenunterstützung der 40 Pf.-Beitragsklasse mit dem 1. April 1910.

Ferner wurde beschlossen, daß der Vorstand berechtigt ist, nach Bedarf Branchenkongresse einzuberufen. — Der Geschäftsbericht soll künftig alljährlich gegeben werden. — Die Preiskommission sowie die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt.

Der nächste Verbandstag soll im Jahre 1912 in München stattfinden.

Zur Alkoholfrage wird beschlossen:

Der 5. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter tritt dem Beschluß der 1. Internationalen Konferenz der Arbeiter und Unterangestellten öffentlicher Betriebe bezüglich des Mißbrauchs des Alkohols ausdrücklich bei.

Der Verbandstag erachtet die Kollegen, diesem Beschluß die nötige Beachtung zu schenken.

Der Sitz des Verbandes bleibt Berlin, der Ausschuß behält seinen Sitz in Hamburg.

Die nun vorgenommene Wahl des 1. Vorsitzenden ergab 26 Stimmen für Hedemann, Nannheim und 25 für den bisherigen Vorsitzenden Mohs. Hedemann erklärte, bei dieser Stimmengahl nicht antreten zu können. Mohs sieht in der Abstimmung ein Mißtrauensvotum und erklärte, nicht antreten zu wollen. Nach außerordentlich erregter Debatte, in der betont wurde, daß während der ganzen Tagung gegen Mohs gewählt worden sei, wurde nochmals eine Abstimmung vorgenommen, die 33 für und 1 Stimme gegen Mohs ergab. Mohs erklärte, daß er die Wahl nur im Interesse des Verbandes annehme. Die übrigen Wahlen erledigten sich ohne Zwischenfall und wurden die bisherigen Funktionäre wiedergewählt. Nach Festsetzung der Geschäftsliste für die Angestellten waren die Verhandlungen der 5. Generalversammlung erledigt.

5. Generalversammlung der Bildhauer.

Magdeburg, 31. Mai.

Anwesend sind 20 Delegierte, 3 Vorstandsmitglieder und Genosse Robert Schmidt-Berlin als Vertreter der Generalkommission. Den Verbandsauschuss vertritt Lütlich-Leipzig.

Rechenschaftsbericht

Der Vorstand kann ein Bild erfreulicher Entwicklung des Verbandes nicht geben, sondern muß leider einen Rückschritt konstatieren. Die Jahre 1906-1908, die der Bericht umfaßt, lasten schwer auf dem Verbands: die beiden ersten Jahre durch die enorme Ausdehnung der Lohnkämpfe, und das letzte Jahr als Krisenjahr. Die Berichtsjahre stellten ungeheure Anforderungen an die Kasse des Verbandes, und auch die Erhebung von Beiträgen konnte nicht verhindern, daß das Verbandsvermögen ganz gewaltig fiel: von 88.574 Mark Anfang 1906 auf 88.733 Mark Ende 1908. Auch die Mitgliederzahl ging um rund 900 zurück und betrug am Jahresabschluss 1908 nur noch 3068 gegen 4575 am Jahresanfang 1906. Trotz dieser ungünstigen Ergebnisse kann der Verband auf gute Fortschritte in der Eringung besserer Arbeitsbedingungen für seine Mitglieder zurückblicken. Und damit hat der Verband unzweifelhaft eine große Kulturarbeit geleistet, die nicht minder hoch anzuschlagen ist als wie eine gute Gestaltung der inneren Organisationsverhältnisse.

Insgesamt waren in den drei Berichtsjahren an den Kämpfen um bessere Arbeitsbedingungen 3900 Kollegen in 212 Fällen beteiligt. Von diesen 212 Lohnbewegungen waren 146 mit 2538 Kollegen erfolgreich, 31 mit 833 beteiligten Kollegen endeten teilweise erfolgreich, und erfolglos waren 31 mit 280 Personen. Die insgesamt 3900 in den Jahren 1906 bis 1908 an Differenzen beteiligten gewesenen Kollegen repräsentieren reichlich die Hälfte aller Berufsangehörigen.

Bei der Mitgliederbewegungstabelle fällt neben den schon erwähnten Mitgliederzugen die große Zahl der Ausgeschlossenen und die damit verbundene Fluktuation auf. In dem Berichtsjahre sind zwar 3796 Kollegen in den Verband eingetreten, ausgeschlossen wurden aber in den Verwaltungsstellen 2712 und ausgetreten sind 529 Mitglieder. Von den 529 Ausgetretenen sind 142 Kollegen wieder eingetreten, so daß 387 als Ausgetretene verblieben. Zu den 2712 in den Verwaltungsstellen Ausgeschlossenen kommen noch 1634 in der Hauptverwaltung Ausgeschlossene hinzu, insgesamt sind es also 4346 ausgeschlossene Kollegen. Davon sind wieder eingetreten 968, so daß ausgeschlossen verblieben 3378 Kollegen (1038 verheiratete, 3 verwitwete und 2335 ledige). Besonders beachtenswert ist, daß über zwei Drittel der Ausschüsse (2391) bei einer Mitgliedschaft von 1 bis zu 3 Jahren erfolglos blieben. Der bedeutendste Prozentsatz von 1325 Ausschüssen liegt im ersten Jahr und geht vom vollendeten dritten Mitgliedsjahr ausfallend zurück, ein Beweis, daß gerade die länger organisierten Kollegen dem Verein auch in schweren Zeiten die treuesten Stützen sind. Von den 4346 Gesamtausschlüssen erfolgten: wegen rückständiger Beiträge 4300, wegen Nichtbefolgung des Statuts und Zuwiderhandelns der Beschlüsse der Verwaltungsstellen 5, wegen Schädigung der Vereinsinteressen 33 und wegen Veruntreuungen, Fälschungen usw. 8.

Von den einzelnen Unterstützungsleistungen ist noch die Höhe der ausbezahlten Summen, soweit sie nicht schon oben angeführt wurden, erwähnenswert. Die Arbeitslosenunterstützung am Ort erreichte in den Berichtsjahren die Höhe von 229.114,66 M., gegenüber 158.838,25 M. in der Geschäftsperiode 1903-1905. Fast in demselben Verhältnis, wie diese Unterstützung steigt, verringert sich die Unterstützung für Arbeitslose auf der Reise. Während in der vorigen Geschäftsperiode für diesen Unterstützungsgegenstand noch 31.846,35 M. aufgewendet wurden, kostete er diesmal nur 18.688,20 M., und zwar 7543,95 M. im Jahre 1906, 6142,60 M. im Jahre 1907 und 4901,65 M. im Jahre 1908. An Kranenunterstützung wurden insgesamt 41.401,45 M. ausbezahlt, gegen 30.119 M. in der letzten Geschäftsperiode. Für Unterstützung in außerordentlichen Notfällen wendete der Verband 7371 M. und für Sterbegeld 8515 M. auf.

Dupont, Stahl und Weller ergänzen den gedruckten Bericht.

In der Debatte über die Berichte werden meist nur interne Angelegenheiten erörtert. Mit der Tätigkeit des Vorstandes ist man im allgemeinen einverstanden.

Bethge-Berlin wirft die Kaiserfrage auf. Die Art, wie der Hauptvorstand zur Kaiserfeier Stellung genommen habe, gefalle ihm nicht. Die „Bildhauerzeitung“ habe kurz vor der Kaiserfeier nur einen Artikel über diese gebracht, das genügt nicht. Es müsse mehr Propaganda für die Kaiserfeier gemacht werden.

Vorsitzender und Redakteur Dupont-Berlin führt demgegenüber aus: Die Arbeit der Kasse kann bei der Kaiserfeier ruhig wegbleiben, ohne daß diese selbst geschädigt wird. In der Durchführung der Arbeitsruhe liegt die Gefahr, daß noch mehr ausgeperrt werden als bisher, und dadurch den Gewerkschaften ungeheure Kosten verursacht werden.

Renger-Dresden: Die Kaiserfrage sei in erster Linie eine politische und erst in zweiter Linie eine gewerkschaftliche Frage. Man dürfe keinen Zwang auf den einzelnen ausüben, man dürfe nicht sagen: „Du mußt feiern!“

Odenhal-Hamburg: Der Kaiserartikel Duponts hat mir auch nicht gefallen. In dem Artikel ist keine klare Stellung eingenommen worden. Es wurde in ihm gesagt: das (die Kaiserfeier) ist alles sehr schön und gut, aber feiert lieber nicht. (Dupont: Sehr richtig!) Ich meine, die Redaktion müsse in einer solchen Frage einen klaren Standpunkt einnehmen.

Wilmow-Frankfurt a. M. meint, die Propagierung der Kaiserfeier solle man aus der Gewerkschaftspresse überhaupt weglassen. Heute würde doch nur in kleinen Geschäften gefeiert, während in den größeren Betrieben gearbeitet werde.

Sofor-München ist erstaunt, daß gesagt werden konnte, die Kaiserfeier habe keinen Wert für die Gewerkschaften. In München hätten sie die Arbeitsruhe durch Vertrag festgelegt.

Sildesheim-Berlin wendet sich ebenfalls gegen die Ausführungen Wilmows.

Dupont-Berlin präzisiert nochmals seine Meinung und betont, soweit wie Wilmow möchte er nicht gehen. Er müsse sich dagegen energisch vernehmen. Die Gewerkschaftspresse müsse die Kaiserfrage behandeln, so lange sie in der Öffentlichkeit stehe.

Odenhal-Hamburg bemängelt noch, daß die Redaktion vor der Generalversammlung einige Anträge kritisiert habe. Einzelne Delegierte schlichen sich diesem an. Dupont verteidigt seine Stellungnahme.

Die Generalversammlung ehrt noch das Andenken des verstorbenen Genossen Zeinhardt, Redakteur der „Hilfsarbeiter-Zeitung“, in der üblichen Weise.

Die Sitzung wird dann vertagt. Morgen beginnt die Beratung der Verschmelzungsfrage.

L. Konferenz der chemischen Arbeiter Deutschlands.

Frankfurt a. M., 31. Mai.

Im Mittelpunkt der deutschen chemischen Industrie in Frankfurt a. M. trafen am ersten Pfingstfeiertag die Vertreter der Hilfsarbeiter zur ersten Konferenz zusammen. Zu der Konferenz sind außer den 108 Delegierten und den Vertretern des Verbandes der Maschinen- und Heizer und des Fabrikarbeiterverbandes, der die Organisation der chemischen Arbeiter bisher mit gutem Geschick geleitet hat, die Gewerbeinspektion für Stadt- und Landkreis Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Speyer und Karlsruhe, sowie ein Vertreter des Instituts für Gewerbehygiene zu Frankfurt a. M. erschienen. Abgeliegt zu erscheinen, hat das Reichsamt für Arbeiterschutz.

Am ersten Verhandlungstage erstattete Herr Dr. Sommerfeld ein Referat über

Vergiftungsgefahren.

Er betont die Notwendigkeit einer besonderen Kontrolle der Industrie durch hygienisch vorgebildete Ärzte.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Gen. S. Schneider über:

Die wirtschaftliche Lage der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter.

Er legt folgende Resolution vor:

„Die chemische Industrie ist ein getreues Spiegelbild der industriellen Entwicklung überhaupt. Wachsende Konzentration, trotz steigender Produktivität riesige Vermehrung der Arbeiterzahl und Verwendung weiblicher Arbeitskräfte sind ihre hervorsteckendsten Kennzeichen. In den 25 Jahren von 1882 bis 1907 stieg die Zahl der Betriebe um nur 15 Proz., die Zahl der beschäftigten Arbeiter dagegen um 139 und die Zahl der Arbeiterinnen gar um fast 300 Proz.“

Den Kapitalisten bringt die chemische Industrie Riesengewinne. Durch intensive Ausnutzung der Arbeitskräfte und feste Fortschritte der Technik wird die Herstellung der Erzeugnisse verbilligt, durch Monopole, Kartelle und Konventionen Preis und Absatz geregelt. Die Rentabilität der chemischen Industrie wird denn auch von keiner anderen Industrie Deutschlands erreicht.

Die Lage der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist dagegen äußerst ungünstig. Ihr Lohn ist durchweg niedrig, ihre Arbeitszeit lang und ihre persönliche und wirtschaftliche Freiheit wird vielfach durch sogenannte Wohlfahrtsvereine und offene oder verdeckte Verweigerung des Koalitionsrechts beschränkt.

Durch die Verarbeitung giftiger und gefährlicher Stoffe aber wird die Gesundheit der Arbeiter vorzeitig zerrütet und ihr Leben gefährdet.

In Erkenntnis dieser Zustände fordert der erste Kongress der Arbeiterchaft der chemischen Industrie die Berufslogen und Kolleginnen auf, sich unerschrocken dem Verbands der Fabrikarbeiter anzuschließen, denn nur durch festen Zusammenschluß kann eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterchaft erreicht werden.“

Ueber die Beschäftigung und die Arbeiterschaft in der chemischen Industrie referierte Reichstagsabgeordneter Genosse Aug. Wreh. Als Grundgedanken seiner Ausführungen legte er folgende Resolution vor:

„In der chemischen Industrie mehren sich die Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiterinnen und Arbeiter, dagegen ist der Ausbau des Arbeiterschutzes fast völlig zurückgeblieben. Staubentwässerung, Ausförmung giftiger Gase und Dämpfe, Feuergefahren, Verätzungen und Explosionen raffen zahlreiche Opfer aus den Reihen der Arbeiterinnen und Arbeiter hinweg.“

Dazu treten die gewerblichen Vergiftungen, die eine unermessliche Gefahr für die Arbeiter und deren Familien geworden sind. Diese Vergiftungen bringen vielen Arbeitern frühen Tod, anderen Arbeitern Sickness, körperlichen und geistigen Verfall, den Familien der betroffenen Arbeiter aber Verarmung.

Es ist erforderlich, daß die in der chemischen Industrie beschäftigten Kollegen diese Gefahren erkennen und mit Nachdruck auf deren Beseitigung und Vinderung drängen. Dazu ist unerlässlich die Beteiligung in der Organisation. Es wird allen in der chemischen Industrie beschäftigten Kollegen zur Pflicht gemacht, dem Verbands der Fabrikarbeiter sich anzuschließen, mit dem Verbands und seinen Funktionären dahin zu wirken, daß die bestehenden Schutzvorschriften in den Betrieben von den Betriebsleitungen angewandt und von den Arbeitern befolgt werden. Verstöße der Betriebsleiter gegen Schutzmaßnahmen, die zugunsten der Arbeiter erlassen, sind durch Vermittelung der Verbandsfunktionäre der Gewerbeaufsicht zur Kenntnis zu bringen.“

Der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes wird beauftragt, fortgesetzt Material zu sammeln, welches die gesundheits- und lebensgefährliche Arbeit in der chemischen Industrie belegt. Die Kollegen sind verpflichtet, ihnen bekannt gewordenen Material über Vergiftungen, Verätzungen, Explosionen usw. dem Vorstand zur Kenntnis zu bringen.

Die Konferenz gibt weiter der Ueberzeugung Ausdruck, daß auch der Staat ein Interesse daran hat, Leben und Gesundheit der chemischen Arbeiter zu schützen. Die Konferenz fordert daher:

1. Schärfste Ueberwachung über zum Schutze der Arbeiter in der chemischen Industrie erlassenen Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen.

a) Erweiterung der Befugnisse der Gewerbeinspektoren.
b) Vermehrung der Aufsichtsbeamten durch hygienisch geschulte Beamte (Ärzte), denen staatlich zu besoldende, von den Arbeitern zu wählende Hilfsaufsichtsbeamten zur Seite zu stellen sind.

2. Erlass weiterer Schutzbestimmungen.

a) Festsetzung eines Maximalarbeitstages von 8 Stunden für alle Arbeiter der chemischen Industrie.
b) Festsetzung eines nach dem Grade der Gefahren abgestuften kürzeren Maximalarbeitstages für solche Betriebe und Abteilungen, in denen die Gesundheit oder das Leben der Arbeiter besonders gefährdet ist.

c) Verbot der Alfordarbeit bei Arbeiten mit giftigen, feuer- und explosionsgefährlichen Stoffen.

d) Belehrung der Arbeiter, die in Betrieben beschäftigt sind, in denen gesundheitsgefährliche Stoffe verarbeitet werden, über die Wirkungen und Gefahren dieser Stoffe. Die Belehrung muß in der Arbeitssprache vorgenommen werden.

e) Verbot der Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Personen bei Herstellung von oder bei Verarbeitung giftiger Stoffe.

3. Reform des Versicherungsgesetzes mit der Maßgabe, daß

a) in den Betriebskrankentafeln den Arbeitern das Recht eingeräumt wird, Einblick in die Krankentafeln nehmen zu können. Die Stellung der Krankenkassen ist gegenüber dem Unternehmertum zu einer völlig freien und unabhängigen zu gestalten.

b) Den Arbeitervertretern zur Krankenkasse ist eine Bilanz der Kasse, die Aufschluß über Dauer und Art der Krankheit gibt, alljährlich zuzustellen.

c) Vergiftungen, die eine körperliche Schädigung und Einschränkung der Erwerbsfähigkeit zur Folge haben, sind als Unfälle zu behandeln und zu entschädigen.

Für Arbeiter in chemischen Fabriken, die an Sonn- und Festtagen arbeiten müssen, ist eine Ruhepause von 36 Stunden und für zwei aufeinanderfolgende Sonn- und Festtage von 60 Stunden in derselben Woche zu gewähren.“

Diskussion

gestaltete sich recht vielseitig und zeigte, daß die beiden Referenzen eher zu milde als zu scharf in ihrer Kritik gewesen sind. Von verschiedenen Delegierten wird zur Resolution Wreh ein Zusatzantrag empfohlen, nach dem die Lieferung von Handschuhen, Arbeitshelmen, Handtüchern usw. gefordert wird und die Reinigung in der Fabrik in solchen Abteilungen vorgenommen wird, wo giftige Stoffe verarbeitet werden.

Nach einem umfassenden Schlußwort wurden die Resolutionen einstimmig angenommen, unter Ablehnung des Antrages bezüglich der Lieferung von Arbeitshelmen usw. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde die Konferenz geschlossen.

Konnte ordentliche Generalversammlung der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Hannover, 30. Mai.

Erster Verhandlungstag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt ein Antrag der Zahlstelle Dammgarten zur Verhandlung, die wegen einer plötz-

lichen ArbeitsEinstellung mit dem Vorstand in Differenzen geriet und infolgedessen eine besondere Vertretung durch einen eigenen Delegierten beanspruchte. Der Antrag wird abgelehnt. Die Angelegenheit soll beim Vorstandesbericht mit erledigt werden. Eine Einladung der Kollegen aus Hannover-Heimhof, am zweiten Feiertag einen Ausflug nach dort zu machen, wird dankend abgelehnt, um die Arbeiten der Generalversammlung nicht unnötig hinauszuziehen. Wichtig erhält gleich nach der Mittagspause das Wort zum

Geschäftsbericht.

Den Kassenbericht gibt Hamann-Berlin. Er spezialisiert die Kassenabrechnung und betont, daß die großen Summen, die den Mitgliedern in Form von aller Art Unterstützungen zurückgezahlt worden sind, den besten Beweis von der Notwendigkeit des Verbandes erbracht haben. Um die Kämpfe führen zu können, haben uns die Kollegen aus Amerika in großzügiger Weise unterstützt, doch sind unsere Kassenverhältnisse noch nicht so günstig, um die 40.000 M. zurückzahlen zu können. Wir mußten zunächst den Anfang mit 5000 M. machen. — Um die Kasse zu stärken, werden verschiedene Vorschläge gemacht: so soll der Bezug der Arbeitslosenunterstützung von 10 auf 5 Wochen herabgesetzt werden, das soll sich dieselbe nach 6jähriger Mitgliedschaft auf 10 Wochen steigern. Ferner zieht Redner einzelne Fälle heraus und beweist, daß Erparnisse zu machen sind. — Weller (Redakteur) berichtet über das Organ

„Nachgenosse“.

das seit zwei Jahren Verbandseigentum geworden ist, und daß es für ihn als Reuling schwergefallen habe, sich einzuarbeiten, daß er aber stets versucht habe, allen Wünschen der Kollegen Rechnung zu tragen. — Weig berichtet für den Ausschuss und beantragt Decharge für den Vorstand.

Die Debatte

wird von dem sächsischen Gauleiter Dirschel-Fürth eröffnet. In scharfen Worten protestiert er dagegen, daß in Bayern die Verwaltungskosten höher als wie an anderen Orten sein sollen. Durch eine Aufzählung aller Kosten, die dort nach Gewohnheit der Mitglieder als Agitationskosten gebucht werden, tritt er den Beweis seiner Behauptung an. Die Verhältnisse der dortigen Kollegen sind so traurig, daß Löhne von 6-8 M. wöchentlich, bei einer 16 bis 18stündigen Arbeitszeit, keine Seltenheit sind; in einer solchen Lage können Verbandsarbeiten nicht nur aus Idealismus erledigt werden.

Die Sitzung wird auf Montag früh vertagt.

Soziales.

Berein für Sozialpolitik.

Die Generalversammlung dieses Vereins wird in Wien, und zwar in der Zeit vom 27. bis 30. September stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen folgende Gegenstände: Gedächtnisrede des Prof. F. G. Knapp zum 100. Geburtstag von Georg Danneberg; ferner die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden und die Produktivität der Volkswirtschaft. Ueber die prinzipielle Bedeutung der öffentlichen, speziell der Gemeindeunternehmungen gegenüber den privaten wird Prof. E. J. Fuchs-Tübingen referieren; über die sozialpolitische Bedeutung der Gemeindeunternehmungen Dr. Robert-Freiburg i. Br. und über die finanzielle Bedeutung dieser Unternehmungen Oberbürgermeister Ruper-Fürth. Das Referat über das Wesen der volkswirtschaftlichen Produktivität und die Möglichkeit ihrer Messung wird Hofrat Prof. Dr. v. Philippovich-Wien erstatten, über den Einfluß des technischen Fortschrittes auf die Produktivität wird Geh. Rat Prof. Kammerer-Charlottenburg und über die Messung der Veränderungen des Geldwertes im Zusammenhang mit der Produktivitätsfrage Hofrat Professor Dr. v. Wieser-Wien referieren.

Haus der Frauenbewegung.

Mitachteter Arbeiterinnenschutz.

Daß das Kapital eine Wächterin der Gesehe ist, soweit diese seiner Mehrwert schaffenden Tendenz Schwierigkeiten bereiten, dafür bietet auch der letzte Gewerbeinspektorenbericht für Preußen eine Menge Beispiele. Nur aus einem Bezirk wird vermerkt, daß erhebliche Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen nicht vorgekommen seien. Dabei werden die Zuwiderhandlungen formeller Natur mit gewaltig großen Zahlen gemeldet, hinter denen die materielle Natur mehr zurücktreten.

Fast an allen Orten sieht die Meider- und Wäschelkonfektion mit erlittenen Zuwiderhandlungen an der Spitze. Meistens wird das vorgeschriebene Verzeichnis betreffend Ueberarbeit überhaupt nicht oder nicht gewissenhaft geführt, und auch sonst bleiben die Bestimmungen unbeachtet. Ein Gewerbeinspektor bemerkt dazu: „Eine Verletzung in dieser Beziehung ließe sich wahrscheinlich schneller herbeiführen, wenn die Eintragungen von Ueberarbeit in die Kalendertafel durch leichte Polizeikontrollen erzwingen werden könnten. Die nach der Entscheidung des Kammergerichts (Jahresberichte für 1904, S. 70) in solchen Fällen allein zulässige gerichtliche Verurteilung stellt zu der Schwere der Verletzung meist in einem argen Mißverhältnis. Die Anzeige an die Staatsanwaltschaft unterbleibt (!) daher gewöhnlich, auch schon aus dem Grunde, weil die für eine Verurteilung erforderlichen Beweismittel meist nur in einem unüberhältnismäßigem Aufwande von Zeit und Mühe zu beschaffen wären.“

Im Regierungsbezirk Köln hat die Gewerbeinspektion durch Unterstützung der Polizeibehörde bei der Veranschaulichung dieser Verträge Fortschritte erzielt. Auch veranlaßt dort eine Entscheidung des Kammergerichts vom 9. April 1908, wonach die Nicht-eintragung der Ueberarbeitstage in die auszuhängende Tafel jetzt nicht mehr als einfache Uebertretung, sondern als Vergehen gegen § 157 Abs. 1 der Gewerbeordnung anzusehen ist, eine gewissenhaftere Beachtung der Konfektionswerkstättenverordnung.

Verstöße gegen die materiellen Vorschriften der Gewerbeordnung werden immer noch im allgemeinen mit auffallend niedrigen Strafen geahndet.“ schreibt ein Inspektionsbeamter. Die Inhaberin eines Wäschelgeschäftes in Breslau ließ sich in ganz unerhöflicher, geschwinder Weise die Ausnutzung weiblicher Arbeitskraft zuschulden kommen. Zehn Wochen hindurch beschäftigte sie ihre Arbeiterinnen von 7 Uhr früh bis 12 oder 1 Uhr nachts, auch bis 4 Uhr nachts; während dieser Zeit gestattete sie nicht längere als gerade zum Essen notwendige Pausen. Dafür wurde sie in erster Instanz zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt. In der Berufungsinstanz erzielte sie jedoch eine Herabminderung auf 50 M. Berechnet diese Menschensfreundin den während der zehn Wochen aus ihren Arbeitskräften herausgeschundenen Verdienst, so steht die Strafe dazu in gar keinem Verhältnis.

Die meisten Strafen schwanken immer noch zwischen dem gesetzlich zulässigen Mindestmaß und 20 M. Sie können weder als eine ausreichende Sühne der begangenen Gesetzesverletzung angesehen werden, noch läßt sich von ihnen eine abschreckende Wirkung auf den Verworfenen oder auf andere Gewerbetreibende erzielen.“

Diese Ueberzeugung wird im Bericht des Landespolizeibezirks Berlin ausgesprochen, obgleich geschwinder Ueberarbeit hier doch zum Teil scharferen Strafen als in verschiedenen anderen Bezirken unterliegt.

Verstöße und Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Gesehe zum Schutze für die Arbeiterinnen führten in allen Bezirken in den verschiedensten Betrieben zu Verurteilungen. So in Brauereien, Bäckereien, Bierereien, Wäschereien, Konservenfabriken, die jugendliche und erwachsene Arbeiterinnen zur Nachtzeit und am Tage länger als erlaubt war beschäftigten; Mineralwasserfabriken, die die Arbeitszeit über 12 Stunden ausdehnten; Schuhfabriken und andere mehr. Häufig entschuldigten sich die Meister kleinerer Anlagen mit Unkenntnis des Gesehes, da die Betriebsinhaber die Tafeln mit den betreffenden Bestimmungen nicht aushängen. We-

sendere Schwierigkeiten für die Inspektion bösen Fischräuchereien, Käseereien und Molkereien. Nach dem Bericht des Bezirksbeamten für Gumbinnen soll in den Käseereien, die meistens zur Ausnutzung der Molkerei mit großen Schweinemästereien verbunden sind, die Arbeit außerordentlich schwer und die Arbeitszeit außerordentlich lang sein. Den Gewerbeinspektoren war die Einsicht in diese Betriebe bisher entgangen, da diese infolge ihrer Ähnlichkeit mit landwirtschaftlichen Betrieben von den Ortspolizeibehörden meist nicht als gewerbliche Anlagen angemeldet wurden. Von diesen Betrieben, sowie von den Molkereien, wird von den Beamten, in Rücksicht auf den niedrig gehaltenen Personalbestand, die Innehaltung der Maximalarbeitszeit von 11 Stunden als ausgeschlossen betrachtet. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den Fischräuchereien. Verschiedene Betriebsinhaber, die jugendliche und erwachsene Arbeiterinnen wiederholt die ganze Nacht beschäftigt, gingen straflos aus, da sie ohne motorische Kraft und nur mit 7 Personen arbeiteten, und deshalb die Anlage nicht als Fabrik angesehen wurde. In einigen solcher fabrikmäßig betriebenen Fischräuchereien wurden Unternehmer für das gleiche Vergehen und wegen Beschäftigung einer größeren Anzahl schulpflichtiger Kinder mit Strafen belegt.

Hindern keine Gesetze, „nationale“, humanitäre, moralische Erwägungen hemmen sicher nicht die strupellose Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft, und soweit Gesetze vorbeugend wirken sollen, werden diese strupellos übertritten. Da ist es erklärlich, daß das Unternehmertum gegen Verbesserung der Gewerbeinspektion, speziell auch gegen Anstellung weiblicher Inspektoren seinen ganzen nicht geringen Einfluß einsetzt.

Versammlungen — Veranstaltungen.
Bereit für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstr. 72. Dr. Eduard David spricht über das Thema: „Was lehrt uns die Bevölkerungsstatistik?“ Der Vortrag des Stadtr. Ritter über: „Die Arbeiterfrage und das Genossenschaftswesen“ wird erst am 10. Juni stattfinden.

Eingegangene Druckschriften.
Der Roman des Hanses von R. Wilmann. Brosch. 2,50 M. Dresdener Verlagsanstalt, Dresden.
Der Mann mit dem steinernen Herzen. Zwei Romane von Beate Marion. 2 M. C. Koenig, Wien.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 2. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Tristan und Isolde. Anfang 7 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Ein Erfolg.
Neues königliches Opernhaus. Geschlossen.
Deutsches. Die schide Anguste.
Kammerspiele. Ein Stand in Rom. Anf. 8 Uhr.
Anfang 8 Uhr.
Festung. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Schiller O. (Wahner-Theater.) Bresters Millionen.
Schiller Charlottenburg. Doktor Klaus.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Der Kilometerfresser.
Neues Schauspielhaus. Raß. Komische Oper. Garmen.
Residenz. Kammerspiele um Amalie.
Westen. Die lustige Witwe.
Neues. Tricouche und Cacolet.
Thalia. Im Café Robicci.
Lustspielhaus. Die kleine Dame.
Freundschaftsdienst.
Klein. Der Andere.
Gebbel. Revolutionshochzeit.
Trianon. Liebesgewitter.
Neues Operetten-Theater. Der Sigmund.
Kaufmann.
Metropol. Die oberen Zehntausend.
Bernhard Hofe. Das Mädchen ohne Ehre.
Gastspiel-Theater. Lord Alfing.
Der große Unbekannte. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Apollo. Hartstein. Er oder Er.
Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Vorfuge. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Uffeln — endlich.
Ungrate Lage. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Parodie. Siegel regelt alles.
Alles über Kamb. Ober: Die Folgen eines Herdengaus. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Der Kompagnieball.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.
Nachm. 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Abends 8 Uhr:
Rom und die Campagna.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

BERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Das Mädchen ohne Ehre.
Sommerprelle.
Auf der Theaterbühne: Konzert.
Spezialitäten. Anfang 4 1/2 Uhr.
Eintritt 30 Pf., ref. Platz 50 Pf.

Metropol-Theater

Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund.
Musik v. Gust. Kerker. In Szene
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater

9 1/2 Uhr: Er oder Er mit
Hartstein
in der Doppelrolle.
8 Uhr: Die neuen Spezialitäten.
H. a. Jass Paul mit neuen Schlegern.
Nathal u. Palma ??? ufm.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Willi Prager
The York Sisters
und das glänzende
Juni-Programm.
12 Variétés 12
Sensationen 12

Passage-Panoptikum.

Bis inkl. 7. Juni:
Volkstage!
Jeder Erwachsene
ein Kind frei!
Jedes Kind erhält
ein Geschenk!
Alles ohne Extra-Entrée!
Die letzten weiblich. Azteken!
Wesen v. Stamm der Azteken!

Brunnen-Theater

Sabstraße 68. Direktion: Willi Voltz.
Heute sowie täglich:
Erstklassige Spezialitäten!
Novität! Novität!
Die Spreewald-Käte.
Dr. Ausstattungs-Vollständigt mit Gesang u. Tanz in 4 Akte v. Hoffmann.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Walhalla Varieté-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenthal, Tor.
Anfang 8 Uhr. Im Theater:
Die neuen Juni-Spezialitäten.
Im Garten: Frei-Konzert.
Der Flug durch die Luft.
Theaterbesucher freien Eintritt.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Täglich im schattigen Garten oder im
prachtvoll renovierten Theatersaal:
Konzert, Theater, Spezialitäten!
Abends 8 1/2 Uhr:
Unser süßes Mädel.
Rom. 6. Vorh. 7 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Vorzugspl. gültig. Kaffeeküche 3-6 U.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wahner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Bresters Millionen.
Lustspiel in 4 Akten von Winkler
Smith und Byron Ogley.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Bresters Millionen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Jungfer Obrigkeit.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Mittwoch, abends 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Lustspiel in 5 Akten v. W. Pörringer.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ein Erfolg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Bresters Millionen.

Achtung! Diez! Jetzt nur Seeterrasse Lichtenberg

Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Gr. Konzert und das größte, beste Programm
Berlin
u. a.: Brothers Selbigs, unübertroffener fliegender Trapez-
st. G. Oster-Zaloch (2 Damen, 1 Herr). Turmfestkünstler.
Viktor Ritter, der unsterbliche Humorist. Borgos u. Darich,
die best. kom. Kabarett ufm. Am Saale: HALL. Anfang 4 Uhr.
15 Ruderboote x Kaffeeküche x Volkbelustigungen x
Vorzugsplätzen gültig. Entree nur 20 Pf. 60000

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108-114

Täglich: Große Spezialitätenvorstellung u. großes Konzert
Deutsches Mittwoch, 2. 6. 09: Erstes Kinder-Freundenfest,
Bühnenregie, Kinderbelustigungen aller Art, Puppentheater,
Große Grat-Verlosung (Hauptgewinn: je 1 Silberne Uhr
Anfang 4 Uhr. Eintritt 15 Pf.

10 Minuten vom Bahnhof Fredersdorf-Ostbahn.

Gartenstadt Stienitzburg

Älteste, freundlichste und
beliebteste Kolonie
des Ostens, welche zwischen Dorf Petershagen und
der Eggersdorfer Forst gelegen, zuversichtlich bald
eine eigene Haltestelle erhalten wird und alle Wünsche
des kleinen Mittelstandes

erfüllt. Sehr mäßige Preise, kleine Anzahlung, be-
quemste Abzahl. — Auskunft bei Nieschke & Nitsche,
Berlin, Neue Königstr. 16 (Amt VII, 6376) und im
Verkaufspavillon vis-à-vis dem Bahnhof Fredersdorf.

Raucht Ring Cigaretten

WINTER GARTEN

Neues Programm!
„La Pia“
in ihrer Novität: „Der Wolfen
Geist“.
Verona Cycle Troupe x Alexandroff
Truppe: „Ein Sonntagmorgen in
Rudland x Lanou. Montes, Excent.
Acrobats x Iris sisters, engl. song
and dance x Coleman's gemischte
Dress-Akt, Hunde, Katzen, Tauben
x 3 Geschwister Taubert, Xylophon-
virtuosin x Paul's 6 Jungling-
Girls x 4 Barwaksy Novelty-
Act: Auf der Kegelbahn x Tan
Kwai, Chinesentruppe x Jose Garcia,
jonglierende Silhouetten x Mo.
Walton, der Mann m. d. geheimnis-
vollen Rook x Biograph, neueste
Aufnahmen.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47/48.
Täglich:
Spezialitäten und
Theater-Vorstellung.
Anf. d. Vorh. 5 Uhr, Konzert 4 Uhr.
Kasseneröffnung 3 Uhr.
Reden Montag-Gleichung, Spezia-
litäten und Solos der „Lustigen
Sänger“.
Bei Regenwetter Vorstellung im
großen Theater-Saal.

Damms Volkspark-Theater

Landesberger Allee 74/77.
Große Vorstellung
des
Sächsischen Volks-Theaters
nach Auftritten erstl. Spezialitäten.
Zum ersten Male in Berlin.
Man amüsiert sich täglich.

Königstadt-Kasino.

Dofmannstr. 72 (Ecke Alexanderstr.)
Täglich im herrl. Naturgarten:
Theater- und Spez.-Vorstellung.
Nou! Wem gehört die Frau! Nou!
Treffler in 1 Akt.
„Kunst u. Debut eines Komikers“
u. m. u. m. Anfang 1/2 8 Uhr.

Ohne Anzahlung! Portieren, Gardinen, Steppdecken, Teppiche, Ukren, Bettwäsche und kleine Betten!
L. Matzner, Auguststr. 50.
Kur Postkarte erdolen.

Partei-Expeditionen:

Zentrum: Albert Schmitz, Auguststr. 50, Eingang Kochmeisterstr.
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hoch-
parterre.
Süden und Südwesten: Hermann Berner,
Gartenstr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Weinstr. 21, Hof rechts dort.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Andreasstr. 17. —
Wilmann, Beterstr. 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Laufferplatz 14/15
(Laden).
5. Wahlkreis: Leo Rucht, Hermannstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Ueber, S.
Salzweberstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Reiche, Rajareichstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann
Kochle, Kdstr. 26, Eingang Kalkamerstraße.
Gesundbrunn: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Rors, Buchenerstr. 122.
Adlershof: Karl Schmarzke, Hoffmannstr. 9.
Alt-Gliencke: Wilhelm Dürre, Rudowstr. 83 II.
Hauschulenweg: G. Hornig, Marienhalerstr. 13, I.
Bernau-Röntgenal: Heinrich Brose, Hohenstr. 74, dort.
Bohnsdorf und Falkenberg: G. Pfeifer, Bohnsdorf, Ge-
nossenschaftshaus.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seifenmeisterstr. 1, 6te
Geschoss, Laden.
Eichwalde, Zenthen, Miersdorf und Hankels Ablage:
Fritz Didenburg, Eichwalde, Kronprinzstr. 81.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagen, Chaussee.
Friedrichshagen-Südende: G. Berner, Schloßstr. 119,
Hof I, im Egel. Besellungen nehmen entgegen in Steglitz:
D. R. R. Duppelstr. 32, und Fr. Scheibele, Hornstr. 15a.
Friedrichshagen: Ernst Herrmann, Friedrichstr. 67.
Grünau: Franz Klein, Bohnstr. 6 III.
Hohen-Neuendorf: Wilhelm Zentler, Stöckerstr. 50 I.
Johannisthal: Friedl., Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst: Richard Käter, Hohenstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Nieder-
lehme, Winkelmannstr. 12.
Köpenick: Emil Wähler, Rieperstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichshagen, Wilhelmsberg: Otto
Seidel, Kronprinzstr. 4, I.
Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Wälderstr.
Wälderstr. 14.
Mariendorf: August Reip, Chaussee 205, Hof.
Neu-Weißensee: Kurt Hubmann, Sedanstr. 105, parterre.
Nieder-Schöneweide: Paul Bengel, Grünauerstr. 2.
Nowawes: Wilhelm Tappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: August Henjes, Laufferstr. 2, I.
Pankow-Niederschönhausen: Otto Rihmann, Wälder-
str. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:
F. Gursch, Kamelestr. 12, I.
Rixdorf: M. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.
Rummelsburg, Boxhagen: K. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.
Schmargendorf: Gustav Kaminski, Gumbstr. 2.
Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin-Lutherstr. 51, im Laden.
Spandau: Köppen, Bagowstr. 2.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust,
Hermisdorf und Reinickendorf-West: Paul Rieck,
Borsigwalde, Räumstr. 10.
Teltow: Wilhelm Rehrer, Hohenstr. 7.
Tempelhof: Albert Thiel, Friedrich-Wilhelmstr. 30.
Trepptow: Rob. Gramenz, Riechholzstr. 412, Laden.
Wilmersdorf-Halensee: Wilhelms, Landhausstr. 27.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.

Bitte ausschneiden. 245/1

White City

Amerik. Vergnügungs-Part
all beim Garten, Potsdamerstr. 75
(den ganzen Tag geöffnet).

25 Pf. a Person

Hervorrag. Orchester

Dirigent: C. Zimmer.
Gastdirigent: Translateur
Donnerstag, 3. Juni (Elitetag):
P. Lincke.

Vereins-Brauerei

Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Entr. 15 Pf. Wäge od. Schärpe grat.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
(Meysel, Britton,
Schrader usw.)
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158
Meln neuer Pracht-Katalog
mit ca. 650
Abbildungen gratis u. franko.

Ober-Schöneweide

Lindengarten an der Spree.
Taubertstr. 5 (Fornspr. 200).
Jeden Sonntag: Freitanz.
Wozu ergebnst einladet
19093* Robert Schulz.

Schweizer - Garten

Am Königsplatz. Am Friedrichshagen
Haltestelle der Straßenbahn
1, 2, 4, 17, 59, 62, 74 u. Q.
Anfang 4 resp. 5 Uhr
Täglich Entree 30 Pf.
Neues Theater- u.
Spezialitäten - Programm.
Bail u. Volksbelustigungen.
Etlliche Sonnabend
an Vorrede zu vergeben.

Lessing-Theater.

Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters.
Anfang 8 Uhr.
Die Dollarprinzessin.
Berliner Theater.
Gastspiel-Operetten-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Ein Herbstmanöver.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Tricouche und Cacolet.
Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Der Liebhaber der Damen.
Dierant: Ein Freundschaftsdienst.
Hebbel-Theater
Königsplatz Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Der Zigeunerbaron.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.
Sonntags: Im weißen Röschl.

Tricouche und Cacolet.

Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Donnerstag: Die beiden Leonoren.
Freitag: Die beiden Leonoren.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Kredittnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1987.

Mittwoch, den 2. Juni 1909, abends 8 Uhr:

Allg. Klempnerversammlung

in den „Andreas-Festfälen“, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung:

1. Der Stand unserer Lohnbewegung und Bericht über die mit den Arbeitgebern stattgefundene Aussprache.
2. Diskussion.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen. [117/18]

Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen

am Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59.

Vortrag des Genossen **Paul Göhre** über:

„Die Bedeutung der Konsumgenossenschafts-Bewegung“.

Das Erscheinen der Frauen ist besonders erwünscht.

Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Achtung! Klavierarbeiter! Achtung!

Die Vertrauensmänner-Versammlung findet erst am **Montag, den 7. Juni, abends 8 Uhr,** im Gewerkschaftshaus, Saal VIII, statt. Die Branchenleitung. 84/20

Schloß Weißensee

Heute Mittwoch, den 2. Juni:
Großes Konzert der Tropenkapelle
Direktor Mahlmann.
Großer Erfolg!
Sudanesen-Karawane.

Afrikanisches Dorf mit 46 Eingeborenen u. vielen Tieren. Großartige, nie gesehene Vorführungen um 4 u. 8 Uhr (Sonntags 11, 4, 6, 8 Uhr) aus dem Leben der Afrikaner. U. a.: Fahrenes Volk im Sudan, Elefantenzug, Frauenraub, Pferdewagen, Reitermanöver und Wettrennen! Unübertreffliche Reiterkünste des Beduinenmädchens Akri best Kheims im Herrrensattel! Kaffeeküche 2 Uhr! Bootsfahrten! Schwebelbahn! Volkshelustigungen aller Art! Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 60 Pf., Kinder 15 Pf.

Achtung! Gewerkschaften, Vereine, Fabriken!

Voigts Krampenburg, Berliner Alpen,

ist das passendste Ausflugslokal! Ausführliche Prospekte und Führer gratis!
Vermietung von Dampf- und Motorbooten!
Freies Telefon: Amt Köpenick 227. — Hochachtungsvoll: **Rob. Voigt.**

95

Wer Kinder hat

verlange Katalog von

Arnold Müller

Kleiderhaus für Kinderbekleidung
95-Leipziger Straße-95

Verreist
Dr. med. A. Schlesinger
Spezialarzt f. Heilmagnetismus u. Naturheilverfahren
Kleinboerenstr. 5 II, nahe Anhalt. Bahnhof u. Hochb. Mückernbr. Sprechst. nur Dienstag — Freitag nachm. 1—7. 297/6

Dr. Schönemann
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 2. Wochentags 10—2, 5—7.

H. Pfau, Bandagist
Berlin, Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Gellertplatz. — Amt VII, 13799.
Für Damen weibliche Bedienung. * Lieferant für alle Krankenhäuser.

Leihhaus
Gefahrenheitsklatsch verfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28 I
Ecke Ritterstr.

Der Sturm

Westmann!! — Warum???

Weil im großen Inventur- und Reise-Ausverkauf jetzt das gesamte ungeheure Lager der diesjährigen Sommer-Saison, bestehend in leichter, luftiger, hocheleganter, gediegener Damen-Konfektion fast umsonst abgegeben wird!

Besonders wichtig für Reise, Bad, Gebirge!
Reisemäntel! Gummimäntel! Staubmäntel! Wetterfeste Loden-Capes und Paletots!
Kostüme und Kleider für Promenade und Réunion!
Kimonos! Jacketts! Fichus! Strickjacken! Blusen! Prinzeß-, Mieder-, entre-deux-Röcke!
Leinen-Konfektion! Rips-Konfektion! Selden-Konfektion!

Auch die stärkste Dame findet hier Passendes in großer Auswahl vorrätig!

Wert bis M. 20.-, bis M. 30.-, bis M. 45.-, bis M. 60.-, bis M. 90.-, bis M. 120.- usw. bis M. 900.-
jetzt nur M. 3/4, nur M. 5.-, nur M. 7.50, nur M. 10.-, nur M. 15.-, nur M. 20.- usw. bis M. 150.-
nach Wahl bei Einkauf von M. 20.- an.

Genau Beachtung der Firma

Spezial-Konfektionshaus Westmann

Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a (kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemer Straße,
und Berlin NO., Große Frankfurter Straße 115 (kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße,
dringend geboten!

Am 30. Mai, vormittags, verschied nach längerer Krankheit unser Kollege

Ernst Deinhardt

Redakteur der „Holzarbeiterzeitung“.

Die deutsche Arbeiterbewegung, insbesondere der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat damit aufs neue einen schweren, herben Verlust erlitten. Ausgerüstet mit großem Wissen, eiserner Energie und strengem Fleiß, hat der nun Verlebene eine Reihe von Jahren in den vordersten Reihen der deutschen Holzarbeiterbewegung gestanden. Überall, ob in der Presse, in der Versammlung oder im Beratungszimmer, immer erzwang sich die Wucht seiner Gründe die ernsteste Beachtung seiner Kollegen. Wir haben einen außerordentlich tüchtigen Mitarbeiter, einen treuen Freund und Kollegen verloren, der sich ein ehrendes Andenken für alle Zeiten erworben hat. 84/17

Berlin, den 31. Mai 1909.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Die Trauerfeier findet heute Mittwochmittag 2 Uhr in Pankow, Berliner Straße 27 statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den

4. Berliner Reichstagswahlkreis

Köpenicker Viertel
Bezirk Nr. 199.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maler

Julius Jolleneck

Köpenickerstr. 10a
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. Juni, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes im Friedhofsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand. 218/7

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Mitteilung, daß am 30. Mai unser Kollege, der Redakteur der „Holzarbeiterzeitung“

Ernst Deinhardt

im 37. Lebensjahre verstorben ist. 84/19

Trotz jahrelangen körperlichen Leidens wirkte er unermüdet in Wort und Schrift für unsere Organisation. Seine reiche Tätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung sichert ihm ein dauerndes Andenken.
Die Trauerfeier findet heute Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, in Pankow, Berliner Straße 27 statt, woran teilzunehmen wir die Kollegen ersuchen.

Die Ortsverwaltung.
NB. Nach der Trauerfeier wird der Verstorbene zur Feuerbestattung nach Hamburg übergeführt.

Sozialdemokratischer Wahlverein des

4. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Sandberger Viertel.
Bezirk 399.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter

Franz Kröttsch

Ebelingstr. 13
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserlich-Königlichen Friedhofes in Weichensee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand. 218/6

Am 31. Mai d. J. verstarb der Schriftführer unserer Kasse, Herr

Rudolf Neumann.

Wir verlieren in demselben einen humanen Vorgesetzten und lieben Freund. 287/5b

Ehre seinem Andenken!
Die Beamteten der Ortskrankenkasse der Schlosser und verw. Gewerbe.

Todes-Anzeige.

Am 1. Pfingstfesttage morgens verschied nach schwerem Leiden mein lieber Mann, der gute Vater meiner Kinder

Ernst Deinhardt,

Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“
im 37. Lebensjahre.

Dies mit der Bitte um stille Teilnahme zur gefälligen Mitteilung. 84/19

Betty Deinhardt geb. Rasmussen nebst zwei Töchtern.
Berlin-Pankow, 31. Mai 1909.
Die Trauerfeier findet am Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, in Pankow, Berliner Straße 27, statt.
Die Einäscherung erfolgt am Donnerstag, den 3. Juni, nachmittags 4 Uhr, in Hamburg.

Ortskrankenkasse d. Schlosser u. verwand. Gewerbe zu Berlin.

Am 31. Mai verstarb unser langjähriger Schriftführer, das Vorstandsmitglied

Herr Rudolf Neumann

im 39. Lebensjahre.

Zu früh hat der Tod den arbeitstüchtigen Kollegen aus unserer Mitte gerissen. Offen und wahr im Reden und Handeln hat er sein mühevolltes Ehrenamt zehn Jahre lang treu verwaltet. Sein Andenken wird in uns fortleben.

Der Vorstand.
J. H. Gustav Lubatsch
Vorstand.

277/9
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. Juni, nachm. 5 Uhr, von der Halle des Freiwilligen Friedhofes in der Pappelallee aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein des

6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.
Am 31. Mai verstarb unser Mitglied, der Schlosser

Rudolf Neumann

Pappel-Allee 74.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Freiwilligen Gemeinde-Friedhofes in der Pappel-Allee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand. 227/19

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Todes-Anzeige.
Am 30. Mai verstarb unser Mitglied, der Zigarrenmacher

Joseph Bartoczewski

im Alter von 56 Jahren.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Pflanzgemeinde, Wilmersberg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
187/7 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere einzige Tochter

Marie Walter

am 29. Mai nach langem Leiden im 22. Lebensjahre entschlafen ist.

Um dieses Beileid bitten
Die tiefbetrübten Eltern nebst Bruder und Bräutigam.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Ramlowstr. 14 aus, auf dem Friedhofe der Elisabeth-Gemeinde (Prinzen-Allee) statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Rudolf Neumann

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 3. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Freiwilligen Gemeinde-Friedhofes, Pappel-Allee, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
117/19 Die Ortsverwaltung

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege

Wilh. Bethge

am 30. Mai im Alter von 62 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle an der Barfußstraße aus statt. 162/17

Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere

Marie Walter

am 29. Mai nach langem Leiden im 22. Lebensjahre entschlafen ist.

Um dieses Beileid bitten
Die tiefbetrübten Eltern nebst Bruder und Bräutigam.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Ramlowstr. 14 aus, auf dem Friedhofe der Elisabeth-Gemeinde (Prinzen-Allee) statt.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt 62/9
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Turnverein Fichte.

Am 1. Pfingstfesttage erkrankt im Alter von 17 Jahren unser Turngenosse

Christoph Hollfelder

(Mitglied der 3. Lehrlingsabteilung) im Westfälische.

Sein Elter für die freie Turnerei sichert ihm bei uns ein ehrendes Andenken.
288/5 Der Vorstand.

Partei-Angelegenheiten.

Stralau. Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, Mitglieder-berausammlung bei Doelle, Alt-Stralau 5. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Potsdam. Die Wahlvereinsversammlung findet erst am Mittwoch, den 9. Juni statt.

Berliner Nachrichten.

Derliche Pfingstfeiertage

Hatte und diesmal die Natur beschert. Jupiter Pluvius, der gefürchtete Regengott, zog zwar noch am Sonnabend ein schiefes Gesicht und schien all seine himmlischen Schwestern für die düsternen Festkleider bereithalten zu wollen. Dann aber trat er murrend in den Hintergrund und überließ am zweiten Feiertag der lieben Sonne willig die festliche Leitung. Nicht bloß Frau Sonne lachte, ganz Berlin lachte, als es endlich mal wieder auf seine Pfingstrechnung kam. Und am meisten schmunzelten die Gastwirte in den Vororten, die in Erwartung der Hunderttausende, die da aus dem „großen Wasserkopf an der Spree“ kommen sollten, noch in letzter Stunde ungeheure Vorräte von Nahrungsmitteln und flüssigen Stoff an den Berliner Quellen bestellten. Schon die Frühkonzerte, die noch heute so beliebt sind wie vor Jahrzehnten, waren brillant besucht, besonders bei den verschiedenen sozialdemokratischen Veranstaltungen. Am Nachmittag konnten die gewerkschaftlichen Naturversandeler vom grünen Regierungslisch sich überzeugen, daß der Grunewald, die „Junge Groß-Berlin“, schon in seiner heutigen unbeschneiten Gestalt kaum mehr groß genug ist, die gewaltigen Massen der erholungsbedürftigen Zweimillionenstadt zu fassen. Ramentlich am zweiten Feiertag beförderten die Verkehrsinstanzen, die alle verfügbaren Kräfte in den Dienst gestellt hatten, weit über eine Million festlich gekleideter Großstadt-bewohner über die Reichsbahnlinie hinaus. Es war aber auch zu schönem Wetter, nicht zu kühl und nicht zu schwül, so recht geeignet zum Wandern und Naturkosten. Schade nur, daß unter den herrschenden jämmerlichen Verhältnissen in so manchem Haushalt Schmalhans Küchenmeister und in vielen Taschen traurige Ebbe war. Da mußte die für alle geschaffene Natur entschädigen, was durch den Nachschuß und den Interessenskonflikt der Staats-rubere von den sonstigen Genüssen des Lebens noch nicht zu ersetzen war.

Eine totale Mondfinsternis findet in dieser Woche in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag, den 4. Juni statt, die soll in ihrem ganzen Verlauf in Berlin sichtbar sein. Sie beginnt am 4. Juni 12 Uhr 43 Minuten morgens und endet um 4 Uhr 15 Minuten. Die totale Verfinsternis des Erdtrabanten dauert dabei etwas mehr als eine Stunde, nämlich von 1 Uhr 58 Minuten bis 3 Uhr. Der Untergang des Mondes in Berlin erfolgt 19 Minuten vor seinem völligen Austritt aus dem Erdschatten. Bei klarem Wetter wird die Iromia-Sternwarte in der Invalidenstraße in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag für Beobachtungszwecke dem Publikum geöffnet sein.

Verkehrstatistisches. Die Große Berliner Straßenbahn hat im April dieses Jahres nur 82 1/2 Millionen Fahrgäste befördert, d. h. rund 1 1/2 Millionen weniger als im April vorigen Jahres. Die Hochbahn hat dagegen rund 1 Million und die Omnibusgesellschaft sogar 8 Millionen mehr befördert. Mit Kraftomnibussen wurden 1 Million und durch Omnibusse mit Pferden 2 Millionen mehr befördert.

Auktion in einem königlichen Museum in Berlin. Eine ganz eigenartige Versteigerung fand in dem königlichen Museum für Völkertunde, Königgräber Straße 120, unter der Leitung eines Gerichtsvollziehers statt. Eine Sammlung von armenischen Altertümern wurde öffentlich unter dem Hammer gebracht. Es waren Hunderte und Ausgrabungen der deutschen Expedition nach Armenien in den Jahren 1893 und 1899, welche unter der Leitung des Universitätsprofessors Herrn Lehmann-Daupi stand. Die Sammlung bestand aus Bronzegegenständen, Gegenständen aus Gold, Silber und Eisen, Sachen für Tempel und Kultus, Gefäßen feiner Technik, Schalen, Kröpfen, Majoliken, Tongegenständen, Lanzenspitzen, Fragmenten, einer Knochen Sammlung und 12 großen Kisten mit Edelsteinen. Ein sehr interessantes Stück war das Modell eines Bronzelempels, der in seiner Form dem Turm von Pisa ähnelte. Die Gegenstände befanden sich teils im Keller des Museums, teils waren sie in den oberen Räumen in Kisten aufgestellt. Das erste Angebot betrug gleich 10 000 M., es stieg sofort auf 12 000, dann auf 15 000 M., und schließlich erteilte der Gerichtsvollzieher Herrn Professor Kessler-Schmidt in Berlin mit 18 800 M. den Zuschlag. Der Herr erlegte sofort in bar den Kaufpreis.

Das Gros wachsen hört eine Korrespondenz, die in eine ganze Anzahl Montagsblätter, wie „Zeit am Montag“, „Kleines Journal“, „Berliner Tageblatt“, Aufnahme gefunden hat und in der über die Haftentlassung des Genossen Liebknecht wie folgt berichtet wird:

Für den Landtagsabgeordneten Dr. Karl Liebknecht, dessen Strafrecht am 1. Juni abläuft, werden in Berlin große Ehrungen vorbereitet. Nicht nur die Sozialdemokraten des 11. Berliner Wahlkreises, den Liebknecht vertrat, sondern die gesamte Partei plant eine Demonstration, schon mit Rücksicht auf die Anstufung der vier sozialdemokratischen Mandate. Eine Abordnung des 11. Berliner Landtagswahlkreises hat sich nach Glatz begeben, um den Inhaftierten bei der Entlassung aus dem Festungsgelängnis zu erwarten. Ueber die Ankunft Liebknechts in Berlin ist endgültig noch nicht bestimmt, da die Glatzer Genossen beabsichtigen, dem sozialdemokratischen Kämpfer vor der Abfahrt nach Berlin besondere Ehrungen zuteil werden zu lassen. Voransichtlich erfolgt die Ankunft in Berlin erst um 9 Uhr abends. Auf dem Bahnhofe versammeln sich zum Empfange unter anderem der sozialdemokratische Parteivorstand, die sozialdemokratischen Vertreter des Reichstags und des Landtags und die sozialdemokratischen Berliner Stadtverordneten. In Autos geht es dann nach den Pharusälen in der Müllerstraße, wo zu Ehren Liebknechts ein großer Sommer veranstaltet wird. Die Teilnehmerzahl an demselben wird auf 600 geschätzt. Von seiten der Polizei sind alle Vorbereitungen getroffen, um sowohl am Bahnhofe als auch vor den Pharusälen die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. An dieser Mitteilung ist alles falsch bis auf die Tatsache, daß der 11. Landtagswahlkreis, der Genossen Liebknecht in das Dreiklassenhaus entsendet hat, zu Ehren seines nunmehr wieder preußisch-deutsche Freiheit genießenden Abgeordneten einen Sommer in den Pharusälen veranstaltet. Aber auch diese Tatsache ist noch insofern verkehrt wiedergegeben, als dieser Sommer nicht zu feiern geplant war, sondern erst heute abend stattfinden wird.

Ein Ehrenpreis von 1000 M. will die Stadt Berlin für die am Juni vom Tempelhofer Felde seinen Anfang nehmende Prinz-Heinrichsfahrt stiften. Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage gemacht.

Seiner Empörung Ausdruck gibt ein Leser unseres Blattes, der am Sonnabend nach Schluß der Parade Zeuge eines häßlichen Aufzuges war, indem er uns folgende Zeilen schickt:

„Dem Schloßplatz wälzt sich ein Strom von Menschen dem Alexanderplatz zu. Plötzlich gerät an der Neuen Friedrichstraße derselbe ins Stoden. Reugierig reden sich die Köpfe empor, um die Ursache des Stodens zu erkliden. Und was war's? Schweigend bewegt sich ein Zug von etwa 40 Arbeitshäuslern die Neue Friedrichstraße entlang, vorn und hinten von einem Aufseher begleitet. Ihre, der Arbeitshäusler, Gesichter sind aber nicht freudig bewegt, sondern finster und düster wie ihre schwarzen Angüge.“

Ist es nicht eine Schmach und Schande, die Leute in einem solchen Aufzuge auf die Straße zu führen? Nicht genug, daß sie Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung, des kapitalistischen Staates geworden sind, führt man sie hinaus auf die Straßen der Großstadt, um sie an den Pranger zu stellen. Ist es nicht schändlich, daß das Volk der Dichter und Denker es duldet, daß mit den Opfern des Kapitalismus in so schmachvoller und roher Weise verfahren wird? Wir sind mit dem Einsender der obigen Zeilen in der Verurteilung einig, daß es unzulässig sein sollte, Arbeitshäusler durch die Straßen der Stadt zu führen und sie den neugierigen Blicken des Publikums auszusetzen. In der Stadtverordneten-Versammlung ist von sozialdemokratischen Rednern diese Art der Prangerstellung armer Teufel oft gerügt worden, leider ohne Erfolg. Dafür haben unsere Freisinnsmänner kein Gefühl; sie finden das im Gegenteil ganz in der Ordnung und meinen, die Arbeitshäusler empfänden diese Verwertung in der Großstadt noch als ein besonderes Benefizium.

Um besser Hurra schreien zu können, bemalte sich am Sonnabend, dem Paradedage, ein Polizeileutnant um Schulrinder. Schulrinder hatten auf dem Eisenritter am Blücherdenkmal Posto gefaßt. Als ein Polizeileutnant die Kinder Hurra schreien hörte, meinte er: „Kommt mal mit, Jungen, hier könnt ihr besser sehen.“ Sagte es und stellte sie in die vorderste Reihe.

Neurolversene im Tiergarten. In der Nacht zum ersten Pfingst-tage spielte sich am Großen Stern ein blutiger Vorgang ab, bei dem der 23jährige Versicherungsinspektor Karl Freißer v. Kulte aus der Elisabethstraße 34 lebensgefährlich verletzt wurde. Am Sonnabend abend unternahm der sechsunddreißigjährige Kaufmann S. aus der Königgräber Straße mit seiner Braut, einem Dienstmädchen aus Wilmersdorf einen Nachtspaziergang durch den Tiergarten. In der zweiten Morgenstunde ließen sie sich in der Nähe des Großen Sterns auf eine Bank nieder. In ihrem Gespräch wurden sie plötzlich jäh unterbrochen von einem Mann, der sich von hinten herangeschlichen hatte, auf sie einbrang und Geld forderte. S. ließ sich aber nicht einschüchtern, sondern zog einen Revolver aus der Tasche und gab einen Schreißschuß in die Luft ab. Da sich der Angreifer dadurch nicht beirren ließ, sondern mit dem Messer und einem Stockhalm auf S. einbrang, feuerte dieser in der Notwehr zwei Schüsse ab. Während die eine Kugel fehlging, traf das zweite Geschöß den „Freißer“ in die Brust und verletzte die Lunge. Infolge der Schüsse eilten mehrere Spaziergänger herbei, die den Schwerverletzten nach der Charité und S. nach der Polizeiwache brachten. S. wurde nach längerem Verhör wieder auf freien Fuß gesetzt, da einwandfreie Zeugen bezeugten, daß er in der Notwehr gehandelt habe.

Ein Boot mit vier Personen kenterte Montagnachmittag auf dem Müggelsee zwischen Müßebühl und dem Bahndorfer Gemein-de. Die Insassen, zwei Herren und zwei Damen, wechselten die Plätze, wobei der leichte Rachen umschlug und alle vier ins Wasser stürzten. Nur einer der Verunglückten war des Schwimmens kundig, während die drei anderen in erste Gefahr gerieten. Glücklicherweise besaßen sich jedoch mehrere Ruderboote an der Unfallstelle, deren Insassen es gelang, die mit den Wellen kämpfenden zu retten.

Beim Spielen zum Krüppel gefahren wurde am Sonntagabend um 6 Uhr die 8 Jahre alte Tochter Elisabeth des Hausdieners Pathe aus der Schliemannstraße Nr. 13. Die Kleine spielte mit anderen Kindern auf der Straße Kricken, überließ dabei, als sie über den Damm lief, einen Kraftomnibus der Linie Blücherplatz-Oranien-platz, der von der Danziger Straße herkam, und geriet unter die Räder. Die Rettungswache in der Gaudystraße brachte die Vermisste nach der Charité, wo ihr der zermalnte Arm abgenommen werden mußte.

Auf dem Bahnhof Wildpark herrschte am ersten Feiertage ein unbeschreibliches Chaos. Die wenigen Beamten wußten nicht ein noch aus. Dutzende von Personen sind dort in falsche Jüge gestiegen, die dort jezt von Werber, Verlin, Rauen und Weilig ein-lausen. Eine Frau aus Berlin, die um 5 Uhr früh aus Berlin fortgefahren war, hatte ihre Angehörigen verloren, war in Wildpark in einen Zug nach Rauen gestiegen, hatte einen anderen nach Weilig verfaßt und konnte nun erst um 4 Uhr nachmittags dorthin fahren, um dann a b e n d s nach Treuenbriegen zu gelangen.

Zwei Personen im Tegeler See ertrunken. Ein trauriger Vor-gang hat sich am zweiten Feiertag Nachmittags auf dem Tegeler See abgespielt. An der sogenannten Esharfenberger Ecke hatten zahlreiche Ausflügler gebadet. Die betreffende Stelle ist für das Baden verboten. Trotzdem kann man häufig dort Personen beobach-ten, die sich im Wasser herumtummeln. Als nun am zweiten Feiertage der 23jährige Hausdiener August Paper aus der Stras-burger Straße 41 ein Stück in den See hinausgeschwommen war, bekam er plötzlich einen Startkrampf in die Weine. Er konnte in-folgedessen nicht mehr schwimmen und rief laut um Hilfe. Sofort schwammen der 40 Jahre alte Straßenbahnkassierer Gustav Bier-dacht, Müllerstr. 59, sowie einige andere beherzte Männer herbei. W. ergriff den P., um ihn über Wasser zu halten. In seiner Angst klammerte sich P. so fest an seinen Retter, daß diesem die Möglich-keit genommen wurde, sich zu bewegen. Noch bevor weitere Schwimmer zur Stelle sein konnten, waren die beiden unter-gegangen. Vergeblich bemühten sich zwei gute Schwimmer, durch Tauchen die Untergegangenen zu retten. Die Leichen der Er-trunkenen konnten noch nicht geborgen werden.

Vobendiebstahle statteten in der Nacht zum Freitag dem Erlaube Eberwalder-Überberger Straße wie schon des öfteren wieder ein-mal ihren Besuch ab. Sie saßen Wäsche und Kleidungsstücke, von denen sie mit Sachkenntnis nur das Beste mitgehen ließen. In Mit-leidenschaft gezogen sind durchweg arme Leute, welche durch solchen Verlust doppelt hart betroffen werden. Es ist doch ein erbärmliches Handwerk, das der Vobendiebstahl!

Aus der Selbstmordchronik der Feiertage. Am frühen Morgen des ersten Feiertages verübte ein junger Mann in einem Stadtbahn-zug zwischen den Stationen Alexanderplatz und Börse Selbstmord, indem er sich eine Kugel in den Kopf jagte. Der Lebensmüde wurde auf dem Bahnhof Börse von einem schnell herbeigerufenen Arzt verbunden, doch starb er kurze Zeit darauf. Nach vorge-fundenen Papieren handelt es sich um den 23jährigen Handlungs-gehilfen Bruno Schroeter aus Friedrichshagen. Die Leiche wurde dem Schauhause zugeführt. Der Beweggrund zu der Tat ist un-bekannt. — Ebenfalls in der Nacht zum ersten Feiertag erschloß sich in den Anlagen des Friedrichshagens der 18jährige Bautechniker Alfred R. Er fand im nahen Krankenhaus am Friedrichshagen Auf-nahme, erlag seinen Verletzungen aber auch nach kurzer Zeit. — In der Oberberger Straße 14 wurde am zweiten Feiertag der Maler

Willi Baumgardt an der Vorhohentür des Hauses erhängt vorge-funden. Trotzdem die alarmierte Feuerweh sofort mit Sauerstoff Wiederbelebungsversuche anstellte, waren doch alle Bemühungen vergeblich. Es konnte nur noch der bereits eingetretene Tod fest-gestellt werden. — In der Feilnerstraße 11 vergiftete sich ferner noch der Arbeiter Max Hirsch mit Leuchtgas. — Vor den Augen ihrer Geliebten erschossen hat sich die 19 Jahre alte Krankenpflegerin Helene Kurt aus der Böhlerstraße 2. Die Lösung des Verhält-nisses, das die K. mit einem Schriftföher M. unterhielt, soll die Ur-sache zu diesem Schritte sein.

Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Bierwagen und einem Straßenbahnwagen an der Ecke der Frankfurter Allee und der Strempigerstraße wurde der Mitfahrer Otto Petri vom Wagen ge-schleudert, wobei er Verletzungen am Kopfe erlitt. Der Antscher Karl Händler trug Querschunden davon. Samariter der Wehr nahmen sich der Verletzten an, die nach der nächsten Unfallstation gebracht wurden. Von den beiden Pferden war eins tot und eins schwer verletzt; auch der Straßenbahnwagen war beschädigt.

Wer ist die Tote? In den Landwehrkanal sprang gestern nach-mittag um 5 1/2 Uhr an der Vaterloo-Brücke eine unbekante junge Frau von 20 bis 25 Jahren. Der Schiffer Kretsch aus Merzdorf in Schlesien, der mit seinem Kahn in der Nähe lag, holte die Lebensmüde nach kurzer Zeit aus dem Wasser wieder heraus, und zwei Schuttmänner, die ihm zu Hilfe kamen, machten Wieder-belebungsversuche, die gleich darauf im Krankenhaus an der Göttschiner Straße von einem Arzt noch fortgesetzt wurden. Alle Bemühungen blieben jedoch erfolglos. Die Ertrunkene war gut gekleidet. Sie trug einen blauen Strohhut, ein schwarzes Taffetjacket, weißen Falten-rood und Bluse, blaue Strümpfe, schwarze Schürschuhe, goldene Ohrringe mit roten Steinen und einen Trauring mit dem Zeichen H. B. 1. 11. 08.

Beim Frühkonzert bei Ballschmieder, Wabstraße 16, ist ein Porte-monnaie mit Inhalt gefunden worden. Abzuholen bei Naische, Uderstraße 38, „Vorwärts“-Expedition.

Radrennen zu Treptow. 80. Mal. Das Herausforderungs-Rath in drei Läufen über 10, 20 und 30 Kilometer, das von der bekanten Dauerfahrern Tommy Hall, Kurt Rosenlöcher und Hermann Prager bei bestritten wurde, gestaltete sich zu einem spannenden sportlichen Wettkampf, da die drei Fahrer einander gleichwertig sind und jeder bemüht war, sein Bestes zu geben. Jeder Fahrer gewann einen Lauf, die anderen endeten nahe hinter dem Sieger; nur in dem 30 Kilometer-Rennen siegte der Engländer Hall überlegen. Ergebnisse: 10 Kilometer (300, 200, 100 M.): 1. Prager in 8 Min. 23 Sec.; 2. Rosenlöcher, 130 Meter, 3. Hall, 150 Meter zurück. — 20 Kilometer (600, 400, 200 M.): 1. Rosenlöcher in 16 Min. 49 1/2 Sec.; 2. Hall, 100 Meter, 3. Prager, 200 Meter zurück. — 30 Kilo-meter (800, 600, 400 M.): 1. Hall in 23 Min. 47 Sec.; 2. Rosenlöcher, 250 Meter, 3. Prager, 1000 Meter zurück. — Das Pfingst-Handicap über 1000 Meter (50, 80, 20, 10 M.) gewann Pawle (Mal) vor Dr. Wegener (Mal), F. Steubring (40 Meter Vorgabe) und Hoyer (40 Meter Vorgabe).

Der Große Flieger-Preis, von dem drei Vor- und Zwischenläufe ausgefahren wurden, gelangt erst am 1. Juni zur Entscheidung.

Radfahren. Das radportliche Berlin stand an den Pfingst-tagen im Zeichen der Fernfahrten. Die vom Gau 4 (Rhein-land) des Deutschen Radfahrer-Bundes veranstaltete Fernfahrt Berlin-Böln führte 643 Kilometer. 125 Fahrer erschienen an der Abfahrtsstelle in Staaken bei Spandau, wo sie am Pfingstsonntag vormittags 9 Uhr entlassen wurden. Nach einer Fahrt von 25 Stunden 12 1/2 Min. erreichte als Erster der Kölner Lade das Ziel, gefolgt von Püg, Böhm (Berlin), Roggenbuck, Grämacher, Tatzsch (Berlin), Mund und Fritsch.

Die zweite Fahrt, der „Große Preis für Industrie“ für leichte Tourenräder begann gleichfalls am Sonntag in Marien-dorf und führte über Ludau, Wauhen, Görlitz, Ludau, Jossen (505 Kilometer). 71 Fahrer wurden abgelassen; 32 beendeten die Fahrt. Die ersten vier legten die Strecke in 20 Std. 7 Min. 28—29 Sec. zurück und zwar D. Götz, Berlin auf Dremoborrard, W. Donath-Berlin auf Dürkopp, G. Schulze-Trebbin auf Redarjahn, H. Oberstein-Dresden auf Dürkopp. Der letzte Fahrer brauchte 25 1/2 Stunden.

Arbeiterabfahrer hatten sich die Pfingstfeiertage zahlreich im Rudenwalde eingefunden. An dieser Landesausfahrt des Arbeiter-radfahrerbundes „Solidarität“ beteiligten sich Gau 9 (Provinz Brandenburg), Gau 14 (Königreich Sachsen) und Gau 17 (Provinz Sachsen und Anhalt). Das Fest nahm, von dem schönen Wetter begünstigt, den harmonischsten Verlauf.

Arbeiter-Samariterkolonne, Rixdorf, 5. Abteilung. Heute abend 9 Uhr findet die Fortziehung des Sommerkurus in dem Lebnungs-lokal bei Kaufhold, Erlstraße 8, statt. Der Vortrag lautet über Verletzungen, Wundbehandlung und Blutstillung, daran anschließend praktische Übungen. Da mit dieser Stunde der praktische Teil des Kurus beginnt, können noch neue Teilnehmer eintreten, worauf wir besonders hinweisen.

Die Brandchronik der letzten Tage war sehr reichhaltig; in einigen Fällen ist wieder Brandstiftung festgestellt worden.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf.

Gemeindegewerbe, Gesundheitswesen.

Die Stadt Wilmersdorf hält Fabrikbetriebe nach Kräften von sich fern. Wilmersdorf würde an Vornehmheit einbüßen und Gefahr laufen, daß Proletariat in die von Kommerzienräten bewohnten Straßen einzögen, wenn hier wie im Osten oder Norden von Berlin Fabrikshote aufstaueten. Auch stimmen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung von Wilmersdorf darin überein, daß Regiebetriebe vom Uebel sind. Wassereitung, Gaswerk, Elektrizitätswerk sind hier in privaten Händen. Selbst ein eigenes Krankenhaus fehlt der an Hunderttausend Einwohner zählenden Stadt; und den Bau der geplanten Untergrundbahn hätte man mit Freuden dem Privatkapital überlassen, wenn sich nur irgendwer zu solchem Werk bereit gefunden hätte. Aber democh ist auch in Wilmersdorf der Entwidlungsgedanke kein leerer Wahn; nur daß man hier bei seiner Propagierung von der Abschreckungstheorie ans-geht. Zwischen Ringbahn und Meddenburgische Straße nennt die Stadt ein ansehnliches Gelände ihr eigen. Von der Mannheimer Straße her wird ein großes Kanalisationsrohr durch die Gegend geleitet; und zu den Bauarbeiten gebraucht man eine Menge zer-kleinertem Steine. Wahrscheinlich nun, um der Deffentlichkeit zu demonstrieren, wie möglich es ist, wenn ein Ort sich zur Fabrikstadt entwidelt und zugleich für eigene Rechnung Bedarfsgegenstände herstellen läßt, hat der Magistrat auf diesem an drei Seiten von Häusern umgebenen Gelände eine Steinschneiderei herrichten lassen. Die Firma M. Schneider, G. m. b. H., in Berlin hat die Maschinenanlage erbaut, in der mit einem nicht zu beschreibenden Geräusch von früh bis spät Steine zermahlen werden. Den Ohren erklingt die Melodie um so gehaltvoller, als die Maschinerie ohne Hülle und Bedachung auf freiem Felde arbeitet. Damit aber Herz und Lunge auch was haben, entwidelt sich bei der Arbeit in Massen jener intensive

Stand, mit dessen Hilfe nach den im Steinmetzgewerbe gemachten Erfahrungen des Menschen Seele schon im Anfang der dreißiger Jahre himmlischen Höhen entgegengeführt wird. Dies dem sinnigen Erdendasein abgewandte Streben kommt im vorliegenden Falle umso sinniger zum Ausdruck, als sich dicht neben der Steinschneiderei der Gemeindefriedhof befindet, also die fröhliche Kindertwelt sich, in Granitstaubwolken gehüllt, zur Erholung und Kräftigung herumtummelt. Allen Hygienikern, Gewerbeinspektoren, Pädagogen und Kommunalpolitikern wird der Anblick der Wilmersdorfer Einrichtungen ein bezeichnendes Zeugnis sein.

Charlottenburg.

Die Erhebung von 13 Extrabeiträgen a 25 Pf. bis zum 1. Januar 1910 beschloß die letzte Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Die im Vorjahr geleisteten 25 Pf.-Marken werden hierbei in Anrechnung gebracht. Wird dieser obligatorische Beitrag nicht entrichtet, so kommt derselbe bei einer eventuellen Lokalamterstützung in Abzug.

Böhlow (bei Spandau).

Eine Revoluzzer. Am zweiten Pfingsttage nachmittags schloß der 23jährige Zimmerer Jben seiner 21jährigen Braut Minna Christoph hierseits, mit der er in fünfjährigem Verlehe steht, eine Angel in den Kopf und zerstückelte ihr den Mund und die Mundorgane bis zur hinteren Mundhöhle. Die Angel blieb dann stecken. Er selbst schloß sich hierauf in die Schläfe, jedoch ohne sich zu töten. Beide Personen befinden sich in bedenklichem Zustande.

Zegel.

Bei einer folgenschweren Gaseksplosion, die sich in dem Hause Schloßstr. 21 ereignete, sind zwei junge Mädchen erheblich zu Schaden gekommen. In einer Wohnung, die von dem Mieter geräumt worden war, hatten die beiden Dienstmädchen die Zimmer gereinigt. Während der Arbeit nahmen sie Gasgeruch wahr und als sie, in der Meinung, der Gasofen stehe offen, diesen schließen wollten, drehten sie ihn auf. Bald hatte sich nun das ganze Zimmer mit Gas angefüllt. Anstatt jetzt die Fenster zu öffnen, zündeten die Mädchen ein Streichholz an, um die Gasleitung abzuleiten. Im nächsten Augenblick erfolgte eine heftige Explosion. Die jungen Mädchen wurden durch die Stichflammen getroffen. Eines der Mädchen wurde am Kopf, im Gesicht und an den Händen fürchterlich zugerichtet. Die Schwerverletzte fand im Paul Gerhard-Stift Aufnahme.

Adlershof.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung beschäftigte sich mit der Verlegung des Schulgartens auf das Grundstück der II. Gemeindefschule, da das bisher benutzte Terrain durch den Anbau an die II. Gemeindefschule benötigt wird. Die Verlegung des Schulgartens ist schon erfolgt. Es sind der Gemeinde dadurch 1648,93 M. Kosten entstanden, welche nachteilig sind. Durch den Dachstuhlbrand der II. Gemeindefschule ist das Fehlen an geeigneten Vorlesungen zum Völligen entfallender Gründe auf den Gemeindefschulgrundstücken besonders in Erscheinung getreten; es wurde beschlossen, auf dem Schulhofe der I. Gemeindefschule einen Oberstuhlschrank und auf dem Schulhofe der II. Gemeindefschule zwei Ober- und zwei Unterstuhlschrank aufstellen zu lassen. Auf den Korridoren der I. Gemeindefschule sollen entsprechende Schlauchleitungen sofort und bei der II. Gemeindefschule sollen dieselben nach Fertigstellung des Neubaus auch dort angebracht werden. Für den durch den Dachstuhlbrand entstandenen Schaden ist als Entschädigung mit der Vaterl. Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft ein Betrag von 25 539 M. vereinbart worden, außerdem sollen noch für Abheben der Ziegel und Schornsteine, für Abperrenungen der Unfallstelle und dergl. 201,77 M. und für die den Schülern abhanden gekommenen Schulunterlagen 100 M. gefordert werden. Diesen durch den Gemeindevorsteher getroffenen Vereinbarungen trat die Gemeindevertretung bei. Die Wiederherstellung des Dachstuhles, welcher vorläufig nur provisorisch abgedeckt ist, wurde der bestehenden Baukommission zur Erledigung überwiehen, die Arbeiten sollen während der großen Sommer-Schulferien ausgeführt werden. Bezüglich der bis zum 1. April erfolgten Verabreichung von warmem Frühstück an Schulkinder, deren Eltern durch die Krise arbeitslos waren, hat die Kommission Feststellungen vorgenommen. Es wurde festgestellt, daß die betreffenden Eltern sich sämtlich wieder in Arbeit befinden und zum größten Teile erklären, nunmehr selbst wieder für ihre Kinder sorgen zu können. Bei einem kleineren Teile, wo bisher schon Armenunterstützung gewährt wurde, wurde ausgesprochen, daß eine höhere Armenunterstützung am Platze sei. Betreffs Anlegung der streitigen forstfälligen Steuern in Höhe von 127 748,93 M. wurde beschlossen, 75 000 M. in Wertpapieren und den Rest bei dem Schaaffhausenschen Bankverein in Kopenhagen anzulegen, wenn die zu gewährenden Vergütungen nicht ungenügender sind, wie zurzeit bei der Deutschen Bank. Eine längere Debatte wurde durch den Antrag des Gemeindevorstehers auf provisorische Pflasterung des Gliederweges herabgerufen. Seit längerer Zeit schwelen mit den Anliegern des Gliederweges, unter denen hauptsächlich die Firmen Kahlbaum und Wolf, Kettes u. Jacobi in Betracht kommen, Unterhandlungen betr. Pflasterung dieser Straße. Diese Unterhandlungen lösten aber nicht zum Abschluß gelang, da gerade diese beide Firmen sich weigern, den auf sie entfallenden Betrag zu zahlen und sie auch gefällig nicht dazu gezwungen werden können. Mit der Annahme des Antrages auf provisorische Pflasterung der Straße würde natürlich den beiden Firmen, besonders der Firma Kahlbaum, welche an der Straße Deamentwohnhäuser errichtet hat, ein großer Gefallen erwiesen werden, da dieselben für mindestens 10-15 Jahre eine anderweitige Pflasterung der Straße nicht bedürfen würden, die Gemeinde aber bis zur endgültigen Pflasterung die Kosten und Zinsen zu tragen hat. Nach einem Oberverwaltungsgerichtsentcheid sollen diese Kosten nach endgültiger Regulierung der Straße auf die Anlieger mit verteilt werden können. Die Majorität der Gemeindevertretung erblickt in diesem Antrage aber nur eine Begünstigung des großen Kapitals gegenüber den anderen Einwohnern und beauftragte den Gemeindevorsteher, nochmals mit den Anliegern zu unterhandeln, dahingehend, daß dieselben auch die Kosten der provisorischen Pflasterung sofort übernehmen. Aus der vorgelegten Bewegungsbilanz der Bevölkerung ging hervor, daß am Schlusse des Monats 10 117 Einwohner vorhanden waren.

Potsdam.

Der Bau gestrichelt und auf der Stelle verstorben ist am Pfingstsonnabend der Arbeiter R. beim Potsdamer Bahnhofsgrundbau. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Das sechste Stadtverordnetenmandat ist durch den Tod des Hofschlossermeisters Reichner erledigt. Und noch immer hört man nichts von einer Ergänzungswahl. So werden die Interessen der Bürgerschaft bei einer fast ausschließlich konservativen Mehrheit gewahrt.

Die Stadtverordnetenversammlung überwieh das Gesch der Lehrer und Lehrerinnen, die Regelung der Gehälter betreffend, an die bestehende Kommission für Wittgensteine. — Dem Verein „Jugendhort“ wurden 800 Mark Beitrag bewilligt. Bereits früher hat dieser Verein einen solchen Beitrag erhalten, aber als er seine Ferienkolonie eingehen ließ, wurde derselbe gestrichen. Grund kann mir die mangelnde Information über die Tätigkeit des Vereins sein. Denn wenn in der Begründung angegeben ist, daß die Ferienkolonie nur deshalb eingegangen ist, weil die Einnahmen des Vereins für die Jugendfürsorge und für die Ausgabe einer warmen Mahlzeit an diejenigen Schulkinder, die solche zu Hause nicht erhalten, vollständig verwendet worden sind, so ist das ein recht trauriges Zeichen für die zweite Hälfte, in der man sich „um solche Sachen“ nicht kümmert. — Für den Bau einer neuen Doppelturnhalle in der Kurfürststraße wurden 101 000 M. bewilligt. Abgelehnt wurde dabei der Vorschlag, den Bau so einzurichten, daß dieselbe gleichzeitig als Freiballe Verwendung finden könne. Die Einrichtung

von Brandstäden fand ebenfalls keine Zustimmung. (Hoffentlich doch nur aus dem Grunde, daß das neuerrichtete städtische Hallenschwimmbad in Kürze fertig wird. Oder soll der Plan noch weitere 25 Jahre zur Verwirklichung brauchen?) — Der Ankauf des hiesigen Grundstückes zum Preise von 200 000 M. wurde mit 19 gegen 20 Stimmen beschlossen. (15 Stadtverordnete fehlten und sechs Siege sind unbesetzt.) Die Gegner hielten den Preis von 9,00 M. pro Quadratmeter für zu hoch, um so mehr, da Prinz Eitel Friedrich vor kurzem ebenfalls einen Teil des Grundstückes zum Preise von 8,50 M. gekauft habe. Die Freunde hielten den Ankauf für unbedingt notwendig, da allein durch den Ankauf dieses Wassergrundstückes die städtischen Gelände an der Kastanien-Allee der Bebauung erschlossen werden könnten. — Für den Handarbeitsunterricht der höheren Mädchenschule sollen drei Nähmaschinen angeschafft werden. Da erst die Erfahrungen bei anderen Anstalten abgewartet werden sollten, hielt der Magistrat im Vorjahre die Anschaffung nicht für nötig. Jetzt verlangt das Provinzial-Schulkollegium unter Berufung auf ministerielle Bestimmungen die Beschaffung der Nähmaschinen. Die Mehrzahl der Stadtverordneten hielt diese Gelegenheit für geeignet, das Selbstverwaltungsrecht zu verteidigen, und lehnte die Bewilligung ab. Da man den Gebrauch derselben für höhere Töchter (man bedenke im Alter von 18-19 Jahren) für Spielerei hielt. Der Stadtd. Bernhardt bemerkte in seinem Schlusswort, das Provinzial-Schulkollegium sollte sich lieber um etwas anderes kümmern, als der Stadt derartige Verpflichtungen aufzuerlegen. — Die Errichtung einer kaufmännischen Fortbildungsschule für weibliche Angestellte wurde einer Kommission überwiesen.

Gerichts-Zeitung.

Die „Corfu-Company“ vor Gericht.

Eine schwindelhafte Gründung, die zeigt, wie leicht die Habgier Törichte in die Netze von Schwindlern treibt, gelangt am 7. Juni vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts zur Verhandlung. Angeklagt sind 1. Postsekretär a. D. Kaufmann Hermann Hauke-Charlottenburg, 2. Kaufmann Paul Robert Kroeger-Friedenau, 3. Bergwerksdirektor a. D. Leutnant der Landwehr Heinrich Sonnenschein-Dortmund, 4. Kaufmann Paul Heinrich Hauke jr.-Charlottenburg, 5. Früherer Handelssekretär Kaufmann Saminski-Köln, 6. Kaufmann Hermann Zimmermann-Köln, 7. Verlagsbuchhändler Ulrich Kraft-Berlin, 8. Kaufmann Johann Heinrich Träger-Berlin, 9. Oberkellner Otto Esfording-Köln, 10. August Oberreuter-Gobesberg, 11. Kaufmann Friedrich Graf-Köln, 12. Kaufmann Wilhelm Hopstein-Gelsenkirchen, 13. Immobilienagent Wilhelm Juntermann-Köln, 14. Kaufmann Josef Dußme-Dortmund.

Vor einigen Jahren wurde dem Rentner Viktor Dargenne von der griechischen Regierung und dem Magistrat der Stadt Korfu eine Konzession auf 99 Jahre erteilt, in der Stadt Korfu zwecks Hebung des Fremdenverkehrs eine große elegante Badeanstalt mit Bassin, Schwimmbad und elektrischen Bädern sowie einen daran anschließenden eleganten Spielsaal, Restaurationsräume, Konzertlokal, Spielplätze und Parkanlagen errichten zu dürfen. Dargenne verkaufte die Konzession an die hiesige Firma Graf u. Co. Letztere verfiel aber sehr bald in Zahlungsunvermögen. Um nun die Konzession auszubenten, gründete sie im Juni 1908 in Brüssel mit mehreren gänzlich vermögenslosen Leuten die „Corfu Company“, Aktiengesellschaft. Das Grundkapital wurde auf 5 Millionen Franz bemessen. Es gelangten 10 000 Aktien a 500 Franz zur Ausgabe. Wieder wurden von der Gesellschaft überhaupt nicht angelegt. Nur eingezahlt wurden 50 000 Franz, die jedoch in kurzer Zeit für die Gründungskosten, insbesondere für Reisen verschiedener Gründer, Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder nach Korfu aufgebraucht waren. Obwohl Graf u. Co. die Konzession an die Aktiengesellschaft noch bis heute nicht übertragen hat, wurden die Aktien, die an die gänzlich vermögenslosen Gründer, Direktoren, Aufsichtsräte und einige Schlepper verteilt wurden, von diesen durch großsprecherische Anpreisungen aller Art unter das Publikum gebracht. Es wurde auch der Versuch unternommen, die Aktien an der Börse einzuführen. Einmal Tages wurden zwei Aktien an der Brüsseler Börse versteigert; dadurch wurde der Ansehen hervorgerufen, daß die Aktien einen börsenmäßigen Kurs haben. Soweit es nicht gelungen war, die Aktien zu verkaufen, wurde der Versuch unternommen, sie zu verpfänden. Außerdem wurden auf die Baulichkeiten in Korfu, die einen Gesamtwert von 450 000 M. hatten, ersteilige Hypotheken in großen Beträgen aufgenommen. Ferner wurden unzählige Leute von der Aktiengesellschaft engagiert, die sämtlich hohe Kauttionen stellen mußten. An dem Establishment in Korfu wurde überhaupt nicht gearbeitet. Die Direktoren, Aufsichtsräte und sonstigen Schlepper lebten von dem Erlös der Aktien, Kauttionen usw. in Saub und Braub, hielten sich Equipagen, Maitresses, Dienerschaft und unternahmen kostspielige Reisen. Die ganze Aktiengesellschaft schwebte überhaupt in der Luft. Denn einmal wäre die Konzession der Gesellschaft von der griechischen Regierung nicht anerkannt worden, da letztere zur Bedingung gestellt hatte, daß die Konzession einer griechischen Gesellschaft übertragen werde, die den Gesetzen Griechenlands unterstehe. Andererseits wurde dem Publikum vorgebetet, es handle sich um ein zweites Monaco, es werde gelingen, durch die Spielsäle viele Millionen wie in Monaco und Ostende zu verdienen. Das war aber Phantasie, denn in Griechenland ist Hazardspiel gesetzlich verboten. Dies war auch bei Erteilung der Konzession ausdrücklich hervorgehoben. Die Aktien waren mithin vollständig wertlos. Im Frühjahr 1908 brach das Gebäude zusammen. Tausende kleiner Leute, Handwerksmeister, Witwen usw., die den großsprecherischen Schwindelern in Erwartung mühelosen Gewinns Glauben geschenkt hatten, aber auch die Angestellten, die Kauttionen hinterlegt hatten, waren um ihre gesamten Ersparnisse gebracht. Ein alter pensionierter Oberst hatte 250 000 M. verloren. Es war das sein gesamtes Vermögen.

Die Angeklagten, von denen sich einige seit sehr langer Zeit in Untersuchungshaft befinden, haben sich nunmehr wegen Betruges, Urkundenfälschung, Unterschlagung, Untreue, Verletzung des Aktiengesetzes, Konturdsbetruges usw. vor eingangs bezeichnetem Gerichtshofe zu verantworten. Trotz der Fülle des Materials hofft man in zwei Wochen den Prozeß zu Ende führen zu können. Ueber das Urteil werden wir berichten.

Ein Jhull aus einem Kasernengebäude wurde gestern vor der Strafkammer des Landgerichts III beleuchtet. Vor dieser standen sich die Frauen der Vizelfeldwibel Ulrich und Müller als freitende Parteien gegenüber. Auf dem Gelände der Militärschießstände in Blöhensee befindet sich ein fiskalisches Gebäude, welches die Vizelfeldwibel U. und der Scheibenmeister M. bewohnen. Trotz dieser häuslichen Gemeinschaft scheint in dem Verlehe der beiden Hausbewohner eine tiefe Scheidewand aufgerichtet zu sein und insbesondere scheinen die beiderseitigen Frauen in beständiger offener Feindschaft zu leben. In einem Falle, in welchem sie zum Raub gelaufen waren, um dort Vergeltung für weibliche Beleidigungen zu verlangen, kam es noch glücklicher zum Vergleich. Trotzdem hörte die Kampflust der beiden Frauen nicht auf, sie zeigte vielmehr eine Anklage gegen Frau Vizelfeldwibel U., die beschuldigt wurde, ihre Nachbarn, die Frau Vizelfeldwibel M. bedroht, mit einem Feuerhaken bearbeitet und beleidigt zu haben. Das Schöffengericht hatte durch die Beweisaufnahme für festgestellt erachtet, daß die Angeklagte die Frau Vizelfeldwibel M. mit einem Feuerhaken mißhandelt und ihr dabei zugerufen habe: „Du hast bist jetzt noch keine Knochen kaputt! Du alte S... Du bist ja schon im Regiment bekannt. Gott sei Dank, daß die verfluchte Wunde rausfließt.“ Das Schöffengericht hatte mit Rücksicht auf die Schwere dieser „freundlichen“ Worte die Angeklagte zu 100 Mt. Geldstrafe verurteilt. In den beteiligten Kreisen scheint diese Angelegenheit kein geringes Interesse erregt zu haben, denn der Verhandlung in der Verurteilung wohnte eine ganze Anzahl von Personen bei, die dem Kampfe der beiden freitenden Frauen von Blöhensee ganz besondere Aufmerksamkeit widmeten. Unter ihnen befanden sich auch in voller Uniform die beiden Vizelfeldwibel, die übrigens schon von der Militärbehörde auf den schönen Spruch hingewiesen worden sind: „Die schön und lieblich ist es, wenn Brüder einträchtig bei einander wohnen.“ Vor der Strafkammer beauftragte Frau U. unter dem Widerspruch ihrer als Nebenklägerin auftretenden Gegnerin, daß diese die Tatsache, daß sie früher gebiert habe, zum Ausgangspunkt von Beleidigungen zu machen pflege. So habe sie auch am dem kritischen Tage, als sie vor ihrer offenstehenden Küchentür vorbeigekommen, ihr wiederholt das schöne Wort „Sie Dienstflatter“ entgegengeschleudert. Das habe ihr die Gasse ins Blut getrieben und sie habe der Gegnerin einige nicht mißzuverstehende Worte mit auf den Weg gegeben, sie aber nicht mißhandelt. Die erzuete Beweisaufnahme, in welcher auch einige Soldaten vernommen wurden, hatte das Ergebnis, daß die von Frau Vizelfeldwibel U. eingelegte Verurteilung verworfen wurde.

25 Jahre die Arbeiter hintergangen. Vor dem Schöffengericht in Bars im Unterelb sagten drei frühere Arbeiter des Lederfabrikanten Adolf Dieck auf Herauszahlung zuviel einbehaltener Beiträge zur Ortskrankenkasse. Es handelt sich um das Drittel des Beitrages, das der Unternehmer zu zahlen hatte, das der Besagte aber den Arbeitern auch noch vom Lohne abzog. — Durch Versäumnisurteil — der Besagte war nicht erschienen — wurde der Fabrikant in zwei Terminen verurteilt, an die Arbeiter je 10, 20 und 50,80 Mt. mit 4 Proz. Zinsen seit dem Klageplatze auszusahlen. Wie verlautet, wurde im ersten Termine festgestellt, daß der arbeiterfreundliche Unternehmer seinen Affordarbeitern seit dem Jahre 1884, also seit dem Bestehen des Krankenversicherungsgesetzes, die vollen Kassenbeiträge vom Lohne abgezogen hat.

Der Unternehmer suchte sich vor Gericht damit zu entschuldigen, daß er die großen Lasten besagte, die die Sozialgesetzgebung den Unternehmern aufbürde. Wie berechtigt diese Klage war, wird ja durch den Prozeß bemessen. Wer verwundert fragen sollte, wie der Unternehmer jahrelang ein solches Treiben ungehindert fortführen konnte, dem diene zur Aufklärung, daß der Besagte immer mit unorganisierten Arbeitern zu tun hatte, erst mit den Klägern, die organisierte Arbeiter waren, kam er an den Untertan.

Vermischtes.

Eisenbahnunfall. Aus München wird vom gestrigen Tage gemeldet: Von Zug 3 der Strecke Regau-Memmingen entgleiste gestern vor der Station Herberode die Lokomotive und stürzte um. Der Postwagen und zwei andere Wagen entgleisten; der Deutzer Gif wurde getötet. Die Ursache der Entgleisung ist noch unauferklärt.

Im Sitzzuge überfallen. Amlich wird aus Essen (Ruhr) gemeldet: Am 29. Mai, gegen 9 Uhr 30 Minuten nachmittags wurden zwei Damen in einem Abteil I Klasse des Sitzzuges 19 Köln-Berlin zwischen den Stationen Kamen und Korbhölge von einem Mann überfallen, der während der Fahrt das Abteil besetzen hatte. Der Täter sprang, nachdem der Zug infolge Ziehens der Kolbrense im Bahnhof Korbhölge zum Halten gekommen war, vom Zuge und entfloh in der Richtung auf Velsum. Auf die Ermittlung des Täters ist eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Eine Frau und drei Kinder ertranken. Stettiner Meldung zufolge kenterte gestern in dem benachbarten Ausflugsort Hobeusch in der Nähe der Badeanstalt ein mit 9 Personen besetztes Boot. Sämtliche Insassen stürzten ins Wasser; fünf konnten, wie die „Stettiner Neuesten Nachrichten“ melden, gerettet werden, eine Frau und drei Kinder sind ertrunken.

Durch Stürme verwüstet. Einer Meldung aus Dallas (Texas) zufolge wurden in der Stadt Jopphr in Texas durch einen Zyklon über dreißig Personen getötet. Eine Feuersbrunst vollendete das Verhängnis. — Oklahoma City, 30. Mai. Durch einen Tornado wurden in verschiedenen Teilen des Staates 22 Personen getötet und 50 verletzt.

Ueber einen Grubenbrand auf Jeche Graf Schwerin, wobei ein Steiger erstickt war, berichtet wir am 23. April d. J. Unter anderem war in der uns zugegangenen Meldung aus Bochum auch vermerkt, daß die Rauchapparate der Velegshaft nicht in Ordnung gewesen sind. Jetzt, nach etwa sechs Wochen, schick uns die Gewerkschaft des Steinhöfenbergwerks Graf Schwerin folgende Verächtigung:

„Es ist unwar, daß der Erstickungstod des Steigers R. von Jeche Graf Schwerin darauf zurückzuführen ist, daß die bei den Abdämmungsarbeiten benutzten Rauchapparate nicht in Ordnung waren. Richtig ist, daß die Apparate sich als in jeder Weise in Ordnung befindlich und gebrauchsfähig erweisen haben. Es ist unwar, daß drei Steigerreviere infolge des Brandes außer Betrieb gesetzt werden mußten. Richtig ist dagegen, daß ein Teil eines Reviers gefeiert hat.“

Wir müssen es unserem Gewährsmann überlassen, sich zu dieser Verächtigung zu äußern.

Oxyfer der Beulenpest. Einer Meldung aus Amoy zufolge ist in mehreren Orten Südchinas die Beulenpest aufgetreten, besonders bössartig miltet die Krankheit in der Nähe von Amoy. Jeden Tag fallen etwa 50 Personen der Pest zum Opfer.

Amstlicher Marktbericht der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft lau, Kalbfleisch billiger, sonst unverändert. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise gut. Geflügel: Zufuhr genügend, in Gänzen weit über Bedarf, Geschäft leblos, Preise nachgebend. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft schleppend, Preise für Hechte niedriger. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Getreide: Zufuhr genügend, Geschäft reger, Preise gedrückt.

Witterungsübericht vom 1. Juni 1909, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in Grad C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in Grad C.
Schwetzingen	768,50	SW	3 molfent	17	Darabanda	757,5	—	2 hefter	11
Osnabrück	761,50	4 halb dd.	17	17	Belersburg	761,50	—	2 molfent	11
Berlin	763,50	3 hefter	18	17	Seibitz	759,50	—	2 molfent	12
Frankfurt a. M.	761,50	1 molfent	17	17	Aberdeen	761,50	—	2 molfent	10
München	761,5	1 molfent	17	17	Paris	757,50	—	1 molfent	19
Wien	763,50	1 molfent	18	17					

Wetterprognose für Mittwoch, den 3. Juni 1909. Köhler, zunächst ziemlich kräftig bei frühen nordwestlichen Winden, etwas Regen und Bewölkung; später wieder auflauernd. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 31. 5.		am 30. 5.		Wasserstand	am 31. 5.		am 30. 5.	
	cm	ora	cm	ora		cm	ora	cm	ora
Remel, Müst	195	-2	195	-2	Saale, Großh.	60	+14	60	+14
Wegiel, Insterburg	-10	+4	-10	+4	Havel, Spandau	47	-3	47	-3
Wegiel, Thorn	144	-10	144	-10	Kathenow	110	0	110	0
Oder, Ratibor	372	+68	372	+68	Spree, Spremberg	70	0	70	0
• Krollen	155	+10	155	+10	• Bestfio	75	-1	75	-1
• Frankfurt	148	+4	148	+4	• Wöser, Ründen	-88	-3	-88	-3
Wärthe, Schrimm	50	-2	50	-2	• Ründen	-20	+2	-20	+2
• Landberg	55	-4	55	-4	• H. ein, Wagnitzland	453	-4	453	-4
• Rode, Nordam	11	-2	11	-2	• Raus	189	+7	189	+7
• Elbe, Reitmerzig	-25	-5	-25	-5	• Köln	—	—	—	—
• Dresden	-141	+4	-141	+4	• Redar, Dellbrom	40	0	40	0
• Barby	89	-4	89	-4	• Rain, Dellbrom	100	+3	100	+3
• Bodeburg	65	+3	65	+3	• Wösel, Trer	—	—	—	—

+) + bedeutet Hoch, -) -) Unterpegel. *) Höchstes Wasserstand: 392 cm vom 30. 10 Uhr abends bis 31. 2 Uhr morgens.